

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementpreis: 2,00 Mark monatlich, 1,10 Mark wöchentlich 20 Bogen, frei im Haus. Einzelne Nummer 5 Bogen. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Bogen. Preis: Die Neue Welt 10 Bogen. Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband in Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,00 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsstelligen Nummern 20 Bogen für den ersten Tag, 10 Bogen für die folgenden Tage. Für politische und gewerkschaftliche Berichte und Versammlungs-Anzeigen 30 Bogen. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Bogen (zweifach 20 getrocknete Worte), jedes weitere Wort 10 Bogen. Stellenanzeigen und Schließelanzeigen das erste Wort 10 Bogen, jedes weitere Wort 5 Bogen. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moriaplatz, Nr. 1983.

Wittwoch, den 25. März 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moriaplatz, Nr. 1984.

Die Revolte der Offiziere.

Die Krise des englischen Parlamentarismus.

Sonderbare Nachrichten kommen aus London. Zum ersten Male seit Jahrhunderten ist die Armee als politischer Faktor in den englischen Parteikämpfen aufgetreten. Die politische Reaktion hat vor dem äußersten Mittel nicht zurückgeschreckt: sie hat das Offizierkorps zur Auflehnung gegen das Parlament aufgehetzt. Seit Wochen oder Monaten haben geheime Unterhandlungen zwischen konservativen Parteiführern und hohen Offizieren stattgefunden, um die Regierung und mit ihr das Parlament durch die Drohung einer Militärrevolte einzuschüchtern. Waffenhaft haben die aristokratischen Offiziere der Kavallerieregimenter den Gehorsam verweigert, unter dem frenetischen Beifall der konservativen Presse, die ihren Mut und Patriotismus nicht genug zu preisen weiß.

Und was hat die liberale Regierung gegen diese Emute getan, was hat sie getan, um den Willen des Landes durchzusetzen und das Recht des Parlaments zu wahren? Die liberale Regierung hat feige und verräterisch kapituliert. Den Offizieren wird kein Haar gekrümmt, sie werden wieder in ihre Stellungen eingesetzt und behalten die Verfügung über die bewaffnete Macht! Auf Seite der hochkonservativen Militärkamarilla steht auch der König. Den höchsten und militärischen Einflüssen hat der liberale Ministerpräsident nachgegeben. Die englische Demokratie hat eine schwere Niederlage erlitten. Das englische Parlament, das mächtigste der Welt, ist vor den Fahnen rebellischer Offiziere in den Staub gesunken!

Die englische liberale Presse spiegelt die große Erregung wieder, die dieser Schlag gegen die Volksherrschaft im Lande hervorgerufen hat. Noch wäre es denkbar, daß unter dem Antriebe der Arbeiterpartei und der Iren eine Wendung eintritt und das Ministerium zur Energie gezwungen wird. Aber wahrscheinlich ist das nicht. Vielmehr wird den Konservativen der Sieg, den sie errungen haben, zunächst kaum mehr entrisen werden können. Die Homerule-Vorlage, die den dreißigjährigen Streit um die Selbstverwaltung Irlands endlich beenden sollte, wird kaum mehr Gesetz werden. Das von den Offizieren moralisch zersprengte Parlament hat seine Autorität eingebüßt und die Meldung der „Daily News“, daß im Sommer Neuwahlen sein werden, hat alle Wahrscheinlichkeit für sich.

Indessen, wenn jemand Grund hat, diese Wendung der Dinge mit Befriedigung zu begrüßen, so ist es die Arbeiterpartei und die Sozialdemokratie. Diese paar Tage haben die englischen Volksmassen gründlicher über die wahren politischen Verhältnisse und Probleme aufgeklärt, als es eine jahrelange Propaganda vermochte. Sie haben gesehen, daß die bevorrechteten Klassen ohne Bedenken Gesetz, Ordnung und Verfassung über den Haufen werfen, daß sie vor den verzweifeltsten Mitteln nicht zurückscheuen, wenn sie ihre Privilegien bedroht glauben. Sie haben mit aller Klarheit entdeckt, daß die Armee von einer kleinen aristokratischen Kaste beherrscht ist, und daß sie das willige Werkzeug der privilegierten Schichten gegen Regierung, Parlament und Volk ist. Sie werden sich fragen, was wohl geschehen wäre, wenn eine Truppe von Soldaten, die man gegen Streikende schickt, ihre „Resignation“ einreichen! Tom Mann und andere wurden ins Gefängnis geworfen, weil sie die Soldaten aufforderten, nicht auf Streikende zu schießen. Die aristokratischen Offiziere aber, die geradeheraus den Gehorsam verweigern, sind geheiligt, und die konservativen Journalisten und Politiker, die dazu aufreizten, können sich ihres Erfolges rühmen.

Die englischen Volksmassen philosophieren nicht gern, sie zerbrechen sich nicht oft die Köpfe über Dinge, die nur als theoretische Möglichkeit bestehen, aber wenn sie etwas einmal begriffen haben, dann vergessen sie es nicht leicht. Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit. In England hat die Sache der sozialen Revolution keine besseren Freunde als die soziale Reaktion. Dieselbe Politik, die die überwiegende Macht des Oberhauses verächtet hat, setzt nun blindlings die Armee als letzte Waffe der herrschenden Schichten aufs Spiel. Und wie die Ablehnung des Budgets von 1909 mit dem absoluten Veto des Oberhauses bezahlt worden ist, so mag die Revolte der Kavallerieoffiziere von Curragh in nicht zu ferne Zeit mit der Demokratisierung der Armee bezahlt werden, wenn der Spott den Herrschenden nicht noch viel teurer zu stehen kommt. Denn die Mittel und Wege der Bonar Law und Carson sind nicht jene, mit denen das englische Volk seit einem Jahrhundert so erfolgreich regiert und niedergehalten worden ist. Größere Genies als die heutigen Desperadopolitiker haben gefunden, daß hier nur mit der klügsten Diplomatie, mit der behutsamsten Kompromisspolitik, aber nie und nimmermehr mit brutaler Gewalt etwas auszurichten ist. Ist einmal der Schleier zerrissen, der die brutalen Gewaltmittel, die hinter den Herrschaftsverhältnissen lauern, so sorgfältig verdeckt, dann dürfte es nicht mehr so leicht fallen, das Volk in seine Schranken zu verweisen.

Die liberale „Daily News“ schreibt:
 „Die größte Lehre der Ereignisse ist die überraschende Wichtigkeit der Demokratisierung der Armee.“

Eine demokratische Wählerchaft, ein demokratisches Parlament, eine demokratische Regierung können alle zur Impotenz verurteilt werden durch eine Armee, die das Instrument einer Klasse ist. Nur weil wir es geduldet haben, daß die Offiziere der Armee sich fast ausschließlich aus reichen Tories rekrutieren, konnte bei den konservativen Oligarchen der Gedanke austauschen, die Armee dem Parlament entgegenzustellen. Dieses letzte und gefährlichste Mittel muß der hochverräterischen Reaktion entrisen werden... Die Armee muß in drastischer Weise reorganisiert werden, damit sie das treue demokratische Instrument eines demokratischen Volkes wird.“

Die bürgerlichen Parteien werden freilich diese Aufgabe nicht freiwillig auf sich nehmen, aber die englische Arbeiterklasse hat die Macht, dies und weiteres zu erzwingen, wenn sie nur will, wenn sie ihrer großen geschichtlichen Aufgaben bewußt wird. Eine große Stunde ruft! Jetzt muß die englische Arbeiterpartei in selbständiger Kraft ohne Rücksichtnahme auf die liberalen Jauderer sich an die Spitze der Volksbewegung stellen, um die bedrohte Freiheit zu retten. Ihr und nur ihr gebührt die Führung in der Schlacht, die nun geschlagen werden muß für die Volksherrschaft gegen Monarchie und Militarismus. Mit hoher Erwartung blickt das internationale Proletariat jetzt auf seine englischen Brüder. Sie werden erkennen, daß sie nur der eigenen Kraft zu vertrauen brauchen, um alles zu gewinnen, nachdem der Liberalismus alles verloren hat.

Das Ergebnis der Roten Woche.

Nach einer Zusammenstellung des Parteivorstandes, die auf Grund der von den Organisationen eingehenden Mitteilungen hergestellt wurde, weist die Werbearbeit der Roten Woche folgende Ergebnisse auf:

Bezirk	Es wurden gewonnen		Nicht berichtet haben
	Zusgesamt	Darunter weibliche	
Ostpreußen	1.150	495	480
Westpreußen	820	318	541
Groß-Berlin	12.571	2.424	8.359
Brandenburg	6.509	1.869	3.821
Pommern	884	183	912
Posen	117	88	29
Breslau	2.526	616	1.832
Schlesien	826	142	380
Oberlangensielau	791	287	1.185
Ratowitz	22	4	16
Brandenburg	5.348	1.334	750
Halle	2.735	952	706
Erfurt	2.699	602	1.025
Schleswig-Holstein	5.829	1.086	1.823
Hannover	2.522	1.048	1.322
Oestl. Westfalen	1.366	267	1.188
Weistl. Westfalen	3.451	728	3.700
Frankfurt a. M.	5.884	902	3.153
Kassel	350	150	?
Oberrhein	2.927	295	1.188
Niederrhein	7.550	1.378	6.291
Nordbayern	4.314	621	6.383
Südbayern (München)	4.387	732	7.920
Wala	1.288	?	1.147
Dresden	4.069	924	1.270
Sachsen	6.629	1.816	2.595
Leipzig	6.988	1.825	1.931
Jwidau	2.572	581	1.282
Württemberg	4.838	764	4.131
Baden	4.118	579	1.960
Hessen	2.932	200	2.840
Mecklenburg	2.786	572	731
Groß-Härtingen	3.688	776	3.860
Oldenburg	1.050	287	251
Braunschweig	1.941	294	640
Hamburg	9.493	2.041	1.235
Nordwest	4.278	1.008	2.193
Elb-Lothringen	802	?	704
Zusammen in 336 Wahlkreisen	132.179	28.661	78.842

Dieses Resultat der Roten Woche ist überaus glänzend und übertrifft alle Erwartungen. Und doch ist es noch nicht vollständig; abgesehen von den 61 Wahlkreisen, die bisher noch nicht berichtet haben, gehen aus den Wahlkreisen, über die berichtet wurde, noch fortwährend ergänzende Mitteilungen ein, die die Zahl der neu gewonnenen Mitglieder und Abonnenten erhöhen.

Bootskatastrophe auf der Oberspree.

15 Arbeiter und Arbeiterinnen ertrunken.

Ein furchtbares Unglück, wie es in der Chronik der Berliner Bootsunfälle nur selten zu verzeichnen ist, hat sich am Dienstag nachmittag auf der Oberspree, nahe der bekannten Spindlerschen Fabrik, zugetragen. Ein mit 22 Arbeitern und Arbeiterinnen der Spindlerschen Fabrik besetztes Fährboot, in dem sich ein Teil der Arbeiter der Fabrik nach Feierabend regelmäßig über die Spree setzen läßt, geriet gegen 5 1/4 Uhr auf seiner Fahrt gegen einen im Dampferschlepptau befind-

lichen Kahn. Das Boot sank sofort und sämtliche Insassen fielen ins Wasser.

Ein verzweifelltes Durcheinander von um ihr Leben ringenden Menschen hob nun an, und so schnell auch die nachfolgenden Boote, darunter ein Boot des Spindlerschen Ruderklubs, ein Dampfer der chemischen Fabrik von Kuhnheim, der Rettungsringe warf, sich der Unglücksstelle näherten, es konnte nicht verhindert werden, daß fünfzehn Männer und Frauen, die eben noch frohgemut der Heimat zuzusteuern gedachten, den Tod in dem nassen Element fanden. Sofort stoppte der Schleppzug seine Fahrt, Motorboote und Ruderboote kamen vom nördlichen Ufer herbeigeeilt, mit Stangen, Galen und Rettungsmitteln anderer Art suchten Polizeibeamte und Gendarmen, Köpender Fischer und Bootsverleiher die Unfallstelle nach Leiden ab. Man fand zunächst niemanden und es war nur gelungen, eine Frau Steinhausen, die in der Wäscherei beschäftigt und in Friedrichshagen beheimatet war, dem nassen Element noch lebend zu entreißen. Auch sie versiedete aber an einer schweren Kopfverletzung auf dem Wege nach dem Köpender Krankenhaus.

Bis abends 9 Uhr, um welche Zeit die Suche nach den Toten eingestellt wurde, waren die Leichen von zehn Personen geborgen.

Die Toten.

Bis 10 Uhr abends waren erst wenige der Verunglückten rekonstruiert. Eine genaue Liste wird sich erst am Mittwoch morgen bei der Barrikontrolle aufstellen lassen. Unter den Toten befinden sich:

Frau Steinhausen, Friedrichshagen,
 Gräfin Gudenpfeunig, Köpenick,
 Arbeiter Korn, Köpenick.

Als vermißt gemeldet sind zwei Arbeiterinnen Geschwister Schwandke.

Bericht eines Augenzeugen.

Der Schiffsbudiker Skala, der Augenzeuge des Unglücks war und auch zwei Personen rettete, gab über den Hergang der Katastrophe folgende Schilderung:

Seit 1/2 8 Uhr abends setzten die in der Spindlerschen Fabrik beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nach Betriebschluß in mehreren Booten nach dem jenseitigen Ufer über die Spree. Kurz nach 1/2 8 Uhr stießen gleichzeitig drei Boote ab, von denen eines, das Unglücksboot, dem Schiffer Madrad gehört. Am Steuer saß der in der Spindlerschen Fabrik beschäftigte Schlosser Karl Schrammer, während der Fährer Otto Redler ruderte. In dem Boote saßen 21 Personen, Männer und Frauen. Als die drei Boote sich etwa in der Mitte des Flusses befanden, nahe von Berlin her der Dampfer „Paul“, der nur einen leeren Kahn zog. Der Dampfer gehört dem Schiffsdreher August Ranken. Entgegen den Vorschriften befand sich der Schiffsführer nicht am Steuer, sondern in der Kajüte; an seiner Stelle bediente ein 19jähriger Bootsmann das Steuer. Als der Dampfer, der langsame Fahrt hatte, sich den Booten auf etwa 50 Meter näherte, gab der Bootsmann dreimal Sirensignale, die von den Leuten in den Booten hätten gehört werden müssen. Die jungen Arbeiter schienen aber vollständig den Kopf verloren zu haben, insbesondere die Bedienungsmannschaften des vordersten Bootes. Die Insassen erhoben sich von den Plätzen und riefen den Rudern zu, anzuhalten. Diese aber ruderten weiter, und so mußte denn das Unglück kommen. Der Bootsmann auf dem Dampfer schien der Lage nicht gewachsen. Anstatt das Signal „Stoppen“ dem Feizer zu geben und so die Fahrt zu verlangsamen, versuchte er an den Rähnen vorbeizukommen. Erst im letzten Augenblick, als der Dampfer nur noch 10 Meter von dem ersten Kahn entfernt war, wurde sich der Führer des Dampfers der Gefahr voll bewußt und rief das Steuer nach dem linken Ufer zu herum. Der nachfolgende Schleppkahn hatte jedoch noch schnelle Fahrt und lief auf den ersten Kahn mit den Spindlerschen Arbeitern auf und über-rannte ihn. Der Kahn wurde von dem Bug der Jule unter Wasser gedrückt und alle Insassen stürzten ins Wasser. Die meisten der Verunglückten gerieten unter den Lastkahn und vermochten sich infolgedessen nicht mehr zu retten. Das Unglück war vom Ufer beobachtet worden und als Erster eilte der Wasserbudiker Harry Schüller mit seinem Boot zur Unfallstelle und es gelang ihm, ebenso wie mir, zwei Personen zu retten. Auch ein Motorboot der Wasserpolizeiverwaltung traf bald an der Unfallstelle ein und beteiligte sich eifrig an den Rettungsarbeiten. Eine der Geretteten, eine Frau Steinhausen, hatte bei dem Zusammenstoß eine schwere Kopfverletzung und starb wenige Minuten nach ihrer Rettung. Zwei andere Personen, die den Fluten entrisen werden konnten, mußten nach dem Köpender Krankenhaus geschafft werden.

Die Unfallstelle.

Die beiden Ufer der Spree waren bis in die späten Abendstunden hinein von hunderten von Zuschauern umfüllt, die gespannt die Bergungsarbeiten verfolgten. Ergreifende Szenen spielten sich ab, wenn die Schiffer wieder

eine Leiche an das Ufer brachten. Die Frauen, welche ihre Männer vermählten; die Eltern, die ihre Töchter unter den Toten glaubten, drängten sich um die starren, triefenden Körper und suchten Opfer der furchtbaren Katastrophe zu rekonstruieren. Die Leichen wurden zunächst in die Spindlerische Fabrik und von dort nach der Köpener Leichenhalle geschafft, wo sie vorläufig aufgebahrt werden.

Die Schuldfrage.

Der Führer des Dampfers „Paul“, Max Polzenhagen aus Solentfeld, sowie sein Bootsmann, der 10jährige Karl Valentin, wurden von der Köpener Polizei verhaftet und sofort vernommen. Polzenhagen gab an, daß er in die Seejüte gegangen sei, um sein Abendbrot einzunehmen. Er sei erst im letzten Augenblick an Bord gekommen, als die Katastrophe unvermeidlich war. Er habe Valentin zugerufen, links zu steuern, was dieser auch getan habe. Die eigentliche Schuld treffe nicht den Steuerer, sondern den Führer des Schiffs, Hermann Richter, der nicht dem Risikopassier des Dampfers gefolgt sei, sondern geradeaus weitergegangen sei und so das kleine Boot überannt habe. Die Polizei steht jedoch auf dem Standpunkt, daß Polzenhagen die volle Schuld trifft. Er dürfte als geprüfter Schiffsführer seinen Posten am Steuer keinen Augenblick verlassen und ist für die Handlungsweise seines Bootsmannes voll verantwortlich.

Politische Uebersicht.

Eine kurze Sitzung.

In einer Sitzung von kaum 1 1/2 Stunden erledigte der Reichstag am Dienstag die acht Punkte umfassende Tagesordnung. Nach Beantwortung der Anfragen erfolgte die endlich ausgefertigte Abstimmung über den Antrag der Budgetkommission, eine scharfmacherische Petition für den Schutz gegen Vorkost und Streikausbreitung durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen. Herr Zrl vom Zentrum hatte, wie man sich erinnert, die Ueberweisung als Material beantragt. Der Kommissionsantrag wurde mit 150 gegen 92 Stimmen angenommen. Der Etat für Kautschou wurde nach kurzen Lobesreden der Herren Rachen vom Zentrum und Dr. Paasche von den Nationalliberalen angenommen. — Ein heftiger Kampf entspann sich nur über die Festsetzung der Tagesordnung der nächsten Sitzung, da die Konservativen die Wahlprüfung ihres Freundes Boesch hinausschieben wollten. Die Wahlprüfungskommission beantragt nämlich die Ungültigkeitserklärung. Mit 122 gegen 101 Stimmen beschloß jedoch das Haus, dem Vorschlag des Präsidenten entsprechend die Wahlprüfungen zuerst zu behandeln, die also in der Donnerstagssitzung der erste Gegenstand der Beratung sein werden.

Preussische Polenpolitik.

Das Abgeordnetenhaus legte am Dienstag die zweite Lesung des Etats bei der Beratung des Etats der Anstaltungskommission in Verbindung mit der Anstaltungsdenkschrift fort. Die Debatte bewegte sich ganz in den Geleisen, wie alle Debatten über die preussische Polenpolitik. Die große Mehrheit des Abgeordnetenhauses, Konservativen, Freikonservative und Nationalliberale sind einer Meinung mit der Regierung, daß mit allen Mitteln der Ausprägung des Polentums entgegengetreten werden müsse. Umgekehrt stellen sich Zentrum, Polen und Sozialdemokraten auf den Standpunkt, daß die bisher zur Bekämpfung der „polnischen Gefahr“ angewendeten Summen zum Zerfall hinausgeworfen sind. Das Zentrum wandte sich, wie alljährlich, so auch diesmal dagegen, daß Anstaltler wegen ihrer katholischen Konfession als minderbewertet betrachtet werden sollen. Besondere Beachtung verdient die Rede unseres Genossen Braun. Gefügt auf die Angaben der amtlichen Denkschrift konnte Braun nachweisen, daß trotz der großen Aufwendungen aus staatlichen Mitteln das Ziel der Polenpolitik, das der Regierung vor Augen schwebt, nicht erreicht, sondern höchstens der Güterhandel ganz außerordentlich belebt ist. Mit Recht konnte er die Beschaffung aufstellen, daß, wenn man die Summen ohne parteipolitische Zwecke verwendet hätte, lediglich um Posen und Westpreußen kulturell zu heben, etwas erreicht worden wäre. So aber sei das Gegenteil bewirkt worden. Die ganze Polenpolitik stelle nur eine Vergeudung von Staatsgeldern zu kulturwidrigen Zwecken dar, die die gesetzgebenden Körperschaften schon im Interesse ihres eigenen Aufsehens verweigern müßten.

Die Ministerfolge der Polenpolitik hinderten die Landtagsmehrheit natürlich nicht, den Etat zu bewilligen und sich dadurch zu Mitschuldigen der ausnahmegesetzlichen Behandlung der polnischen Staatsbürger zu machen.

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag statt.

Auf der Tagesordnung stehen wieder keine Etats.

Der deutsche Adel im Spiegel.

Die Herren vom Adel deutscher Nation waren übel beraten, als sie vor 32 Jahren das „Deutsche Adelsblatt“, eine „Wochenschrift des christlichen Adels“, das „Organ der deutschen Adelsgenossenschaft“ gründeten. Denn einen schlagenderen Beweis für die geistige Minderwertigkeit und bemitleidenswerte kulturelle Rückständigkeit des Durchschnitts dieser Klasse kann es gar nicht geben, als die naiven Bekenntnisse, die die Seiten dieses Adelsblattes füllen. Wer glaubt, daß Frau v. Nathusius mit ihrer Schilderung unserer Junkertums lebensgroß übertrieben und Karikaturen gezeichnet habe, braucht nur eilige Nummern des „Deutschen Adelsblattes“ zu lesen, um die vernichtenden Schilderungen dieser Frau für lebensgrößte Kulturdokumente zu halten. Die Lektüre dieses von Junkern für Junker geschriebenen Blattes beweist uns, daß der arrogante Hochadel, den uns die Witzpresse als Repräsentanten unserer „Edelsten und Besten“ vorführt, nichts weniger als eine hochstehende Erfindung ist, ja nicht einmal eine Ausnahme, sondern ein weitverbreiteter Typ.

Ein Junker dieses Schlages beginnt in der neuesten Nummer des unfreiwilligen Witzblattes eine Unternehmung über die Frage: „Sind Sozialdemokraten in öffentliche Körperschaften wählbar.“ Selbstverständlich verneint der Bekere diese Frage, denn: „Wer in offenen Widerspruch mit der Verfassung tritt und es sich zur Aufgabe macht, die Massen der Kirchengemeinschaft zu entfremden, wer sich auflehnt gegen jede menschliche und göttliche Autorität, der hat die feilsche Fühlung mit dem heimischen Boden und Empfinden verloren und jedes Anrecht vermisst, im Rahmen des christlich-monarchischen Staates einen Platz zu finden.“ Häßlicher kann die christlich-monarchische Weltanschauung eines Adertig oder Zehnplig auch im „Simplicissimus“ nicht verulkt werden.

Aber der christliche Adelsmensch kommt uns nicht nur staatsphilosophisch, sondern auch „ethisch“. Er zehet über den „brutalen Sinn des wachsenden Sozialismus“, „dem jegliches Verständnis für den Begriff der Ehrfurcht verschlossen“ sei. Beweis: die Weigerung der sozialdemokratischen Parla-

mentarier, das übliche Anhoehen mitzumachen. Und wirklich, über den Begriff der „Ehrfurcht“ werden wir uns mit dem Besessenen adlicher Sitte ebensowenig verständigen, wie über die Begriffe des simplen Hofes wie „pöbelhaft“, „budenhaft“, „roh und albern“, „berlogen“ usw. nur so herausprubelt, mag eine Kasernenhofeserinnerung sein; aber wenn er einem Vebel gegenüber in den riben Schimpfergüß ausbricht: „Ein unerreichter Meister auf diesem Gebiete lügenhafter Verdächtigung war bekanntlich der verstorbene Vebel“, so übersteigt das doch selbst die Grenzen dessen, was man einem erblich Belasteten nachsehen kann.

Doch bedarf's solcher Leistung gegenüber keiner Brandmarlung und so wollen wir denn nur noch feststellen, daß dieser Artikel nach ausdrücklichem Vermerk „Unter Verantwortung der deutschen Adelsgenossenschaft“ erschienen ist.

Schneid und Humor.

Auf einer Tagung des Bundes der Landwirte in Kiel hat Diederich Gahn als Repräsentant des alldeutsch-agrarischen Bauheldentums wieder einmal nach den Kürassierstiefeln für die deutsche Politik geschrien. „Deutsche Politik muß getrieben werden mit Blut und Eisen!“ Aber so ganz fest scheint er selbst nicht von der absoluten Unfehlbarkeit dieses Rezeptes überzeugt zu sein, denn ein paar Sätze später heißt es: „Mit Schneid und Humor müssen wir Politik treiben.“

Wie kommt Herr Gahn zu dieser bei einem Mann seines Schlages verwunderlichen Einschränkung? Nun, es war ihm inzwischen die „Wade“-Geschichte in den Weg geraten, und er fand es höchst überflüssig, daß Weismann Holweg das Schimpfwort des Leutnants so ernst genommen habe. Blomard hätte die Sache nach seiner Meinung zweifellos mit Humor abgeton, denn wir seien doch kein Volk von höheren Töchtern.

Es ist noch nicht lange her, daß der Oberverwaltungsgerichtsrat Blüher in Dresden, einer der eifrigsten Befürworter polizeilichen Vorgehens gegen die Streikposten, in einer juristischen Zeitschrift gerade die „höheren Töchter“ zum Vergleich heranzog, um die Notwendigkeit eines besonderen polizeilichen Schutzes der Arbeitswilligen zu beweisen. Wie die Polizei das Recht habe, aus verkehrspolizeilichen Gründen Studenten zu verbieten, sich vor einem Mädchenpensionat zur Zeit der täglichen Ausführung aufzustellen, so dürfe sie auch die lästige Beobachtung der Arbeitswilligen durch Streikposten untersagen. Wir möchten an den Agrarierhüpfel die Frage richten, ob er auch Herrn Blüher gegenüber an seiner Liebe, daß wir kein Volk von höheren Töchtern sind, festhalten will, und ob er ganz allgemein der Meinung ist, daß harte Worte, die ein Arbeiter an die Adresse eines Streikbrechers richtet, mit demselben Humor beurteilt werden sollen, den er bei der Verwertung der Schimpfreden eines Leutnants für selbstverständlich erachtet. Aber wir kennen die Antwort im voraus: Humor und Schneid ist die Devise der deutschen Politik, das heißt: humorvolles Verstehen für die Ueberheblichkeiten und Gesegwidrigkeiten der Angehörigen der herrschenden Klassen, Schneid gegen das Ausland, gegen die Demokratie und gegen die Arbeiterklasse.

Zur bevorstehenden neuen Marinevorlage.

Die „Münchener Post“ beschäftigt sich am Dienstag mit den Angriffen des Generals Keim gegen den bayerischen Ministerpräsidenten wegen seiner Warnung vor weiteren Rüstungen. Unser Parteiblatt bemerkt dazu auf Grund zuverlässiger Information:

„Daß eine neue große Forderung für die Marine kommen wird, steht ziemlich fest. Dann wird Herr v. Hertling zeigen können, was er von der Reichsbesatzung versteht und daß er den Willen und den Mut hat, im Bundesrat eine Ruhepause zu vertreten. Zurzeit hat er dafür auch die Meinung des Königs von Bayern für sich, der kurz vor Weihnachten 1913 beim Besuch eines hiesigen Vereins sich sehr energisch gegen die ihm als durchaus unnötig erscheinenden fortgesetzten Rüstungen und die neuen Wehrsteuern ausgesprochen hat.“

Die Reichstagswahl in Breslau-Land.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstags beschäftigte sich am Dienstag mit der Wahl des konservativen Rittergutsbesizers Grafen v. Garmers-Jeserwitz, der in Breslau-Land in der Stichwahl mit 17 069 Stimmen gegen den Genossen Scholch gewählt wurde, auf den 12 649 Stimmen entfielen. Die Mehrheit des Gewählten ist so groß, daß sie durch den vorliegenden sozialdemokratischen Protest nicht erschüttert werden konnte. Erstmals lag der Kommission der Fall vor, daß sich die zuständige Behörde — in diesem Falle der Landrat von Neumarkt — trotz Beschwerde weigerte, die Wahllokale bekanntzugeben. Die Kommission beschloß, dem Unterlegenen die Zahl der Richtwähler im Kreise Neumarkt, das sind 1650 Stimmen, zuzuzählen. In einer größeren Zahl von Orten bedurfte es erst der Beschwerde beim Regierungspräsidenten, um bei der Stichwahl die Zulassung der sozialdemokratischen Wahlkontrollure zu erreichen. Bei der Hauptwahl waren die Kontrollure aus den Wahllokalen ausgewiesen worden, was zur Folge hatte, daß die Kommission die in diesen Orten auf den Gewählten entfallenen Stimmen in Abzug brachte. Es wurde weiter festgestellt, daß in Breslau-Land trotz eines bestehenden Verbots des Kriegsministeriums am Stichwahltag eine Kontrollüberammlung der Schiffer stattgefunden hat. Da die Mehrheit jedoch nicht zu ersgütern war, wurde die Wahl für gültig erklärt.

Eine Stäupung des Geheimrats Dr. Vorsch.

Graf Oppersdorff holt im letzten Heft seiner Wochenschrift „Klarheit und Wahrheit“ wieder zum Schlag gegen den Zentrumsführer Geheimrat Dr. Vorsch aus und vertagt diesem eine klaffende Ohrfeige. Dr. Vorsch hatte behauptet, daß die Kardinalen Kopp und Fischer durchaus nicht, wie Graf Oppersdorff vor kurzem erzählt hatte, gegen die amtliche Zentrumserklärung vom 23. November 1909 über den interkonfessionellen Charakter des Zentrums Einsprache erhoben hätten. Gegen diese dreifache Ablehnung spielt Graf Oppersdorff folgende Stelle aus einem Briefe des verstorbenen Kardinal Kopp vom 10. Januar 1910 an:

„In der Charakterisierung des Zentrums brachte vor einigen Tagen die „Köln. Zeitung“ einen Artikel, der die Auffassung der Gegenseite deutlich beleuchtet. Ich habe ihn dem Herrn Geheimrat Vorsch gegeben, dem ich derzeit riet, das Zentrum möge sich überhaupt auf eine Erklärung nicht einlassen. Das war nicht allein die Ansicht des Kardinals Fischer, sondern des gesamten Episkopats.“

Zugleich erhält auch die ehrsame Berliner „Germania“ einen Nasenstüber. Graf Oppersdorff druckt nämlich eine Stelle aus einem an ihn gerichteten Briefe des Kardinals Kopp vom 16. April 1911 ab, in dem es heißt:

„Euer Hochgeborener... gestatten, daß ich auch zugleich auf die „Germania“-Angelegenheit einige Worte erwidere. Ich teile mit Ihnen die Beforgnis, daß die „Germania“ immer mehr in Abhängigkeit der Richtung der „Köln. Volkszeitung“ geraten wird; ich habe dieses wiederholt dem Geheimrat Vorsch bereits

gesagt und werde ihm dieses, sobald ich Gelegenheit finden sollte, mit noch stärkerer Betonung sagen und auf die Unabhängigkeit der „Germania“ dringen. Sind diese Rühmungen vergeblich, so werde ich, wie ich mich schon jetzt von der „Germania“ zurückgezogen habe, mich auch meines Aktienbesitzes entäußern und Euer Hochgeborenen sollen die Vorhand zum Erwerb derselben haben... Euer Hochgeborener sehen, daß ich keine freudige Offern habe; Ihnen aber und Ihrer teuren Familie wünsche ich sie von Herzen und bleibe in treuer Verehrung Euer Hochgeborenen ergebener G. Kard. Kopp.“

Die Prinzipienfestigkeit der altjüngferlichen „Germania“ scheint demnach der verstorbenen Kardinal Kopp recht gering veranschlagt zu haben — und er hat sich nicht getäuscht. Sofort nach seinem Tode hat die „Germania“ eine Schwenkung vollzogen.

Ausweisungen aus Nordschleswig.

Es ist eine ganz respektable Leistung, wenn im Laufe kaum eines Monats in einem einzigen Kreise ein ganzes Duzend „politische“ Ausweisungen vorgekommen sind. Auf diese ansehnliche Höhe haben die schneidigen — zum sehr großen Teil kommunistischen — Amtsvorsteher den nördlichsten Kreis Preußens, Hadersleben, gebracht. Bis auf den letzten Fall waren es lauter Dienstboten, die sich schlimmsten Falls einen Bazar in einem dänischen Versammlungshaus angesehen hatten — dieselben dänischen Dienstboten, die gerade die größten Scharfmacher mit Vorliebe in ihren Dienst zu nehmen pflegen, wobei ihnen sogar gelegentlich ausdrücklich „Garantie gegen Ausweisung“ geleistet wird. Das Duzend voll gemacht hat aber ein dänischer Lehrer an einer der verhassten Volkshochschulen, ein Herr Dverggaard aus Bester-Wehede, unmittelbar an der Grenze. Herr Dverggaard gibt selbst folgende amätsante Schilderung von seiner Ausweisung:

Ich besuchte Thomas Möller drüben in Rostede. Mit ihm und seiner Frau fuhr ich nach Bröns, wo die Tochter eine Turnabteilung leiten sollte. Nach den Vorstellungen wurde Kaffeetisch gemacht und während der Tisch gedeckt wurde, sprach ich mit einigen Turnern. Aber unterdessen waren zwei Gendarmen in den Saal gekommen, und es war nicht schwer zu entdecken, daß ich es war, dem der Besuch galt. Man rief mir darum, hinausgehen, was ich auch tat.

Aber kaum war ich draußen, als der eine Gendarm an meiner Seite war, um Auskunft zu verlangen über meinen Namen, Wohnort usw., worauf er sogleich den anderen Gendarmen herbeirief. Sie führten mich nach dem Postamt, wo sie nach dem Amtsvorsteher in Scherrebek telephonieren wollten, daß ihnen das Glück hold gewesen und sie einen sehr verdächtig aussehenden Deutschen gefangen hätten. Der arme Telephonmann lag schon im süßesten Schlaf, aber er wurde herausgeholt und mußte den Apparat bereitstellen — ja, die Berechtigung muß ihren Gang gehen, selbst nach Bettzeit.

Der Amtsvorsteher antwortete, ich sollte nach Scherrebek geführt werden. Ich wurde für verhaftet erklärt und, nachdem ich mich geweigert hatte, nach Scherrebek zu gehen oder zu tadeln, nach dem Krüge in Bröns geführt, wo ein Wagen verlangt wurde. Wir standen in der Durchfahrt, bis der Wagen vorgepannt wurde, und um die Fänge warm zu halten ging ich auf und ab; der eine Gendarm hat aber vermutlich geglaubt, es seien einleitende Uebungen zur Flucht — denn er schloß sorgfältig das Tor.

Auf der Fahrt nach Scherrebek wurde ich von einem Gendarm zu Pferde neben dem Wagen und einem zweiten auf einem Fahrrad dahinter eskortiert, so daß ich mich vollständig sicher fühlte.

Der Amtsvorsteher in Scherrebek war schnell mit sich darüber im Klaren, daß ich nicht zu den Guten gehörte, und die Ausweisung wurde schnellstens bewerkstelligt. Ich war in einem dänischen Versammlungshaus gewesen und war dänischer Staatsangehöriger, die Sache war klipp und klar, keine mißbräunlichen Umstände, ich sollte sofort das preussische Staatsgebiet verlassen. Die Ausweisungsbefehle auf deutsch verlesen und auf dänisch übersetzt. Durch die Uebersetzung bekam ich zu wissen, daß ich „lästig“ geworden war, was mir dahin verdolmetscht wurde, daß ich „zur Last gefallen“ sei. Der vorläufige Gendarm, der das Tor geschlossen hatte, war so weitschauend, die Tür hinter mir abzuschließen; aber als ich ihm anvertraute, daß ich nicht daran denke, ihm meiner Gesellschaft zu berauben, ließ der Amtsvorsteher die Tür wieder aufschließen...

Vom Amtsvorsteher wurde ich zur Bahn geführt, natürlich in Begleitung eines Gendarmen, der mich das preussische Staatsgebiet sollte verlassen sehen. Mit meinen Freunden aus Bröns, die zum Teil mit demselben Zuge fuhrten, durfte ich nicht sprechen. Am Ritternacht kamen wir nach Westeb, und erst als wir an die dänische Grenze kamen, wurde ich meinen Reisegenossen los.

Ein bayerischer Landtagsabgeordneter verhaftet.

In Mauthausen wurde der bayerische Landtagsabgeordnete Eugen Abresch verhaftet. Er war mit der Verwaltung des mehrerer Millionen betragenden Vermögens der Tochter Ilse des Mannheimer Rechtsanwalts v. Harber betraut worden, geriet aber mit Herr v. Harber später in Streitigkeiten wegen der Vermögensverwaltung. Der Senior der Familie v. Harber, Professor Dr. Wölkling-Harber, der bereits gegen verschiedene geschäftliche Abmachungen des Abgeordneten Abresch mit Fräulein Ilse v. Harber protestiert hatte, teilt nun in einer öffentlichen Erklärung mit, daß Fräulein v. Harber vorläufig entmündigt und er zu ihrem Vormund bestellt worden ist. Er habe, um Fräulein v. Harber und ihr Vermögen aus den Händen des Abgeordneten Abresch zu retten, die Vollmachten Fräulein v. Harbers an Abresch annulliert und die getroffenen Vereinbarungen für nichtig erklärt.

Aus München wird uns noch gemeldet: Die Verhaftung des bayerischen Abgeordneten Abresch wird im Landtage, wenigstens auf der linken Seite des Hauses, mit heftiger Gelassenheit aufgenommen, denn Herr Abresch ist längst als ein Abenteuer zweifelhaftester Art bekannt. Seine persönlichen Angelegenheiten sind wiederholt in der Presse erörtert worden. Die Liberalen haben sich denn auch schon seit Jahren von Herrn Abresch getrennt. Er wurde bei den letzten Landtagswahlen gegen die Liberalen mit Hilfe des Zentrums gewählt. Herr Abresch machte sich zuletzt noch im Landtage dadurch verdient, daß er eine der wenigen Stimmen aufbrachte, durch die für die Erhöhung der Zivilliste eine Mehrheit zustande kam.

Die Turnstunde eine politische Versammlung.

Der Kampf gegen die Arbeiterturnvereine zeigt immer bedenklichere Erscheinungen. So hat die Strafkammer des Landgerichts in Frankfurt a. M. jetzt einen Jugendlichen unter 18 Jahren zu 6 M. Strafe verurteilt, weil er sich an einer Turnstunde des Arbeiterturnvereins beteiligt. Das Schöffengericht hatte unter Aufhebung eines Strafbefehls auf Freisprechung erkannt, weil es in dem Turnen keine politische Veranstaltung erblickte. Festgesetzt wurde durch die Beweisaufnahme, daß der Angeklagte wie die anderen jungen Leute unter 18 Jahren sich ganz nach eigenen Gutdünken und Belieben in der Turnstunde betätigten. Sie unterstanden weder einer Aufsicht, noch wurde ihnen Anweisung gegeben oder eine Kontrolle geübt. Sie konnten turnen, spielen, tum und lassen, was sie wollten. Eine politische Betätigung der Mitglieder des Turnvereins wurde nicht bewiesen und folglich auch keine politische Beeinflussung der Jugendlichen. Angesichts dieser Tatsachen kam das Schöffengericht zu einer Freisprechung. Auf Berufung der Staatsanwaltschaft lastete die Strafkammer das Urteil des Schöffengerichts und erkannte auf 6 M. Geldstrafe.

Zur Begründung dieses unverständlichen Urteils wurde ausgeführt, daß alle Betätigungen eines politischen Vereins politische

Veranstaltungen seien. Die Turnstunde diene daher auch politischen Zwecken und die Jugendlichen würden in ihr politisch im Sinne der Sozialdemokratie beeinflusst. Aus diesen Gründen müsse Vertagung erfolgen.

Öffentlich wird Revision eingeleitet, um diese Frage zur Entscheidung in höchster Instanz zu bringen.

Das Ende eines Soldatenschinders.

In Münster (Westfalen) hat sich am Sonnabendvormittag der Feldwebel Hirze von der 8. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 63 erschossen. Seine Leiche wurde im Walde des Hagenberges aufgefunden. Als Motiv zur Tat wird Angst vor Strafe wegen Soldatenmißhandlung angenommen. Der Feldwebel hatte einen Soldaten ins Gesicht geschlagen, daß diesem der Unterkiefer zertrümmert wurde und er ins Lazarett gebracht werden mußte.

Der Rochette-Ausschuß.

Paris, 24. März. Der Rochette-Ausschuß vernahm heute vormittag den früheren Ministerpräsidenten Barthou. Dieser verwahrte sich entschieden gegen den Vorwurf, daß er den Feldzug des „Figaro“ gegen Caillaux angestiftet und Calmette verschiedene Schriftstücke ausgeliefert habe. Er habe im Gegenteil auf Ersuchen Doumergues den Direktor des „Figaro“, Calmette, ersucht, gewisse Depeschen über bestimmte Angelegenheiten nicht zu veröffentlichen. Doumergue und Caillaux hätten ihm dafür lebhaft gedankt.

Kurz nachdem das Ministerium Ronis ans Ruder gekommen sei, habe er erfahren, daß der Rochette-Prozess vertagt werden solle. Er habe zu Caillaux gesagt, es gingen merkwürdige Dinge vor. Ronis habe den Oberstaatsanwalt kommen lassen, um die Rochette-Angelegenheit zu verschleiern. Caillaux habe darauf geantwortet, er habe bei Ronis Schritte getan, um den Ausschuss zu erlangen. Caillaux habe hinzugefügt, Rochette besitze eine Liste der Kosten der Emissionen verschiedener Gesellschaften und beachtliche, diese Liste zu veröffentlichen, was eine große Aufregung hervorrufen könnte. Er habe bei Ronis interveniert, damit dieser diese Enthüllung Rochettes verhindere. Als Briand ihm den Bericht Fabres übergeben hätte, habe er ihm geraten, diesen auch an seinen Nachfolger weiterzugeben, denn es handele sich um ein ihm persönlich übergebenes Dokument. Er, Barthou, habe daran gedacht, den Bericht zu vernichten, und sei glücklich, daß er es nicht getan habe. Er habe es stets abgelehnt, den Bericht auszuliefern, und habe dies ebenfalls namentlich Calmette gegenüber getan. Calmette habe ihm gesagt, daß er sich anderweitig eine Abschrift davon verschafft hätte. Er, Barthou, und Briand hätten darauf bestanden, daß Calmette den Bericht nicht veröffentlichen sollte. Calmette habe sein Ehrenwort gegeben und hinzugefügt, er werde einen sehr genauen Auszug veröffentlichen. Auf ihm vorgelegte Fragen sagte sich Barthou dahin zusammen, er habe den Bericht Fabres seinem Nachfolger nicht übergeben, nachdem er zu Briand bemerkt hätte, es handle sich um kein amtliches Schriftstück, und da er glaube, es könnten sich Ungenauigkeiten ergeben, wenn der Bericht von Hand zu Hand ginge. So habe er den Bericht mitgenommen, ohne daß Briand einen Einwand gemacht hätte, denn sie beide hätten damals dem Dokument keine außerordentliche Bedeutung beigelegt. Briand habe mit der Veröffentlichung in der Kammer nichts zu schaffen. Barthou wiederholte, er habe das Dokument der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, weil er glaube, daß es das Interesse aller Parteien sei, daß Politik und Finanzen nicht verheimlicht würden, wie sie jetzt die Tendenz hätten.

Die Wahlen.

Paris, 24. März. Der Vollzugsausschuß der radikalen und sozialistischen-radikalen Partei nahm einstimmig einen Beschluß an, in dem erklärt wird, daß eine Verzögerung der Kammerwahlen eine ernste Ungenauigkeit bedeuten würde. Die Regierung hat sich gleichfalls gegen jeden Ausschub des Wahltermins ausgesprochen.

Berner erklärt der Vollzugsausschuß, daß Caillaux keineswegs bereits dem politischen Leben entzogen habe. Caillaux, der gegenwärtig allseits von seinem Scherz und seinen häuslichen Sorgen erfüllt sei, habe noch keinen endgültigen Entschluß gefaßt.

England.

Die Abrüstungsfrage.

London, 24. März. Unterhaus. Morrell (liberal) fragte, ob die britische Regierung der deutschen schon Vor schläge gemacht habe hinsichtlich eines Abkommens über die Rüstungen entweder für ein Flottenjahr oder für eine Begrenzung des Tonnengehaltes der großen Kampfschiffe, so wie es Churchill angedeutet habe. Er antwortete, daß der deutschen Regierung über diesen Gegenstand, außer in öffentlichen Reden, keinerlei Vorschläge gemacht worden seien. Morrell fragte weiter, ob es die Absicht der englischen Regierung sei, das, was ihre Vertreter in öffentlichen Reden gesagt hätten, in bestimmte Vorschläge zu heben. Er antwortete, daß man über diese Frage weit besser bei der Beratung des Flottenabkommens verhandeln könnte.

Mexiko.

Der Kampf bei Torreón.

New York, 24. März. Ein Telegramm aus Elberziel im Staate Durango meldet: Der wirkliche Angriff auf Torreón hat gestern begonnen. General Villa befiehlt Verstoß, ohne Widerstand zu finden, und ging mittags zum Angriff auf General Gomez in Patocico vor, wo ein blutiges Gefecht stattfand. Die Verluste sind auf beiden Seiten sehr schwer. Tausende von Verwundeten wurden nach dem Hospital von Elberziel gebracht. — Nach einem Telegramm aus dem Hauptquartier der Aufständischen in Matamoros haben die Aufständischen Herrero nach einem neunstündigen Kampfe eingenommen.

Aus der Partei.

Eine Konferenz der Bezirksbildungsausschüsse.

Der Zentralbildungsausschuß beruft auf Sonnabend, den 25. und Sonntag, den 26. April, eine Konferenz der Bezirksbildungsausschüsse ein. Die Konferenz findet im Bureau des Zentralbildungsausschusses, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, statt und beginnt am Sonnabend, abends 6 Uhr. Nähere Mitteilungen über die Konferenz erfolgen im Mitteilungsblatt des Zentralbildungsausschusses, das in den nächsten Tagen erscheint.

Totenliste der Partei.

In Stuttgart starb Genosse Georg Kirken im Alter von 80 Jahren. Der Verstorbene war in Leipzig-Thonberg geboren. Sein Vater war Zigarrenmacher, und der Junge mußte während seiner Schulzeit die ganze Last der Hausarbeit auf sich nehmen. Vom 8. bis 14. Jahre wachte er seinem Vater täglich zwei Stunden Zigarrenrösten zusammen, um auf diese Weise den künftigen Familienverdienst etwas zu erhöhen. In Leipzig

bestand damals ein Vernehmen, daß jährlich die drei besten Volksschüler auf die Mitternachtsfeier werden sollten. Der eine mußte Arzt, der andere Rechtsanwalt und der dritte Pfarrer werden. Kirken entschied sich für den Rechtsanwalt. Dafür war aber bereits ein Pfarrersohn auserkoren. Er sollte Theologie studieren. Dazu konnte er sich nicht entschließen, er wurde Rechtsanwalt. Als junger Mensch bereiste er die ganze Welt. Er kam nach Amerika, Australien und Schweden. In der Schweiz war er als Zwanzigjähriger schon Vorstand eines Arbeitervereins. Unter dem bestechenden Einfluß von Bebel und Liebknecht drang der Verstorbenen tiefer in die sozialistische Gedankenwelt. Unter dem Sozialisteneinfluß führte er nach und nach zwei Genossen ein bewegtes Stüd aus. Auf dem Zollamt Leipzig wurde eine Riste mit verdorbenen Schriften beschlagnahmt. Die drei Genossen gingen bei Nacht hin und brachten trotz Vernehmung die Riste in Sicherheit. Von den drei war der Verstorbene der letzte Ueberlebende. Im gleichen Tage, wo sein ältester Sohn das Licht der Welt erblickte, verließ er Leipzig und wanderte zuerst nach Budapest. 1884 kam er nach Stuttgart. Er kämpfte immer in den vorderen Reihen. Für die Gewerkschaftsbewegung hat er viel geleistet. Er war auch Gründer des Süddeutschen Eisenbahnerarbeiterverbandes. Bis vor drei Jahren war er noch für die Partei und Gewerkschaft tätig, bis seinem Schaffen am 18. Januar 1911 ein Hirnschlag ein Ende bereite. Sein Zustand verschlechterte sich immer mehr, bis ihn der Tod erlöste. Die Genossen werden den braven Mann ehrend in Erinnerung behalten.

Ungültige Stadtverordnetenwahl.

Der Hessische Provinzialausschuß erklärte die Mainzer Stadtverordnetenwahl vom 4. Dezember 1913, bei der zehn Sozialdemokraten gewählt wurden, für ungültig.

Die Rote Woche in Belgien.

Das Bureau des Nationalrates der belgischen Arbeiterpartei hat nunmehr die Woche vom 5. April bis 12. April, die Rote Woche, als Woche für das allgemeine Wahlrecht ausgeschrieben. Für Sonntag, den 6. April, sollen die Föderationen in allen größeren Orten Versammlungen vorbereiten, die sich mit der Petition um das allgemeine Wahlrecht zu befassen haben. Die Woche soll dann zur Sammlung von Unterschriften für die Petition dienen.

Zur Lösung der Agrarfrage in Holland.

Zum Osterkongreß der holländischen Partei hat die vom Parteivorstand ernannte Kommission zur Durchberatung der Landarbeiterfrage eine Resolution ausgearbeitet, in der zunächst festgestellt wird, daß die Landarbeiter bei ihrem Erstbeden eines Aders, um daraus die Früchte für ihren Familienkonsum anzubauen, immer wieder die Opfer des Bodenwuchers der Grundeigentümer werden, und daß die Bodenpreise für diese Parzellen durch die Konkurrenz der Landarbeiter untereinander immer höher werden. In der Resolution werden nun gegen diese Bodenverwucherung gesetzliche Maßnahmen verlangt. Unter Zuhilfenahme eines weitgehenden Enteignungsrechtes soll den Landarbeitern die Möglichkeit geboten werden, unter billigen Bedingungen so viel Ackerland zu pachten, daß sie darauf die für den Familienkonsum nötigen Produkte schaffen können. Die Resolution weist aber das Streben ab, das die Landarbeiter dazu bringen will, sich als kleine Grundeigentümer schließlich an einen bestimmten Ort zu binden, weil hierdurch ihre Bewegungsfreiheit als Lohnarbeiter eingeengt, ihre wirtschaftliche Kraft geschwächt und hauptsächlich den Interessen der agrarischen Unternehmer genügt wird.

Parteiliteratur.

Unter dem Titel „Der politische Massenstreik, ein Beitrag zur Geschichte der Massenstreikdiskussion innerhalb der deutschen Sozialdemokratie“ hat Axel Kaule im Verlag der Buchhandlung Vorwärts eine Schrift herausgegeben, über deren Zweck er in der Vorrede sagt: „Ich verfolge hier nicht einen, sondern drei Zwecke. Einmal die Renaussgabe meiner alten Artikel. Dann die Niedergabe der wichtigsten Ausführungen in den Schriften und Reden deutscher Genossen, die in der Diskussion des Massenstreiks einen neuen Gesichtspunkt entwickeln oder eine Wendung angingen. Und endlich die Skizzierung der Verhandlungen in den tatsächlichen Verhältnissen, durch die unsere Anschauungen vom Massenstreik geformt wurden.“

Das nachfolgende Inhaltsverzeichnis orientiert am besten über den reichhaltigen Stoff des Buches:

Die Anfänge des politischen Massenstreiks. — Der anarchistische Generalstreik. — Engels und Liebknecht über den Generalstreik. — Die ersten politischen Streiks in Belgien. — Die Anerkennung des politischen Streiks durch die marxistische Theorie. — Bernstein über den politischen Massenstreik. — Der österreicherische Parteitag von 1894. — Barnus über Staatsstreik und Massenstreik. — Der Revisionismus. — Der belgische Streik von 1902 und die Auffassung der Genossen Luxemburg. — Wehring gegen Barnus. — Streiks in Holland, Schweden. — Aber auf dem Wiener Kongreß von 1903. — Differenz zur Frage des Generalstreiks. — Götstein über den Generalstreik. — Allerhand Revolutionäres: a) Revolutionäres. b) Die bewaffnete Insurrektion. c) Die verschiedenen Arten des Streiks. d) Die Macht der Organisation. e) Die Vorbereitungen des politischen Streiks. f) Der Nutzen der Diskutierung des politischen Streiks. — Der Kongreß von Amsterdam. — Der Streik in Italien. — Die Schrift der Genossen Roland-Dollé. — Der Kölner Gewerkschaftskongreß. — Revisionistischer und marxistischer Massenstreik. — Der Kongreß von Jena 1905. — Diskussionen über die Anwendung des Massenstreiks: a) Auswirkungen des Jenaer Kongresses. b) Henriette Roland-Holst. c) Friedrich Stampfer. d) Grundzüge oder Pläne. — Der Rannheimer Parteitag: a) Bebel's Rede. b) Legiens Rede. c) Friede zwischen Partei und Gewerkschaften. — Das russische Vorbild: a) Darstellung des Leningburger Gedankenanges. b) Primitive und entwickelte Streikbedingungen. c) Die Konterrevolution. — Der Weg zur Macht. — Politische Ungeheuer. — Der preussische Wahlrechtskampf. — Was nun? — Der Magdeburger Parteitag. — Die Reichstagswahl von 1912 und ihre Folgen. — Die Aktion der Masse: a) Das Wesen der Masse. b) Die Leistungen der Masse. c) Die historischen Wandlungen der Massenaktion. — Götstein über Masse und Organisation. — Der Jenaer Parteitag von 1913: a) Der Hohen der Diskussion. b) Die beiden Resolutionen. c) Die Bedingungen des Massenstreiks.

Der Preis des Buches beträgt 3 M., gebunden 3,50 M. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen entgegen.

Soziales.

Ein Musterdienstvertrag.

Ein Dienstvertrag, der täglich 14 Stunden Arbeitszeit vorsieht, wobei sich der Arbeitnehmer obendrein verpflichten muß, allsonntäglich „seinen kirchlichen Verpflichtungen“ nachzukommen, schließt der Mühlenbesitzer Schulte-Casse in Hertzen mit seinen Knechten ab.

Der § 1 des Vertrages lautet:

Dienstvertrag.

Der Mühlenbesitzer Clemens Schulte-Casse in Hertzen (Westf.) schließt hierdurch als Arbeitgeber mit dem Knechte . . . aus . . . als Arbeitnehmer folgenden Dienstvertrag ab:

1. . . tritt am . . . mittags bei Schulte-Casse als Mühlenknecht in den Dienst. . . muß morgens um 5 Uhr aufstehen und das Putzen, Schirren und Füttern usw. so zeitig besorgen und so zeitig zum Kaffeetrinken erscheinen, daß um 6 Uhr die

eigenliche Arbeit beginnen kann. Zeit, Ort und Umfang der Haupt- und Nebenarbeiten bestimmt Schulte-Casse oder dessen Vertreter, im einzelnen der Lieblichkeit und Beschäftigung entsprechend. Die Mittagspause beträgt eine Stunde. Während dieser Zeit sind auch die Pferde zu füttern, abends ist gewöhnlich 7 bis 8 Uhr Feierabend, soweit nicht besonders wichtige Arbeiten vorliegen oder die Rückkehr von einer größeren Tour hinderlich ist. An Sonn- und Feiertagen haben die Knechte abends 10 Uhr die Pferde zu füttern und zu treuen. . . muß an solchen Tagen spätestens um 8 Uhr aufstehen, seine Pferde und Beschirre in Ordnung bringen, um seinen kirchlichen Pflichten genügen zu können.

Kann die Leutenot gegenüber solchen die Arbeitskraft vernichtenden Verträgen munder nehmen?

Aus dem Innungs-Schiedsgericht.

1. Ein empfehlenswerter Arbeitgeber.

Zwei Tischler Klagen gestern vor dem Innungsschiedsgericht von dem Tischlermeister Sineck & Lohre von 88,24 M. h. h. ein. Der Beklagte war an verschiedenen Loktagen dem verdienten Lohn schuldig geblieben. Das mußte er zugeben, bestritt jedoch die Höhe der Forderung, konnte aber auch mangels jeder Buchführung keinen Beweis führen. Sehr sonderbar war seine Auffassung, daß ein Teil der Forderung nicht mehr erhoben werden könne, weil der eine Kläger eine ganz kurze Zeit des Arbeitsverhältnisses unterbrochen hatte. Geradezu empörend war des Beklagten Gleichmut dem Schiedspruch gegenüber. Jenseit meinte er: „Ich habe doch nichts.“ Es ist mehr als fribol, wodentlang Arbeiter zu beschäftigen in dem sicheren Bewußtsein, ihre Arbeitsleistung nicht bezahlen zu können.

Kann gegen solchen Arbeitgeber der Staatsanwalt nichts ausrichten? Ist der Betrugsparagraf nicht anwendbar?

2. Ungerechtfertigte Entlassung.

Gegen die Firma Lorenz u. Co. richtete sich die Klage eines Tischlers auf Auszahlung eines angefangenen Affords im Betrag von 159,92 M. Der Kläger war mit einem der Inhaber in Wortwechsel geraten. Unter anderem wurde ihm die beleidigende Äußerung: „Sie sind mir viel zu feig!“ ins Gesicht geschleudert. Er erwiderte darauf: „Lassen Sie mich in Ruhe. Ich mache meine Arbeit fertig, dann höre ich auf. Sie haben mir gar nichts zu sagen.“ Das Gericht war der Meinung, wenn auch der Beklagte den Kläger beleidigt hätte, dann stünde letzterem noch nicht das Recht zu, den Inhaber zu beleidigen. Demnach sei die sofortige Entlassung gerechtfertigt und der Klagenanspruch abzuweisen.

Die Entlassung entspricht dem Gesetz nicht. Die Beleidigung gegen den Arbeiter war eine gräßliche. Sie berechtigte zur Arbeitsniederlegung. Die Antwort des Arbeiters mag nicht übermäßig höflich gewesen sein, eine Beleidigung oder gar eine gräßliche Beleidigung war sie keineswegs.

3. Rechtsirrtum des Vorsitzenden.

Die Bezahlung eines Tages forderie ein Tischler von der Firma Margraf u. Frau. Der Kläger war erkrankt. Als er nach einigen Tagen wieder gesund zur Arbeit erschien wurde ihm gesagt, er sei erlassen.

Der Vorsitzende vertrat die durchaus dem Gesetz widersprechende Auffassung, daß die durch den Kläger widerstandene Arbeit als erledigt zu erhaltende Ansicht, daß mit der Erkrankung das Arbeitsverhältnis ohne weiteres aufgelöst sei, und eine ausdrückliche Auffündigung nicht zu erfolgen brauchte. Der Kläger wollte unter Hinweis auf den Wortlaut des § 123 der Gewerbeordnung den Artium nachweisen, wurde jedoch an der überflüssigen Rechtsbelehrung gehindert. Leider ließ er sich schließlich doch bewegen, seine Klage zurückzunehmen.

Verhinderung durch Krankheit gibt dem Arbeitgeber das Recht auf Kündigung, löst aber keineswegs den Vertrag ohne weiteres auf. Darüber besteht sonst weder in Theorie noch in Praxis Streit.

Sum Aufsichtsbrecht.

Das Oberverwaltungsgericht beschäftigte sich am Montag mit dem Streitverfahren der Galleschen Krankenkassen gegen den Magistrat von Halle a. S., das die Uebernahme der ärztlichen Versorgung durch den Magistrat durch die Zwangsverfügung vom 25. November 1910 betraf. Es handelte sich um die Frage, ob der Magistrat als Aufsichtsbehörde damals infolge des Galleschen Zergestreifens auf Grund des § 45 Abs. 5 des Krankenversicherungsgesetzes eingreifen durfte, obwohl der Kassenverband von Halle sich 13 Bezirke von auswärts besorgt hatte.

Das Oberverwaltungsgericht kam nach vielstündiger Verhandlung und Beratung noch zu keinem Ergebnis. Die Entscheidung wurde ausgesetzt. Das Urteil wird den Parteien lediglich schriftlich mitgeteilt.

Letzte Nachrichten.

Frau Caillaux vor dem Untersuchungsrichter.

Paris, 24. März. (W. T. B.) Ueber das heutige Verhör der Frau Caillaux wird gemeldet, daß sie eine eingehende Aussage über ihre Unterredung mit dem Gerichtspräsidenten Romnier gemacht habe. Sie erklärte, sie habe hierauf ihren Gatten im Finanzministerium aufgesucht und ihm die Verurteilung Romniers mitgeteilt, daß es kein einziges Mittel gebe, der Kampagne des „Figaro“ Einhalt zu tun. Ihr Gatte habe empört ausgerufen: „Da nicht anders zu tun ist, so werde ich ihm den Schädel einhauen!“ Frau Caillaux fuhr dann fort: „Und so konnte ich nicht zweifeln, daß mein Gatte die Absicht habe, gegen Calmette einen Mordanschlag zu begehen, und ich empfand immer gebieterischer die Notwendigkeit, bei dem Direktor des „Figaro“ einen Schritt zu versuchen. Ich fürchtete bereits, daß mein Gatte, der ein geschickter Schütze ist, Calmette töten würde, und in meiner fieberhaften Erregung sah ich meinen Gatten schon auf der Anlagebank. Ich wollte mir die furchtbaren Folgen eines so schrecklichen Dramas aus, und was meine Angst noch steigerte, war der Gedanke, daß ich unfreiwillig die Ursache dieser Tragödie sein würde.“

Auf eine Frage des Untersuchungsrichters, ob sie den Revolver gekauft habe, um eine Gewalttat gegen Calmette zu begehen, erklärte Frau Caillaux, daß wohl der Gedanke an eine solche Tat in ihr aufgetaucht war, daß sie den Revolver aber nur gekauft habe, um ihren Gatten auf seiner Wahlkampagne zu begleiten, und ihn vor etwaigen Ueberfällen zu schützen.

Aus der Rochette-Kommission.

Paris, 24. März. (W. T. B.) In der heutigen Rodmittagssitzung sagte ein richterlicher Beamter, namens Rognaul, aus, daß mit dem Augenblick, wo Rochette die Orange überschritt, die ganze Angelegenheit erledigt gewesen sei. Auf Befragen erklärte er, daß der vom Oberstaatsanwalt Fabre erlangte Ausschub im Justizpalast große Ueberraschung erzeugt habe. Niemand zweifelte daran, daß die Zeitung „Kappel“ für Rochette war, der als stiller Gesellschafter des Blattes goll. Der Direktor des „Kappel“, Dumesnil, erhob Einspruch gegen die Aussage Barthou und bestritt vor allem den Feldzug von Beleidigungen, den der „Kappel“ gegen Barthou geführt haben solle. Er habe sich sogar von dem Mitarbeiter des „Kappel“, dem Abgeordneten Caccabi, losgelöst, als ihm dieser einen Artikel brachte, der die Umgebung Barthou treffen konnte.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 1987, 1239, 9714, 185.

Heute Mittwoch, den 25. März, abends 6 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

für
Wildau, Königswusterhausen, Niederlehme, Schenkendorf,
Zenthen, Eichwalde, Miersdorf, Hoherlehme und Umg.
im Lokal von Rodaneck, Wildau, Schwarzkopffstraße.

- Tagesordnung:
1. Stellungnahme zur Generalversammlung.
2. Diskussion.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Donnerstag, den 26. März, abends 6 Uhr:

Versammlung

aller auf Eisen beschäftigten Drucker Berlins u. Umgegend
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 3.
Einziger Punkt der Tagesordnung: Branchenangelegenheiten.

Donnerstag, den 26. März, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung der Drahtarbeiter

im Lokal von Brinkmann (früher Werkowski), Andreasstr. 26.

Tagesordnung:
Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung pünktlich
zu erscheinen.

Donnerstag, den 26. März, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

der
Zeugschmiede und Schwarzblechschlosser
im Lokal von Volkshäger, Adalbertstr. 21.

- Tagesordnung:
1. Stellungnahme zur Kündigung des Tarifs.
2. Diskussion.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Donnerstag, den 26. März, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

der
Silberarbeiter und verw. Berufsgenossen
im Dresdener Garten, Dresdener Str. 45.

- Tagesordnung:
1. Wie stellen wir uns zum Ablauf unseres Tarifs?
2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert!

Donnerstag, den 26. März, abends 8 Uhr:

Versammlung

der Mechaniker, Uhrmacher, Optiker, sowie sämtlicher in
mechanischen Betrieben beschäft. Kollegen u. Kolleginnen
in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59.

- Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Bureauvorstehers Karl Bauer über:
„Rechtsirrtümer im täglichen Leben.“
2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
Das Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen.

Donnerstag, den 26. März, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung für Baumschulenweg

im Lokal von Paul Voche, Baumschulenweg, Baumschulenstr. 67.

- Tagesordnung:
1. Stellungnahme zur Generalversammlung. 2. Diskussion.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Zahlreicher Besuch obiger Versammlungen wird erwartet.

Achtung! Achtung!

Erwerbslose, Kranke.

Wegen Quartalsabschluss bleibt das Bureau am
Mittwoch, den 1. April, den ganzen Tag ge-
schlossen. — Da sämtliche Mitgliedsbücher zur Abrechnung
eingesogen werden, ersuchen wir die Kollegen, bis zum
Dienstag, den 31. März, ihre Unterhaltungen
abzugeben. Ausgeschlossen davon sind diejenigen, welche ihre
Unterhaltungen erst nach Beendigung der Krankheit abgeben.
Für Mittwoch, den 1. April wird schon am Dienstag,
den 31. März, gezahlt.

Wegen der Osterfeiertage finden die Zahlungen wie
folgt statt:

- Für Mittwoch und Donnerstag, den 10. und 11. April,
wird am Mittwoch, den 8. April, gezahlt.
Für Freitag und Sonnabend, den 10. und 11. April,
wird am Donnerstag, den 9. April, gezahlt.

Freitag bleibt das Bureau geschlossen.

Für Montag, den 13. April (2. Feiertag), wird am
Sonnabend, den 11. April,

bis 12 Uhr gezahlt. Nachmittags geschlossen.

Am Dienstag, den 14. April (3. Feiertag), wird die
laufende Unterhaltung

bis 12 Uhr gezahlt. Nachmittags geschlossen.

Wir bitten die kranken Kollegen, Vorstehendes genau zu
beachten!

Die Ortsverwaltung.

Bezano, Redakt.: Alfred Dielepp, Redukt.: Inzerentenleil bezanto.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Bureau: Reichsstraße 28, part. Filiale Berlin. Arbeitsnachweis: Gormannstraße 13.
Fernsprecher Amt Wpl. Nr. 4787. Fernsprecher: Amt Norden 3791-97.

Freitag, den 27. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15:

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:
Bericht und Neuwahl des Filialvorstandes.
Nur Mitgliedsbuch legitimiert.

Schleuniger Besuch erwartet
Wir ersuchen die Kollegen, sich die Jahresberichte im Bureau oder auf den Zählstellen abzuholen.

Steinarbeiter.

Donnerstag, den 26. März, abends 8 1/2 Uhr,
in den Prachtzälen „Alt-Berlin“, Blumenstr. 10:

Versammlung der Marmorarbeiter.

Tagesordnung:
Die Aussperrung und ihre Folgen.
Kein Kollege darf fehlen! Die Sektionsleitung.

Ohne jede Anzahlung!
Keine Kassierer, keine Karten!
Bettwäsche, Teppiche,
Portieren, Bilder, Gardinen,
Stores, Stepp- u. and. Decken.
HATZNER,
Südfeldstraße Nr. 41.

Stepdecken
größte Auswahl, billigst
auch Ausarbeiten aller
Stepdecken.
Bernhard Strohmandel,
Fabrik Berlin, Wallstr. 72.



PROBLEM CIGARETTEN

Bekanntmachung

betreffend
die Wahlen zum Vorstande der
Ortskrankenkasse für die Ge-
werbe der Tischler und
Pianoortarbeiter zu Berlin.

Gemäß § 24 der Wahlordnung
haben wir hiermit die Vertreter
des Ausschusses zur Vornahme der
Wahl der Vorstandsmitglieder. Es
sind zu wählen von Seiten der
Arbeitgeber 4 Vorstandsmitglieder
und 8 Ersatzmänner, von Seiten der
Arbeitnehmer 8 Vorstandsmitglieder
und 16 Ersatzmänner. Die Wahl
erfolgt am Donnerstag, den 23. April
1914, im Gewerkschaftshaus,
Engelufer 15, abends 8 Uhr, für
Arbeitnehmer und Arbeitgeber in ge-
trennten Räumen.

Die Wahl ist geheim. Gewählt
wird nach den Grundätzen der
Verhältnismäßigkeit nach näherer Be-
stimmung der Wahlordnung. Die
Wahlzeit dauert 4 Jahre.

Die Vertreter im Ausschuss werden
hiermit aufgeführt, Wahlvorschlüge
— getrennt für die Arbeitgeber
und Arbeitnehmer — aufzustellen
und dem unterzeichneten Vorstand
spätestens bis zum 8. April 1914
einzureichen. Später eingehende Wahl-
vorschlüge sind unzulässig. Für die
Wahlvorschlüge gelten die §§ 7
und 8 der Wahlordnung entsprechend,
jedoch genügt für die Wahlvorschlüge
der Wahlberechtigten die Unterschrift
von 3 Wahlberechtigten. Die Wahl-
vorschlüge werden von dem Vorstand
nach der Reihenfolge ihres Ein-
gangs mit Ordnungsnummern ver-
sehen und können, soweit sie zu-
gelassen sind, von den Ausfüh-
rungsmitgliedern im Kassenlokal während
der Dienststunden von 8 bis 1 Uhr
eingesehen werden. Die Stim-
mabgabe ist an diese Wahlvorschlüge
gebunden.

Sind auf gültigen Wahlvorschlügen
im ganzen nur soviel wählbare Be-
werber benannt, wie Vorstandsmit-
glieder zu wählen sind, so gelten sie
gemäß § 9 der Wahlordnung als ge-
wählt. Im übrigen gelten für die
Wahlordnung, für die Ermittlung
des Wahlergebnisses und für die
Ersatzmänner die §§ 10—18 der
Wahlordnung entsprechend. 270/15
Berlin, den 24. März 1914.

Der Vorstand.
Emil Voeste, Vorsitzender.
Otto Kube, Schriftführer.

Reste

- Damentuene 3 M.
schwarz u. farb. Mtr. 3 M.
 - Kostüsstoffe
neueste englische
Master p. Meter von 2 M.
 - Côtelé ... von 3.25 M.
 - Gabardine von 2.75 M.
 - Futter-Seide in allen
Preislagen
 - Satin-Futter größte
Auswahl
 - Knöpfe u. Besatzartikel usw.
- C. PELZ**
Kottbuser Str. 5

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzüge od. Pistot
nach Mass, schick, dauerh. Zubehö-
von 25 Mark an. Moritz Laband,
Neue Promenade 5, II. (Städt. Börse.)

Smacifol - Brocifol!



**Amor
flüssig**
Bester
Metallputz

Überall zu haben in Flaschen von 10 Pf. an.
Fabrik: Chemische Werke Lubarynski & Co.
Aktienbesitzer: H. H. Berlin-Lichtenberg

Plasmon-Kakao

enthält das seit über 15 Jahren außerordentlich bewährte, billigste
und beste Eiweißnährpräparat für Körper u. Nerven

Plasmon

Plasmon-Kakao (ca. 50% Eiweißgehalt)
ist reich an Eisen, natürlichen Phosphorverbindungen
und anderen wertvollen Nährsalzen, daher unent-
behrlich für Schwächliche, Bleichstüchtige, Nervöse,
ebenso für die heranwachsende Jugend als
Frühstücksgetränk. — 1/2 Pfund M. 3.00,
1/4 Pfund M. 1.65, 1/8 Pfund M. 0.90,
Plasmon-Biskuit, -Zwieback,
-Schokolade, -Haferkakao,
Eisen-Plasmon.

Erhältlich in Apotheken und Drogerien.
Musterkollektion d. Plasmon-Präparate
gegen Einsendung von M. 1.50
überallhin franko. Ausführl.
Brochure versend. gratis

**Plasmon
Gesellschaft
m. b. H.**

**Neubran-
denburg
i. Meckl.**

Bewerkschaftliches.

Scharfmacher-Professoren-Weisheit.

Die Scharfmacher waren noch nie verlegen in der Wahl der Mittel, sie mußten nur ihrem Hasse gegen die Arbeiter Rechnung tragen. Es kann daher auch weiter nicht verwundern, daß sie in ihren Organen selbst den kompromittier-

... Die Arbeiter geben in ihrer Arbeit nur das wieder, was sie von den Arbeitgebern erhalten haben. Darum ist auch ein deutlicher Unterschied zwischen dem wissenschaftlich ausgebildeten Ingenieur, Bergschaffverständigen, Geologen, Chemiker, Arzt usw. und den qualifizierten Arbeitern. Die ersten verdienen dem Unternehmertum weniger, als sie ihm geben, die zweiten verdienen ihm schlechter als alles, ihre technischen Fertigkeiten, ihre besondere Ausbildung und Schulung, ja überhaupt ihre besondere

Soll man gegen solchen, milde gesagt, kompletten Unsinn ernsthaft polemisieren? Nein, so etwas kann man nur komisch nehmen. Wir finden, der Herr Professor müßte noch weiter spintisieren, etwa folgendermaßen: Da die Kapitalisten gar keine technischen Fähigkeiten bedürfen, überhaupt keiner Fähigkeiten, und da sie keinerlei nützliche und notwendige Arbeit verrichten, so ist die Arbeiterschaft verpflichtet, ihnen fortgesetzt höhere Zinsen und Dividenden zu erarbeiten.

Solchen Anschauungen, solcher Voraussetzungslosigkeit entspringen die Scharfmacherattentate gegen die Arbeiter, gegen die Gewerkschaften und das Koalitionsrecht. Die Auslassungen des Professors Krümann erlauben einen neuen Blick in die Gedankenwelt der Leute von der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“, die das Scharfmachertum dirigieren. Insofern ist der Sermon nicht wertlos, muß er doch den Mitläufern der Zentralverbände — auch in der Regierung — die Augen darüber öffnen, wessen Heißes die Schreiber sind, die ein sogenanntes Arbeitswilligenschutzgesetz und Knebelung der Arbeiter fordern.

Hoffentlich wird der Herr Professor Krümann Ehrenmitglied aller Scharfmachergilden.

Berlin und Umgegend.

Die Schlosser der Metallschloßbranche stehen vor der Frage, ob sie ihren Tarif, der bis zum 1. Juni läuft, kündigen wollen. Der Tarif ist zwischen dem Deutschen Metallarbeiterverband und den einzelnen Firmen der Branche abgeschlossen. Er legt die neunstündige Arbeitszeit fest und einen Mindestlohn von 60 Pf. für Schlosser, 68 bis 70 Pf. für Schleifer, 40 Pf. für Hilfsarbeiter und regelt auch die Akkordpreise. Eine am Montag abgehaltene Branchenversammlung kam nach eingehender Besprechung der Verhältnisse zu dem Beschluß, den Tarif nicht zu kündigen. Sollte er aber von Unternehmern gekündigt werden, dann sind die Arbeiter bereit, nicht nur etwa beabsichtigte Verschlechterungen mit aller Energie abzuwehren, sondern entsprechende Verbesserungen, namentlich der Akkordpreise, durchzusetzen.

Die städtischen Darlehen an Arbeitslose.

300 000 M. sind bewilligt, um die Not der Arbeitslosen durch kleine Darlehen zu lindern. Wenn wir aber um ein Darlehen nachsuchen, dann können wir warten, bis wir, die Halberhunger, vollends verhungert sind. — So wurde am Dienstagmorgen in einer Versammlung der arbeitslosen Holzarbeiter ge-

klagt. Mehrere Redner teilten mit, daß sie erst einige Wochen nach Stellung ihres Besuches das gewünschte Darlehen bekommen haben. Andere Redner waren aber noch schlechter daran. Sie haben vor zwei bis drei Wochen um Darlehen aus dem 300 000 M.-Fonds nachgesucht und bis heute noch nicht einmal Bescheid erhalten, ob ihr Gesuch bewilligt wird. Daß die bürokratische Maschine auch bei einer Kostensaktion so entsetzlich langsam arbeitet, wurde allgemein beurteilt und einstimmig eine Resolution beschloffen, die dem Oberbürgermeister übermittelt werden soll. Die Resolution lautet:

„Die Versammlung bedauert aufs tiefste, daß der Zweck des Beschlusses der städtischen Behörden, nach dem 300 000 M. zur Linderung der Not der Arbeitslosen zur Verfügung gestellt sind, durch das bürokratische Verfahren der Armenverwaltung bei Befreiung der Bedürftigkeit der arbeitslosen Antragsteller vollständig illusorisch gemacht wird. Ja sogar die mittellose Arbeitslosen zur Verzweiflung treibt und zum äußersten greifen läßt. — Die Versammlung ersucht deshalb den Oberbürgermeister sowie den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung, nachdrücklich für Durchführung der von ihnen gefaßten Beschlüsse Sorge zu tragen, um zu verhindern, daß fortgesetzt Existenzen vernichtet werden und Menschenleben verderben.“

Die Tarifbewegung der Steinarbeiter.

Am Dienstagabend nahm eine Versammlung der in der Sandstein- und Grabsteinbranche Beschäftigten Stellung zu dem Verlangen des Unternehmerverbandes, den alten Tarif auf zwei Jahre unverändert zu verlängern. Der Referent Winkler verwies darauf, daß die Marmorarbeiter dies Verlangen bereits zurückgewiesen haben und deshalb von den 400 in Berlin beschäftigten Marmorarbeitern 180 ausgesperrt wurden. Wenn die Unternehmer glauben, hierdurch die Kollegen der Sandstein- und Grabsteinbranche einzuschüchtern und sie zum Zurückziehen ihrer Forderungen zu veranlassen, so sind sie im Irrtum.

Im Einverständnis mit diesen Ausführungen beschloß die Versammlung einstimmig und ohne Diskussion, auf eine unbedingte Verlängerung des Tarifs nicht einzugehen, sondern an der Forderung, die tägliche Arbeitszeit um 1/2 Stunde zu verkürzen, festzuhalten, soweit nicht bei den Vorgesetzten die tarifliche Arbeitszeit der Maurer einzuhalten ist. Als Ausgleich wird eine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde gefordert. Die gleiche Lohnerhöhung fordern auch die Grabsteinhauer, die sich im übrigen mit den zum Schriftbaurtarif von den Unternehmern gemachten Zugeständnissen einverstanden erklären.

Der anwesende Hauptorganisator Siebold billigte die Haltung der Berliner Mitgliedschaft.

Achtung, Gastwirtsgehilfen! Die Sperre über Restaurant „Bildgrube“, Joh. Föllmer, Brunnenstr. 173, ist hiermit aufgehoben. Verband der Gastwirtsgehilfen, Ortsverwaltung I.

Achtung, Schilderhalter und Lackierer! Die Verhandlungen bei der Firma Winslow sind ergebnislos verlaufen. Herr Winslow verweigert uns an seinen Verband, da er selbst nicht mehr unternehmen könne. Adresse: Kaiser-Franz-Brennerei-Platz 1. Da von diesem Rohweiss aber Arbeitswillige gesucht werden und auch schon vermittelt sind, ist es erklärlich, was man will! Austritt aus der Organisation. Bis jetzt konnten die Stellen auch durch diesen Rohweiss nicht alle besetzt werden. Die Firma liefert hauptsächlich an Brauereien; es ist deshalb den Kollegen ein leichtes festzustellen, wo Streikarbeit gemacht wird. Wir bitten alle Angebote und Annoncen unberücksichtigt zu lassen, hauptsächlich diejenigen, wo die Kollegen ihr Koalitionsrecht preisgeben sollen. Verband der Porzellanarbeiter. Jagtstraße Berlin.

Deutsches Reich.

Unruhe unter den Vergleuten.

Der Streik auf der Saarlohngarbe Hattenbach ist vorzeitig zum Ausbruch gekommen, weil die Zechenverwaltung die Verlegung zwingen wollte, Ueberbrückten zwecks Erhöhung der Förderung zu verfahren. Dessen weigerten sich etwa 75 Mann, die darauf wegen Kontraktbruch entlassen wurden. Tags darauf wiederholte sich der Vorgang bei einer zweiten Arbeitergruppe, abermals Entlassung und nun auf Beschluß der überwiegend im christlichen Gewerbeverein organisierten Arbeiter die allgemeine Arbeitseinstellung. An ihr sind etwa 700 von den zirka

1000 auf der Grube, der einzigen Privatzeche im preussischen Saargebiet, beschäftigten Arbeiter beteiligt. Dieser Streik lehrt nebenbei, was es mit der von den Zechenverwaltungen stets behaupteten „Freiwilligkeit der Ueberbrückten“ auf sich hat.

Die Zechenverwaltung verbreitet auch eine langatmige Darstellung der Vorgeschichte des Ausstandes. Dessen akute Ursache ist die Weigerung der Arbeiter, am Faschnachtsdienstag, von alters her ein ortsbüblicher Feiertag, anzufahren. Es geht aber sogar aus der Darstellung der Zechenverwaltung hervor, daß dieser Feiertagsstreik das Maß zum Ueberlaufen gebracht hat. Die Zechenbesitzer erklären, sie hätten eine „sehr fehrbare Belegenschaft“, aber:

„Unter dieser Belegenschaft hat seit einigen Jahren der Gewerbeverein christlicher Vergarbeiter Fuß gefaßt. Die Leute sind systematisch verhebt (i) worden und schon seit ein paar Jahren ist die sonst außerordentlich ruhige Belegenschaft sehr unruhig geworden.“

Das ist die übliche Hohrenschädel; sie ist diesmal interessant dadurch, daß nun zur Abwechslung wieder mal die „christlichen Gewerkschaften“ der „systematischen Arbeiterverhegung“ beschuldigt werden. Sie sollen sogar die Belegenschaft zur absichtlichen Kinderförderung (positive Reflexen) und die Sicherheitsmänner zu einer pflichtwidrigen Ausübung ihres Amtes ausgenutzt haben, alles Anschuldigungen, die gewohnheitsmäßig, wenn auch nicht wahrheitsmäßig gegen den „roten Verband“ erhoben werden, wobei oft die „christliche Presse“ den Chorus verleiht.

Auf alle Fälle gibt die Zechenverwaltung selbst zu, daß die Unzufriedenheit der Arbeiter nicht erst vom Faschnachtsdienstag herührt. Da auch im übrigen Saargebiet die Vergleute seit Jahren über schlechte Bezahlung und unwürdige Behandlung klagten, so ist das Ueberbrücken der Streikbewegung auf andere Saargruben nicht in das Reich der Unmöglichkeit zu verweisen. Daß man sich aus den Vergwertbezirken auf Ueberraschungen gefaßt machen muß, das deutet ein an ausgetretenen Mitglieder des christlichen Gewerbevereins im Ruhrrevier gerichtetes Zirkular des Gewerbevereinssekretärs Wiedfeld an; in diesem Zirkular heißt es:

„Die Zeiten werden schwerer für den Bergmann, schwere Kämpfe, Kämpfe bis zum letzten stehen uns in kurzer Zeit bevor. Ich kann und darf heute noch nicht weiter darüber sprechen, nur das eine möchte ich Dir in Deinem und im Interesse Deiner Familie zurufen: „Seid Mitglied!“, damit Du in der nächsten Zeit nicht die Stunde vermissst, wo Du ausgetreten bist.“

Der Gewerbevereinssekretär „lang und darf heute noch nicht weiter darüber sprechen“. Er muß sich also um eine nur den Gewerbevereinsführern bekannte „Erwägung“ handeln, deren Richtung aber leicht zu erraten ist, wenn man sich die augenblicklichen Arbeiterverhältnisse im Bergbau überlegt. Die Lokalblätter und die Arbeiterversammlungen beschäftigen sich immer mehr mit den starken Lohn- und Bedingereduzierungen, deren schlechter Effekt für das Einkommen der Vergleute noch durch die vielen Freierhöhungen „wegen Abzagsmangel“ erhöht wird. Erklärlicherweise geraten die Vergleute dadurch in Unruhe, das Ende der Lohnrückerei ist gar nicht abzusehen. Ein untrüglicher Beweis für den Ernst der sich entwickelnden Situation ist die auffallende Haltung der „wirtschaftsfriedlichen“ „Selbstzeitung“. Mit viel-lagendem Eifer ruft der „Verbrein“ den „Christlichen“ begreiflich zu machen, daß der „letzte Kampf“ sich in Wahrheit nicht gegen die Unternehmer, sondern gegen den „christlichen Gewerbeverein“ richte, um dessen „Sein oder Nichtsein“ würde es sich handeln. Der Vergarbeiterverband postulierte die im Gewerbeverein wieder aufkommende rabuläre Stimmung, aber nicht „aus Selbstlosigkeit“, sondern „um das Ende des Gewerbevereins zu beschleunigen“, der sich durch Radikalismus aufzuhellen suche. Zum Schluß malt das Gelbenblatt den Vergleuten die „blutige Niederlage“ aus und beschwört sie inständig, den „Streikführern“ nicht zu folgen.

Die allzu plumpe Spekulation des gelben Arbeitswilligenblattes auf die alten Streitigkeiten in der Vergarbeiterchaft beweist nur, daß auch den Kapitalistenschülern das Anwachsen der Unzufriedenheit unter den Vergarbeitern bekannt ist, und daß man selbst den gelben „Nationalen“ nicht recht traut. Daher das Graulichmachen vor einer „blutigen Niederlage“. Dieses Graulichmachen wird nichts nützen, wenn die Unternehmer mit ihrer Lohnrückerei fortfahren.

Ein neuer Kriegsplan gegen die organisierten Techniker.

Der Gesamtverband der Industriellen hat sich, wie aus einem vertraulichen Rundschreiben des süddeutschen In-

Kleines Feuilleton.

Der teusche Karl in Wien. Ein vielversprechender Film, nicht wahr? ... In der Tat, wie die schnell wechselnden Bilder im Kino, so folgten bewegte Situationen, dramatische Handlung aufeinander während der Hauptversammlung der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schundliteratur. Als erster Redner trat ein Jurist „Rechtsfragen“ des Themas auseinander: Anrede, frisch, auch manchmal unwillkürlich wichtig, wenn er „die Juristenfrage ins Deutsche übertrug“. — Mit dem beachtenswerten Resultat: Eltern, Erziehern, Leuten von der Presse werde im Kampf gegen den Schund wohl stets der Schutz der Wahrheit berechtigter Interessen zugesprochen werden. — Inzwischen hatte Herr Professor Brunner kaum den Beginn der Diskussion erwarten können. Er tritt sofort in die Schranken, um eine Lanze für das Kind seiner Erinnerung, die „Kleine Ler Heinz“ zu brechen, sich über die böse Presse zu beklagen, die Zuhörerhaft aufzufordern, der Polizei freiwillig Spitzeldienste gegen die Unstillschkeit zu leisten. Ein Mann, nach dem Ebenbild Jagows stand er da; „als dessen Vertreter er die Ehre hatte, erschienen zu sein!“ — Und nun wurde es lebendig, lebendiger als es dem diplomatischen Vorstände lieb zu sein schien: Man fragte höflich an, ob der Entwurf zur Gewerbeordnung schon zur Kenntnis des Vorstandes gelangt wäre, machte einige Einwände für und wider, schlug von „christlicher Seite“ die Hände über die Köpfe zusammen über die Proletenversammlungen des „Goethebundes“, und dann, als unser Genosse Lehner den Standpunkt der Sozialdemokratie zur Schundfrage und „Kleinen Ler Heinz“ erläutern wollte, schmitt ein Antrag auf Schluß der Diskussion in das Wort ab.

Inzwischen war es spät geworden, als noch ein Vortrag der Hamburger Prüfungsausschüsse gegen den viel geplagten Professor Brunner und seine „Hochwacht“ erfolgte. Es waren böse Dinge, die dabei auf dem Kinogenitor und bewährten Kunstsachverständigen sitzen blieben: Empfehlung der Dura-Makalatur in Schnupfennigheften; anstatt eingehender Besprechung von eingekleideten Werken: Abdud der Waschgettel und anderes mehr auf persönlichem Gebiet.

Das Resultat des Abends: Die diesjährige Versammlung der „Zentralstelle“ bestatigte von neuem, wie wenig eigentlich die in ihr vereinigten Elemente zueinander gehören. Vor allem war es bezeichnend, daß sich Herr Brunner nur auf den Vorstand, die reaktionären Elemente der „christlichen Lehrerschaft“, einen gewissenhaften Geheimrat (denen er seit den Postkartenprozessen sehr sympathisch ist) und den freimüthigen Herrn — Tetos zu stützen vermochte. — Fast wäre er und seine „Hochwacht“ für die Zentralstelle erledigt gewesen und selbst ein Brunner gefallen als ein beslagenwertes Opfer des Schundes in Wort und Bild.

Der antiquierte Kinderlegen. Aus Marienburg (Westpreußen) wird der „Frankf. Jtg.“ folgende wahre Geschichte berichtet: Ein

Vote des hiesigen Kriegsgerichts ist glücklicher Vater von sieben Kindern. Früher war er stolz auf diese häßliche Nachkommenschaft. Wenn er die Klagen über den Geburtenrückgang las und von den Sorgen überängstlicher Patrioten hörte, überzählte er seine kleine Schar; er hatte dem Vaterlande gegenüber seine Schuldigkeit getan. Wollte man ihn bemitleiden, so wies er stolz darauf hin, daß es seine Pflicht gewesen, als staatlicher Beamter den Wünschen seines Arbeitgebers gerecht zu werden. Lange Zeit lebte er denn auch in diesem Bewußtsein glücklich und zufrieden. Da trat eines Tages eine Aenderung ein. Ihm wurde die Wohnung gekündigt. Er eilte zu seinem Hauswirt. Dieser bestätigte ihm gerne, daß er und seine Frau nette Leute und die Kinder brav und ordentlich wären, aber trotzdem würden die übrigen Hausbewohner durch sie doch belästigt, und um sich vor Kündigung zu schützen, müsse er ihm die Wohnung aufgeben. Der Kriegsgerichtsbote war zu stolz, um diesem Mann von den Forderungen des Staates zu sprechen und ging auf die Wohnungssuche. Doch nun erlebte er eine Enttäuschung nach der anderen. Drei Monate suchte er vergeblich. Kein Hauseigentümer wollte seinem Haus einen Zuwachs von sieben Kindern besorgen. Der Stolz des braven Vaters wandelte sich infolge dessen in Resignation. Ihm kam zum Bewußtsein, daß er sich Jahre hindurch in einer Selbsttäuschung befunden haben mußte, da er so wenig Anerkennung für die Dienste erhielt, die er dem Vaterland geleistet zu haben glaubte. Und je näher der 1. April kommt, desto mehr wird sich der brave Mann darüber klar, daß in unserer heutigen Zeit Kinder doch eine arge Last sein können. Was blieb ihm übrig, als sich an seine Behörde zu wenden und dieser sein Unglück zu klagen. Diese nahm sich denn seiner auch an und wandte sich an die Stadt mit dem Ersuchen, für ihren Beamten eine passende Wohnung zu verschaffen. Aber auch der Stadt zuliebe wollen die Marienburger Hausbesitzer von einer neunköpfigen Familie nichts wissen. Es ist wahrscheinlich, daß der Militärstützpunkt in der Kasernen Platz schaffen muß, um dem früher so stolzen Preußen nicht den letzten Rest seiner Vaterfreunden nehmen und ihn mit seinen sieben Kindern auf der Straße sitzen zu lassen.

Theater.

— Münchener Theater. Fast mit gleicher Inbrunst und Begeisterung wie Halbe ringt seit Jahren auch Georg Hirschfeld mit dem Dämon Theater, ohne ihn bezwingen zu können. Auch in seiner neuen Komödie: „Aldies Geist“, die im Schauspielhaus zur Aufführung kam, stieß Halbe mit und hühnenfremde Ungehebelheiten hart neben scharfgezeichneten Umrisen einer bestimmten Lebensschicht und quillender Satire keinbürgerlicher Bestimmung, Moral und Dialektauffassung. Als Ganzes hat es nicht mehr Wert wie eine Berliner Milieustudie aus der Epöche des jetzt durch Sternheim für die Bühne erweckten „Bürgers Schappel“. Grete, ein altes Berliner Kind, wie sie einst Frau Else Lehmann so unübertrefflich gab, sieht zwischen zwei Männern: dem ehelich ungeliebten alten, rampontierten Uhrmacher Krusch und dem vornehmlich geliebten Bindhund und Schwadronneur Köfide, den sie in Japan für verschollen hält, der aber plötzlich auf der Bühne erscheint, ver-

lumpt zwar, aber mit Mammon. Wie nun mit Hilfe eines possenhaften Spiritisten richtige und falsche Fäden zwischen dem Weibe und ihrem beiden Männern gesponnen werden, wie Krusch halbbedustelt mit seinem totgeglaubten Vorgenieher in Gretes Liebesfreuden Verdrüßlich trinkt, wie dann eine Art Austausch Ehe zu dritt zuletzt kronprinzlich eingereicht wird, das ist der Inhalt der zwei letzten, org in die Breite gehenden Akte. Schon am Dialekt mußte die Komödie in München scheitern, aber ich glaube, eine Berliner Vorstadt Bühne könnte mit diesem spezifisch berlinisch gezeichneten und gefüllten Stück gute Geschäfte machen, denn die Frau Grete hat immerhin etwas in ihrem Blut und Wesen, das zündet. om.

Notizen.

— Berlin und Krefeld. Unsere Hofoper ist bekanntlich darauf aus, der Provinz keine Konkurrenz zu machen; sie führt außer den bekannten Indioneropern, die Berlin durchaus reserviert bleiben, nur neue Opern auf, die längst wo anders gegeben sind. So wurde neulich hier festgesetzt, daß unser neueste Eroberung „Der Liebhaber als Arzt“ bereits in München und Dresden gespielt war. Nun werden wir b'lehrt, daß auch Krefeld unserem bewährten Kunst-institut glücklich vorangegangen war.

— Das Vorlesungsverzeichnis der Humboldt-Kademie für das Lehrjahrsjahr vom 15. April bis Mitte Juni ist schon erschienen und in A. Berthelms Häusern sowie in zahlreichen Buchhandlungen zu haben.

— Neue wissenschaftliche Institute. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft plant zwei neue Forschungsinstitute, und zwar für Physiologie und Gehirnforschung. — Ein Institut zur Vererbungsforchung soll an der Berliner landwirtschaftlichen Hochschule unter Leitung des Professors E. Baur errichtet werden.

— Was Schmaroger schaden. Ein französischer Insektenforscher, Paul Roel, hat ausgerechnet, daß die Kulturpflanzen Frankreichs durch pflanzliche und tierische Schmaroger jährlich einen Schaden von drei Milliarden (d. h. etwa ein Viertel ihres gesamten Wertes) erleiden.

(Was die politischen und ökonomischen Schmaroger den Franzosen oder uns etwa kosten, läßt sich leider nicht so leicht ausrechnen.) — Der Ruhen der Kunstschreiber. Die künstlich angefachte Begeisterung für den griechisch-italienischen Maler Greco (aus dem 17. Jahrhundert) beginnt jetzt reichliche Früchte zu tragen. Bereits hat einer der verrückten amerikanischen Millionäre 600 000 M. für ein Greco-Bildnis bezahlt.

— Expedition zur Erforschung des Wehring-Reeres. Das russische Marineministerium beschloß, Mitte Juni eine wissenschaftliche Expedition unter Kapitän E. A. Wilkins zur Erforschung der Küsten der Komaja Semlja und des Wänteres zu entsenden. Die Expedition soll die vor zwei Jahren begonnene Untersuchung fortsetzen, inwieweit eine Schiffsahrt vom Wehringischen Meer bis zur Mündung der Lena möglich ist.

duziellenverbandes herbeigeführt, mit dem Plan einer Stellenvermittlung für Techniker befaßt. Die einzelnen Landesverbände sollen die Organisation dieser Vermittlung durchführen. Der süddeutsche Verband macht den Vorschlag, diese Abteilung der Stellenvermittlung den Industrieberatern anzugliedern und die Arbeitsvermittlung obligatorisch durchzuführen. Jeder Unternehmer darf also Technikerstellen nur unter Mitwirkung der Arbeitsnachweise besetzen. — Was damit bezweckt werden soll, liegt klar auf der Hand. Dem Bunde der technischen Angestellten in erster Linie gilt der Kampf. Die Agitatoren dieses Verbandes wollen die Unternehmer im Auge behalten, um sie ohne Schwierigkeiten kalt stellen zu können.

Diese Kampfanfrage wird das Verhältnis zwischen Unternehmern und deren technischen Angestellten noch mehr verschärfen und die Techniker noch mehr als bisher nötigen, mit den Arbeiterverbänden Fühlung zu nehmen.

Ausland.

Kommunale Unterstützung für ausgeperrte Arbeiter.

Die Gemeindeversammlung von Grencheu in der Schweiz, wo seit Wochen 2000 Lohnarbeiter ausgeperrt sind, hat am Sonntag in geheimer Abstimmung mit 651 gegen 121 Stimmen beschlossen, den in Grencheu wohnenden Familien der Ausgeperrten für die vorläufige Dauer von vier Wochen eine wöchentliche Unterstützung von im Maximum 3000 Fr. in Natura zu gewähren. Zur Ausführung des Beschlusses wurde gleichzeitig eine fünfzigköpfige Kommission gewählt.

Der Beschluß ist ein ehrenvolles Zeugnis für die Gemeinde Grencheu, umso mehr, als sie sich von ihm nicht durch die sonderlichsten Begierden und Drohungen der kapitalistischen und arbeiterfeindlichen Presse abhalten ließ.

Die italienischen Eisenbahner haben der Regierung ein Memorandum vorgelegt, auf das sie am 15. April eine Antwort erwarten. Sie fordern vor allem Herabsetzung der Arbeitszeit und Schutz gegen willkürliche Benachteiligungen durch die Vorgesetzten. Weiter Kontrolle des Personals über die Verwaltung der Staatsbahnen, in der neben einer der Sicherheit des Verkehrs gefährdenden Sparlosigkeit vielfältige Vergewaltigungen vorkommen. Dieser Tage wird in Rom eine große Volksversammlung stattfinden, in der das organisierte Personal die Mißstände in der Verwaltung der Staatsbahnen zur Sprache bringen will.

Stadtverordnetenversammlung.

11. (außerordentliche) Sitzung vom Dienstag, den 24. März 1914, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzender Michael eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr.

Die Spezialberatung des Stadthaushaltsplans für 1914 wird fortgesetzt. Rückständig sind in der Hauptsache noch die Etats der städtischen Werke und Steuern sowie der Etat der Kapital- und Schuldenverwaltung.

Der Etat der Gaswerke (Referent Stadtv. Dr. Lehn II, A. L.) wird ohne Debatte nach dem Ausschlußbeschlusse festgestellt.

Stadtv. Lindau (A. L.) ist Referent für die Etats: Wasserwerke, Kanalisationswerke und Güter Berlin, Viehmarkt, Schlachthof, Fleischbühnen, Fleischverarbeitungs- und Verwertungsanstalt bei Ködlich, Markthallen, Hafen- und Speicheranlagen, Straßenbahnen, Nord-Südbahn, Rosenverwaltung der städtischen Werke, Lanke.

Stadtv. Bruns (Sog.): Die Erklärung, welche der Magistratsreferent im Auswah über die Abperrung des Wasserzins bei Nichtzahlung des Wasserzins abgegeben hat, befriedigt uns nicht ganz. Der Mieter ist in solchem Falle der Geschädigte, obwohl er den Wasserzins nicht zu zahlen hat. Der Magistrat will es mit dem Auswah versuchen, die Mieter von der Abperrung vorher zu benachrichtigen; die Mieter sollen dann zuschreiben, um den Wasserzins zu decken. Ich halte diesen Weg nicht für gangbar, denn es wird sich meistens um die ärmsten Mieter handeln, die nicht in der Lage sind, den Zins vorzutragen. Hoffentlich findet die Verwaltung einen anderen Weg; vielleicht läßt sich der Wasserzins als öffentliche Last auf das Grundstück eintragen, so daß das Grundstück lastet.

Stadtv. Hirsfeld: Früher hatten wir den Wasserzins als öffentlich-rechtliche Gebühr. Wir wollen den Wasserzins aber nicht als Abgabe im Sinne des Kommunalabgabengesetzes betrachten, und das hat dann allerdings die Folge, daß die Wasserzinsnehmer abgemittelt werden kann. Das Beste wird sein, daß die Wasserwerke sich von unrichtigen Personen Kauttionen geben lassen. Von der Abperrung wird aber äußerst selten Gebrauch gemacht. Die Frage wird weiter geprüft werden.

Stadtv. Mann (Sog.) berichtet zu dem Kanalisationsetat: Für die Arbeiter auf den Wätern ist seit langem und auch bei der letzten Gelegenheit keine Lohnerhöhung abgefallen; nur die Tagelöhner erhielten 1912 auf unseren Antrag eine Zulage. Die Löhne gehören zu den niedrigsten, die die Stadt überhaupt zahlt. Besonders schlecht stehen sich die Kieleswärtler. Für sie war seither keine Lohnerhöhung erfolgt, was wohlwollende Prüfung in der Deputation zugefugt worden. Das geschah auch, aber die Leute bekamen nichts; man berief sich auf das Deputat, das übrigens pro Tag nur 10 Pf. beträgt, um nachzuweisen, daß diese Leute nicht von der Teuerung getroffen würden. Auch im Urlaub stehen die Kieleswärtler hinter den anderen städtischen Arbeitern zurück; sie haben keinen einzigen freien Tag im Jahre. Sie warten auch bis jetzt vergeblich auf die Einrichtung eines Arbeiterausschusses. Das patriarchalische Verhältnis, auf das man sich so gern beruft, ist doch, wenn es nur darin besteht, daß der Arbeitgeber die Arbeit und der Arbeiter mühsam und langsam gehorcht, eines freien Arbeiters unwürdig. Eine Lohnabelle für die Arbeiter muß ebenfalls dem Etat beigelegt werden. — Arbeiter, die schon zehn Jahre und darüber in der Verwaltung beschäftigt sind, sind wegen angeblichen Arbeitsmangels entlassen worden; sie mußten dafür büßen, daß sie nicht in Berlin, sondern in einem Borort wohnen, obwohl die Verwaltung darum weiß und niemals daran Anstoß genommen hat. Wegen dieses Verfahrens müssen wir uns mit aller Schärfe wenden. Die Verwaltung hat gewünscht und der Magistrat zugefugt, mögliche Arbeitslosigkeit zu schaffen; wie kann man dann also so verfahren? Die städtischen Kautelien wenden sich leider auch nicht an den Zentralarbeitsnachweis in der Gormannstraße oder doch nicht an dessen Abteilung für städtische Arbeiter.

Stadtv. Wagner: Der Vordredner hat mir vorher keine Mitteilung gemacht, daß er diese Frage hier zur Sprache bringen werde; ich bin daher nicht informiert. Sollte den Arbeitern Unrecht geschehen sein, so wird das ja in der Deputation untersucht werden.

Zu dem Etat des Vieh- und Schlachthofes bemerkt Stadtv. Hoffmann (Sog.): Die Handwerker auf dem städtischen Vieh- und Schlachthof machen seit 30 Jahren Sonnabends um 5 Uhr Feierabend. Die Sache ist plötzlich geändert worden infolge einer Magistratsverfügung vom 7. November 1913. Eine Besprechung mit Stadtv. Hirsfeld ergab eine Zusage des letzteren, daß die Angelegenheit noch im Magistrat werde erörtert werden und falls eine Verschlechterung der Verhältnisse der betreffenden eintreten solle. Die Verschlechterung ist aber doch durchgeführt worden, ohne daß die Deputation bisher darüber entschieden hätte. Die Arbeitszeit dauert jetzt bis 1/2 Uhr; das gleiche gilt für die Krankenhäuser Moabit und Friedrichshagen. Auch die Arbeiterausschüsse sind hierüber nicht gefragt worden. Ich möchte um die Aufhebung dieser Verfügung voreiliger Verwaltungen ersuchen, die über den Kopf des Magistrats hinweg ergangen ist.

Stadtv. Hirsfeld: Im vorigen Jahre sind wir daran gegangen, die Vergütungen an den Vortagen der großen Feste einheitlich zu regeln. Da stellte sich heraus, daß in manchen Verwaltungen, so auf dem Schlachthof schon seit langem, auf dem

Viehhof seit 1905, anderwärts Leistungen bestanden. Die in voriger Woche gepflogenen Verhandlungen haben dazu geführt, daß vorläufig in allen drei Anstalten der bisherige Zustand weiter bestehen bleibt.

Stadtv. Hoffmann: Ich bin zwar durch diese Auskunft zufriedengestellt, bitte aber doch, den betreffenden Verwaltungen zu eröffnen, daß sie nicht willkürlich Bestimmungen treffen, wenn der Magistrat noch darüber berät.

Stadtv. Hirsfeld: Willkürlich haben diese Verwaltungen nicht gehandelt.

Stadtv. Hoffmann: Sie haben aber voreilig und insoweit gegen Ihre Arbeiter nicht loyal gehandelt.

Die angeführten Spezialrats werden nach den Ausschlußvorschlägen festgesetzt.

Ueber die Etats: „Einkommensteuer, Gemeindegrundsteuer, Gewerbesteuer, Warenhaussteuer, Betriebssteuer, Biersteuer, Wanderlagersteuer, Hundsteuer, Umschlagsteuer, Anteil an der Reichszumwachssteuer, Kinematographensteuer“ berichtet Stadtv. Liebenow (A. L.).

Zur Aufbringung des Steuerbedarfs für 1914 sind 180 Proz. des auf 16 450 000 M. anzunehmenden Normalsteuerolls an Gemeindegrundsteuer oder 3,10 vom Tausend des auf rund 551,6 Millionen Mark zu beziffernden gemeinen Wertes der gemeindegrundsteuerpflichtigen Grundstücke mit 20 810 000 M. erforderlich. Ein Antrag auf Herabsetzung auf 165 Proz. ist im Ausschusse abgelehnt worden.

Ein Antrag Dr. Arons u. Gen. fordert die Aufhebung der Kinosteuer mit Wirkung vom 1. April 1914 und zur Deckung des Ausfalles von 1 Million Mark die Erhöhung des Aufkommens aus der Einkommensteuer von 45 auf 46 Millionen Mark.

Stadtv. Heimann (Sog.): Als der Rämmerer bei Einbringung des Etats seinem Ansat über die Kommunalpolitik des letzten Jahres lebhaften Ausdruck gab, überließ er wohl, daß auch die Lustbarkeitssteuer, die seiner Initiative zu danken ist, nachdem sie hier durch drei Reichstageskammern abgelehnt worden war, sich keine Spatschance erworben hat. Die Aufnahme, die die Steuer bei der gesamten Berliner Presse gefunden hat, dürfte doch auch Ihnen zu denken geben. Unser Antrag im vorigen Herbst, der Material über die Wirkung dieser Steuer forderte, wurde mit 60 gegen 33 Stimmen abgelehnt, aber nur, weil viele der Herren Kollegen hauptsächlich den Saal vor der Abstimmung verlassen haben. Jetzt sind wir wieder da, und wenn jetzt keiner von Ihnen im Besitze des vollständigen Materials ist, so ist das Ihre Schuld, nicht die unsrige. Die vielen Lustbarkeitssteuerreden, die wir hier gehalten haben und halten, sind für uns nur eine harte Pflicht, sicher keine Lustbarkeit. Sämtliche Voraussetzungen des Magistrats für die Steuer haben sich als unhaltbar erwiesen; die Steuer hat sich nicht abwählen lassen, und die Lustbarkeitsunternehmungen sind stark beeinträchtigt worden. Im November 1913 trat der Rämmerer meinem Antrage entgegen. Er verwies zunächst auf die allgemeine wirtschaftliche Depression. Die Leugnung der Tatsache, daß die Gemeindeautonomie im Steuerwesen ist doch so eng und beschränkt, daß die Gemeinde sich in Zeiten rückläufiger Konjunktur doppelt vor solchen Sondersteuern hüten müßte. Die wohlhabenden Kreise lassen sich übrigens nicht durch rückläufige Konjunktur im Genuß von Vergnügen beirren; das zeigt das Beispiel des Metropoltheaters. Handelt es sich um Arbeiterverhältnisse, dann will bekanntlich gerade der Rämmerer den Hinweis auf die rückläufige Konjunktur nicht gelten lassen. Er wies dann auf den Fremdenverkehr hin. Diesen haben wir zu wollen und andererseits drückende Sondersteuern gerade den Stabellern aufzuerlegen, die für den Fremdenverkehr in Betracht kommen, heißt doch ein Pferd vor und ein hinter den Wagen spannen. Der Jirkus Busch mit seinen 600 bis 700 Angestellten hört mit dem 1. April auf zu existieren; ähnliche unangenehme Erfahrungen werden Sie demnächst noch mehrere machen. Der Jirkus Schumann will ja in den Jirkus Busch übergehen und verliert, als alleiniger Berliner Jirkus weiter existieren zu können; gelingt dies, so wird es nur einer Reihe besonders günstiger Umstände zu danken sein. Im übrigen tritt der ganze Widerspruch einer solchen Lustbarkeitssteuer für Berlin schon daraus zu Tage, daß man einen Jirkus mit einer Gedröselungssteuer erdrückt, andere, viel tiefer stehende Anstalten dagegen von jeder Steuer freilassen muß. Der Jirkus Busch hat den Versuch gemacht, durch Preissteigerung den Verlust auszugleichen, aber er mußte diesen Versuch sehr schnell wieder aufgeben. Der dritte Einwand des Rämmerers, der auch den meisten Eindruck machte, war der Hinweis, daß u. a. sieben neue große Kinos entstanden seien. Es handelt sich da zunächst um zwei Theaterunternehmungen, die schon projektiert und finanziert waren, als noch niemand an die neue Steuer dachte. Ferner ist das Friedrich-Wilhelmstädtische Schauspielhaus längst wieder Operettenbühne geworden, und auch das Apollotheater und das Cines-Theater am Zoo können hier nicht voll mitrechnen. Tatsächlich sind 11 000 Plätze eingezogen. Die Steuer legt den Unternehmungen etwa 17 Proz. aller Bruttoeinnahmen als Last auf. Die großen Unternehmungen, der Wintergarten, der Admiralspalast, die Kammerlichtspiele, die Jirkusse und die Antontheater behaupten und wollen durch Vorsegen ihrer Bühnen erheben, daß sie in der Spielzeit vom 1. April 1913 bis zum 28. Februar 1914 eine Mindereinnahme von 771 912 Mark gehabt haben und daß sie eine Steuer von 429 835 M. zahlen müßten; allein für den Jirkus Busch beträgt die Mindereinnahme 152 000 M., die Steuer 74 000 M. Gerade die am ungünstigsten gestellten Unternehmungen haben über die Hälfte ihrer Einnahmen als Steuer abzuführen müssen; wenn das keine Sondersteuer ist, dann hat es noch nie eine solche gegeben. Die Einnahme aus der Steuer figuriert im Etat mit 1 Million, über die Ausgaben wissen wir nichts; wir wissen aber, daß das Steuerpersonal stark vermehrt werden soll, weil die Erhebung der Bier- und der Lustbarkeitssteuer mehr Arbeit verursacht. Welt unannehmer aber sind für mich verschiedene Vorgesetzeneinungen. Wenn die zahlreichen Prozesse, die unser Ansehen in weiteren Kreisen nicht erhöhen können, auch in zweiter Instanz zu ungunsten der Stadt ausgehen, so würden wir zum Schaden auch noch den allgemeinen Spott ernten. Die Art ferner, wie der Magistrat verfährt, hat gegen die Theatervereine vorgegangen, an deren Bekämpfung hier in der Versammlung wenigstens niemand gedacht hat (lebhaftes Zustimmung). Ist auch geeignet gewesen, die Bevölkerung vor den Kopf zu stoßen. Also Unbehagen und Rühmst überall! Auch die Konjunktur haben schwer unter der Steuer zu leiden. Dieses Beispiel verbietet gute Sitten; Charlottenburg hat vor wenigen Tagen auch eine Lustbarkeitssteuer beschlossen, wenn auch nicht mit so hohen Sätzen wie die unsrige. Man hört hier immer, die Berliner Finanzen seien besser und gesünder als die aller übrigen Vorortgemeinden. Kein besserer, durchschlagender Beweis, als die Aufhebung dieser Steuer, für die keine innere Notwendigkeit vorliegt; denn die 8-900 000 Mark brauchen wir zur Bilanzierung des Etats nicht. Ich verweise nur nebenher auf den Generalpardon, der dem Rämmerer ein volles Spatzenbrot bescheren wird. Das Aufkommen aus der Einkommensteuer wird weit höher sein als es veranschlagt ist. Geben Sie diesen Ermäßigungen Raum und besetzen Sie durch Aufhebung der Steuer eine Menge Wohnstätten und Ländchen, der sich in der Bürgerschaft aufgesammelt hat. Im Laufe dieses Jahres werden wir eine neue Steuerquelle erschließen, die weit erträglicher sein wird (Vielfache Kruse-Weiche?), durch die Verschärfung der A. G. W. (Rebhäcker-Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Heimann (Sog.): Als der Rämmerer bei Einbringung des Etats seinem Ansat über die Kommunalpolitik des letzten Jahres lebhaften Ausdruck gab, überließ er wohl, daß auch die Lustbarkeitssteuer, die seiner Initiative zu danken ist, nachdem sie hier durch drei Reichstageskammern abgelehnt worden war, sich keine Spatschance erworben hat. Die Aufnahme, die die Steuer bei der gesamten Berliner Presse gefunden hat, dürfte doch auch Ihnen zu denken geben. Unser Antrag im vorigen Herbst, der Material über die Wirkung dieser Steuer forderte, wurde mit 60 gegen 33 Stimmen abgelehnt, aber nur, weil viele der Herren Kollegen hauptsächlich den Saal vor der Abstimmung verlassen haben. Jetzt sind wir wieder da, und wenn jetzt keiner von Ihnen im Besitze des vollständigen Materials ist, so ist das Ihre Schuld, nicht die unsrige. Die vielen Lustbarkeitssteuerreden, die wir hier gehalten haben und halten, sind für uns nur eine harte Pflicht, sicher keine Lustbarkeit. Sämtliche Voraussetzungen des Magistrats für die Steuer haben sich als unhaltbar erwiesen; die Steuer hat sich nicht abwählen lassen, und die Lustbarkeitsunternehmungen sind stark beeinträchtigt worden. Im November 1913 trat der Rämmerer meinem Antrage entgegen. Er verwies zunächst auf die allgemeine wirtschaftliche Depression. Die Leugnung der Tatsache, daß die Gemeindeautonomie im Steuerwesen ist doch so eng und beschränkt, daß die Gemeinde sich in Zeiten rückläufiger Konjunktur doppelt vor solchen Sondersteuern hüten müßte. Die wohlhabenden Kreise lassen sich übrigens nicht durch rückläufige Konjunktur im Genuß von Vergnügen beirren; das zeigt das Beispiel des Metropoltheaters. Handelt es sich um Arbeiterverhältnisse, dann will bekanntlich gerade der Rämmerer den Hinweis auf die rückläufige Konjunktur nicht gelten lassen. Er wies dann auf den Fremdenverkehr hin. Diesen haben wir zu wollen und andererseits drückende Sondersteuern gerade den Stabellern aufzuerlegen, die für den Fremdenverkehr in Betracht kommen, heißt doch ein Pferd vor und ein hinter den Wagen spannen. Der Jirkus Busch mit seinen 600 bis 700 Angestellten hört mit dem 1. April auf zu existieren; ähnliche unangenehme Erfahrungen werden Sie demnächst noch mehrere machen. Der Jirkus Schumann will ja in den Jirkus Busch übergehen und verliert, als alleiniger Berliner Jirkus weiter existieren zu können; gelingt dies, so wird es nur einer Reihe besonders günstiger Umstände zu danken sein. Im übrigen tritt der ganze Widerspruch einer solchen Lustbarkeitssteuer für Berlin schon daraus zu Tage, daß man einen Jirkus mit einer Gedröselungssteuer erdrückt, andere, viel tiefer stehende Anstalten dagegen von jeder Steuer freilassen muß. Der Jirkus Busch hat den Versuch gemacht, durch Preissteigerung den Verlust auszugleichen, aber er mußte diesen Versuch sehr schnell wieder aufgeben. Der dritte Einwand des Rämmerers, der auch den meisten Eindruck machte, war der Hinweis, daß u. a. sieben neue große Kinos entstanden seien. Es handelt sich da zunächst um zwei Theaterunternehmungen, die schon projektiert und finanziert waren, als noch niemand an die neue Steuer dachte. Ferner ist das Friedrich-Wilhelmstädtische Schauspielhaus längst wieder Operettenbühne geworden, und auch das Apollotheater und das Cines-Theater am Zoo können hier nicht voll mitrechnen. Tatsächlich sind 11 000 Plätze eingezogen. Die Steuer legt den Unternehmungen etwa 17 Proz. aller Bruttoeinnahmen als Last auf. Die großen Unternehmungen, der Wintergarten, der Admiralspalast, die Kammerlichtspiele, die Jirkusse und die Antontheater behaupten und wollen durch Vorsegen ihrer Bühnen erheben, daß sie in der Spielzeit vom 1. April 1913 bis zum 28. Februar 1914 eine Mindereinnahme von 771 912 Mark gehabt haben und daß sie eine Steuer von 429 835 M. zahlen müßten; allein für den Jirkus Busch beträgt die Mindereinnahme 152 000 M., die Steuer 74 000 M. Gerade die am ungünstigsten gestellten Unternehmungen haben über die Hälfte ihrer Einnahmen als Steuer abzuführen müssen; wenn das keine Sondersteuer ist, dann hat es noch nie eine solche gegeben. Die Einnahme aus der Steuer figuriert im Etat mit 1 Million, über die Ausgaben wissen wir nichts; wir wissen aber, daß das Steuerpersonal stark vermehrt werden soll, weil die Erhebung der Bier- und der Lustbarkeitssteuer mehr Arbeit verursacht. Welt unannehmer aber sind für mich verschiedene Vorgesetzeneinungen. Wenn die zahlreichen Prozesse, die unser Ansehen in weiteren Kreisen nicht erhöhen können, auch in zweiter Instanz zu ungunsten der Stadt ausgehen, so würden wir zum Schaden auch noch den allgemeinen Spott ernten. Die Art ferner, wie der Magistrat verfährt, hat gegen die Theatervereine vorgegangen, an deren Bekämpfung hier in der Versammlung wenigstens niemand gedacht hat (lebhaftes Zustimmung). Ist auch geeignet gewesen, die Bevölkerung vor den Kopf zu stoßen. Also Unbehagen und Rühmst überall! Auch die Konjunktur haben schwer unter der Steuer zu leiden. Dieses Beispiel verbietet gute Sitten; Charlottenburg hat vor wenigen Tagen auch eine Lustbarkeitssteuer beschlossen, wenn auch nicht mit so hohen Sätzen wie die unsrige. Man hört hier immer, die Berliner Finanzen seien besser und gesünder als die aller übrigen Vorortgemeinden. Kein besserer, durchschlagender Beweis, als die Aufhebung dieser Steuer, für die keine innere Notwendigkeit vorliegt; denn die 8-900 000 Mark brauchen wir zur Bilanzierung des Etats nicht. Ich verweise nur nebenher auf den Generalpardon, der dem Rämmerer ein volles Spatzenbrot bescheren wird. Das Aufkommen aus der Einkommensteuer wird weit höher sein als es veranschlagt ist. Geben Sie diesen Ermäßigungen Raum und besetzen Sie durch Aufhebung der Steuer eine Menge Wohnstätten und Ländchen, der sich in der Bürgerschaft aufgesammelt hat. Im Laufe dieses Jahres werden wir eine neue Steuerquelle erschließen, die weit erträglicher sein wird (Vielfache Kruse-Weiche?), durch die Verschärfung der A. G. W. (Rebhäcker-Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Heimann (Sog.): Als der Rämmerer bei Einbringung des Etats seinem Ansat über die Kommunalpolitik des letzten Jahres lebhaften Ausdruck gab, überließ er wohl, daß auch die Lustbarkeitssteuer, die seiner Initiative zu danken ist, nachdem sie hier durch drei Reichstageskammern abgelehnt worden war, sich keine Spatschance erworben hat. Die Aufnahme, die die Steuer bei der gesamten Berliner Presse gefunden hat, dürfte doch auch Ihnen zu denken geben. Unser Antrag im vorigen Herbst, der Material über die Wirkung dieser Steuer forderte, wurde mit 60 gegen 33 Stimmen abgelehnt, aber nur, weil viele der Herren Kollegen hauptsächlich den Saal vor der Abstimmung verlassen haben. Jetzt sind wir wieder da, und wenn jetzt keiner von Ihnen im Besitze des vollständigen Materials ist, so ist das Ihre Schuld, nicht die unsrige. Die vielen Lustbarkeitssteuerreden, die wir hier gehalten haben und halten, sind für uns nur eine harte Pflicht, sicher keine Lustbarkeit. Sämtliche Voraussetzungen des Magistrats für die Steuer haben sich als unhaltbar erwiesen; die Steuer hat sich nicht abwählen lassen, und die Lustbarkeitsunternehmungen sind stark beeinträchtigt worden. Im November 1913 trat der Rämmerer meinem Antrage entgegen. Er verwies zunächst auf die allgemeine wirtschaftliche Depression. Die Leugnung der Tatsache, daß die Gemeindeautonomie im Steuerwesen ist doch so eng und beschränkt, daß die Gemeinde sich in Zeiten rückläufiger Konjunktur doppelt vor solchen Sondersteuern hüten müßte. Die wohlhabenden Kreise lassen sich übrigens nicht durch rückläufige Konjunktur im Genuß von Vergnügen beirren; das zeigt das Beispiel des Metropoltheaters. Handelt es sich um Arbeiterverhältnisse, dann will bekanntlich gerade der Rämmerer den Hinweis auf die rückläufige Konjunktur nicht gelten lassen. Er wies dann auf den Fremdenverkehr hin. Diesen haben wir zu wollen und andererseits drückende Sondersteuern gerade den Stabellern aufzuerlegen, die für den Fremdenverkehr in Betracht kommen, heißt doch ein Pferd vor und ein hinter den Wagen spannen. Der Jirkus Busch mit seinen 600 bis 700 Angestellten hört mit dem 1. April auf zu existieren; ähnliche unangenehme Erfahrungen werden Sie demnächst noch mehrere machen. Der Jirkus Schumann will ja in den Jirkus Busch übergehen und verliert, als alleiniger Berliner Jirkus weiter existieren zu können; gelingt dies, so wird es nur einer Reihe besonders günstiger Umstände zu danken sein. Im übrigen tritt der ganze Widerspruch einer solchen Lustbarkeitssteuer für Berlin schon daraus zu Tage, daß man einen Jirkus mit einer Gedröselungssteuer erdrückt, andere, viel tiefer stehende Anstalten dagegen von jeder Steuer freilassen muß. Der Jirkus Busch hat den Versuch gemacht, durch Preissteigerung den Verlust auszugleichen, aber er mußte diesen Versuch sehr schnell wieder aufgeben. Der dritte Einwand des Rämmerers, der auch den meisten Eindruck machte, war der Hinweis, daß u. a. sieben neue große Kinos entstanden seien. Es handelt sich da zunächst um zwei Theaterunternehmungen, die schon projektiert und finanziert waren, als noch niemand an die neue Steuer dachte. Ferner ist das Friedrich-Wilhelmstädtische Schauspielhaus längst wieder Operettenbühne geworden, und auch das Apollotheater und das Cines-Theater am Zoo können hier nicht voll mitrechnen. Tatsächlich sind 11 000 Plätze eingezogen. Die Steuer legt den Unternehmungen etwa 17 Proz. aller Bruttoeinnahmen als Last auf. Die großen Unternehmungen, der Wintergarten, der Admiralspalast, die Kammerlichtspiele, die Jirkusse und die Antontheater behaupten und wollen durch Vorsegen ihrer Bühnen erheben, daß sie in der Spielzeit vom 1. April 1913 bis zum 28. Februar 1914 eine Mindereinnahme von 771 912 Mark gehabt haben und daß sie eine Steuer von 429 835 M. zahlen müßten; allein für den Jirkus Busch beträgt die Mindereinnahme 152 000 M., die Steuer 74 000 M. Gerade die am ungünstigsten gestellten Unternehmungen haben über die Hälfte ihrer Einnahmen als Steuer abzuführen müssen; wenn das keine Sondersteuer ist, dann hat es noch nie eine solche gegeben. Die Einnahme aus der Steuer figuriert im Etat mit 1 Million, über die Ausgaben wissen wir nichts; wir wissen aber, daß das Steuerpersonal stark vermehrt werden soll, weil die Erhebung der Bier- und der Lustbarkeitssteuer mehr Arbeit verursacht. Welt unannehmer aber sind für mich verschiedene Vorgesetzeneinungen. Wenn die zahlreichen Prozesse, die unser Ansehen in weiteren Kreisen nicht erhöhen können, auch in zweiter Instanz zu ungunsten der Stadt ausgehen, so würden wir zum Schaden auch noch den allgemeinen Spott ernten. Die Art ferner, wie der Magistrat verfährt, hat gegen die Theatervereine vorgegangen, an deren Bekämpfung hier in der Versammlung wenigstens niemand gedacht hat (lebhaftes Zustimmung). Ist auch geeignet gewesen, die Bevölkerung vor den Kopf zu stoßen. Also Unbehagen und Rühmst überall! Auch die Konjunktur haben schwer unter der Steuer zu leiden. Dieses Beispiel verbietet gute Sitten; Charlottenburg hat vor wenigen Tagen auch eine Lustbarkeitssteuer beschlossen, wenn auch nicht mit so hohen Sätzen wie die unsrige. Man hört hier immer, die Berliner Finanzen seien besser und gesünder als die aller übrigen Vorortgemeinden. Kein besserer, durchschlagender Beweis, als die Aufhebung dieser Steuer, für die keine innere Notwendigkeit vorliegt; denn die 8-900 000 Mark brauchen wir zur Bilanzierung des Etats nicht. Ich verweise nur nebenher auf den Generalpardon, der dem Rämmerer ein volles Spatzenbrot bescheren wird. Das Aufkommen aus der Einkommensteuer wird weit höher sein als es veranschlagt ist. Geben Sie diesen Ermäßigungen Raum und besetzen Sie durch Aufhebung der Steuer eine Menge Wohnstätten und Ländchen, der sich in der Bürgerschaft aufgesammelt hat. Im Laufe dieses Jahres werden wir eine neue Steuerquelle erschließen, die weit erträglicher sein wird (Vielfache Kruse-Weiche?), durch die Verschärfung der A. G. W. (Rebhäcker-Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Heimann (Sog.): Als der Rämmerer bei Einbringung des Etats seinem Ansat über die Kommunalpolitik des letzten Jahres lebhaften Ausdruck gab, überließ er wohl, daß auch die Lustbarkeitssteuer, die seiner Initiative zu danken ist, nachdem sie hier durch drei Reichstageskammern abgelehnt worden war, sich keine Spatschance erworben hat. Die Aufnahme, die die Steuer bei der gesamten Berliner Presse gefunden hat, dürfte doch auch Ihnen zu denken geben. Unser Antrag im vorigen Herbst, der Material über die Wirkung dieser Steuer forderte, wurde mit 60 gegen 33 Stimmen abgelehnt, aber nur, weil viele der Herren Kollegen hauptsächlich den Saal vor der Abstimmung verlassen haben. Jetzt sind wir wieder da, und wenn jetzt keiner von Ihnen im Besitze des vollständigen Materials ist, so ist das Ihre Schuld, nicht die unsrige. Die vielen Lustbarkeitssteuerreden, die wir hier gehalten haben und halten, sind für uns nur eine harte Pflicht, sicher keine Lustbarkeit. Sämtliche Voraussetzungen des Magistrats für die Steuer haben sich als unhaltbar erwiesen; die Steuer hat sich nicht abwählen lassen, und die Lustbarkeitsunternehmungen sind stark beeinträchtigt worden. Im November 1913 trat der Rämmerer meinem Antrage entgegen. Er verwies zunächst auf die allgemeine wirtschaftliche Depression. Die Leugnung der Tatsache, daß die Gemeindeautonomie im Steuerwesen ist doch so eng und beschränkt, daß die Gemeinde sich in Zeiten rückläufiger Konjunktur doppelt vor solchen Sondersteuern hüten müßte. Die wohlhabenden Kreise lassen sich übrigens nicht durch rückläufige Konjunktur im Genuß von Vergnügen beirren; das zeigt das Beispiel des Metropoltheaters. Handelt es sich um Arbeiterverhältnisse, dann will bekanntlich gerade der Rämmerer den Hinweis auf die rückläufige Konjunktur nicht gelten lassen. Er wies dann auf den Fremdenverkehr hin. Diesen haben wir zu wollen und andererseits drückende Sondersteuern gerade den Stabellern aufzuerlegen, die für den Fremdenverkehr in Betracht kommen, heißt doch ein Pferd vor und ein hinter den Wagen spannen. Der Jirkus Busch mit seinen 600 bis 700 Angestellten hört mit dem 1. April auf zu existieren; ähnliche unangenehme Erfahrungen werden Sie demnächst noch mehrere machen. Der Jirkus Schumann will ja in den Jirkus Busch übergehen und verliert, als alleiniger Berliner Jirkus weiter existieren zu können; gelingt dies, so wird es nur einer Reihe besonders günstiger Umstände zu danken sein. Im übrigen tritt der ganze Widerspruch einer solchen Lustbarkeitssteuer für Berlin schon daraus zu Tage, daß man einen Jirkus mit einer Gedröselungssteuer erdrückt, andere, viel tiefer stehende Anstalten dagegen von jeder Steuer freilassen muß. Der Jirkus Busch hat den Versuch gemacht, durch Preissteigerung den Verlust auszugleichen, aber er mußte diesen Versuch sehr schnell wieder aufgeben. Der dritte Einwand des Rämmerers, der auch den meisten Eindruck machte, war der Hinweis, daß u. a. sieben neue große Kinos entstanden seien. Es handelt sich da zunächst um zwei Theaterunternehmungen, die schon projektiert und finanziert waren, als noch niemand an die neue Steuer dachte. Ferner ist das Friedrich-Wilhelmstädtische Schauspielhaus längst wieder Operettenbühne geworden, und auch das Apollotheater und das Cines-Theater am Zoo können hier nicht voll mitrechnen. Tatsächlich sind 11 000 Plätze eingezogen. Die Steuer legt den Unternehmungen etwa 17 Proz. aller Bruttoeinnahmen als Last auf. Die großen Unternehmungen, der Wintergarten, der Admiralspalast, die Kammerlichtspiele, die Jirkusse und die Antontheater behaupten und wollen durch Vorsegen ihrer Bühnen erheben, daß sie in der Spielzeit vom 1. April 1913 bis zum 28. Februar 1914 eine Mindereinnahme von 771 912 Mark gehabt haben und daß sie eine Steuer von 429 835 M. zahlen müßten; allein für den Jirkus Busch beträgt die Mindereinnahme 152 000 M., die Steuer 74 000 M. Gerade die am ungünstigsten gestellten Unternehmungen haben über die Hälfte ihrer Einnahmen als Steuer abzuführen müssen; wenn das keine Sondersteuer ist, dann hat es noch nie eine solche gegeben. Die Einnahme aus der Steuer figuriert im Etat mit 1 Million, über die Ausgaben wissen wir nichts; wir wissen aber, daß das Steuerpersonal stark vermehrt werden soll, weil die Erhebung der Bier- und der Lustbarkeitssteuer mehr Arbeit verursacht. Welt unannehmer aber sind für mich verschiedene Vorgesetzeneinungen. Wenn die zahlreichen Prozesse, die unser Ansehen in weiteren Kreisen nicht erhöhen können, auch in zweiter Instanz zu ungunsten der Stadt ausgehen, so würden wir zum Schaden auch noch den allgemeinen Spott ernten. Die Art ferner, wie der Magistrat verfährt, hat gegen die Theatervereine vorgegangen, an deren Bekämpfung hier in der Versammlung wenigstens niemand gedacht hat (lebhaftes Zustimmung). Ist auch geeignet gewesen, die Bevölkerung vor den Kopf zu stoßen. Also Unbehagen und Rühmst überall! Auch die Konjunktur haben schwer unter der Steuer zu leiden. Dieses Beispiel verbietet gute Sitten; Charlottenburg hat vor wenigen Tagen auch eine Lustbarkeitssteuer beschlossen, wenn auch nicht mit so hohen Sätzen wie die unsrige. Man hört hier immer, die Berliner Finanzen seien besser und gesünder als die aller übrigen Vorortgemeinden. Kein besserer, durchschlagender Beweis, als die Aufhebung dieser Steuer, für die keine innere Notwendigkeit vorliegt; denn die 8-900 000 Mark brauchen wir zur Bilanzierung des Etats nicht. Ich verweise nur nebenher auf den Generalpardon, der dem Rämmerer ein volles Spatzenbrot bescheren wird. Das Aufkommen aus der Einkommensteuer wird weit höher sein als es veranschlagt ist. Geben Sie diesen Ermäßigungen Raum und besetzen Sie durch Aufhebung der Steuer eine Menge Wohnstätten und Ländchen, der sich in der Bürgerschaft aufgesammelt hat. Im Laufe dieses Jahres werden wir eine neue Steuerquelle erschließen, die weit erträglicher sein wird (Vielfache Kruse-Weiche?), durch die Verschärfung der A. G. W. (Rebhäcker-Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Heimann (Sog.): Als der Rämmerer bei Einbringung des Etats seinem Ansat über die Kommunalpolitik des letzten Jahres lebhaften Ausdruck gab, überließ er wohl, daß auch die Lustbarkeitssteuer, die seiner Initiative zu danken ist, nachdem sie hier durch drei Reichstageskammern abgelehnt worden war, sich keine Spatschance erworben hat. Die Aufnahme, die die Steuer bei der gesamten Berliner Presse gefunden hat, dürfte doch auch Ihnen zu denken geben. Unser Antrag im vorigen Herbst, der Material über die Wirkung dieser Steuer forderte, wurde mit 60 gegen 33 Stimmen abgelehnt, aber nur, weil viele der Herren Kollegen hauptsächlich den Saal vor der Abstimmung verlassen haben. Jetzt sind wir wieder da, und wenn jetzt keiner von Ihnen im Besitze des vollständigen Materials ist, so ist das Ihre Schuld, nicht die unsrige. Die vielen Lustbarkeitssteuerreden, die wir hier gehalten haben und halten, sind für uns nur eine harte Pflicht, sicher keine Lustbarkeit. Sämtliche Voraussetzungen des Magistrats für die Steuer haben sich als unhaltbar erwiesen; die Steuer hat sich nicht abwählen lassen, und die Lustbarkeitsunternehmungen sind stark beeinträchtigt worden. Im November 1913 trat der Rämmerer meinem Antrage entgegen. Er verwies zunächst auf die allgemeine wirtschaftliche Depression. Die Leugnung der Tatsache, daß die Gemeindeautonomie im Steuerwesen ist doch so eng und beschränkt, daß die Gemeinde sich in Zeiten rückläufiger Konjunktur doppelt vor solchen Sondersteuern hüten müßte. Die wohlhabenden Kreise lassen sich übrigens nicht durch rückläufige Konjunktur im Genuß von Vergnügen beirren; das zeigt das Beispiel des Metropoltheaters. Handelt es sich um Arbeiterverhältnisse, dann will bekanntlich gerade der Rämmerer den Hinweis auf die rückläufige Konjunktur nicht gelten lassen. Er wies dann auf den Fremdenverkehr hin. Diesen haben wir zu wollen und andererseits drückende Sondersteuern gerade den Stabellern aufzuerlegen, die für den Fremdenverkehr in Betracht kommen, heißt doch ein Pferd vor und ein hinter den Wagen spannen. Der Jirkus Busch mit seinen 600 bis 700 Angestellten hört mit dem 1. April auf zu existieren; ähnliche unangenehme Erfahrungen werden Sie demnächst noch mehrere machen. Der Jirkus Schumann will ja in den Jirkus Busch übergehen und verliert, als alleiniger Berliner Jirkus weiter existieren zu können; gelingt dies, so wird es nur einer Reihe besonders günstiger Umstände zu danken sein. Im übrigen tritt der ganze Widerspruch einer solchen Lustbarkeitssteuer für Berlin schon daraus zu Tage, daß man einen Jirkus mit einer Gedröselungssteuer erdrückt, andere, viel tiefer stehende Anstalten dagegen von jeder Steuer freilassen muß. Der Jirkus Busch hat den Versuch gemacht, durch Preissteigerung den Verlust auszugleichen, aber er mußte diesen Versuch sehr schnell wieder aufgeben. Der dritte Einwand des Rämmerers, der auch den meisten Eindruck machte, war der Hinweis, daß u. a. sieben neue große Kinos entstanden seien. Es handelt sich da zunächst um zwei Theaterunternehmungen, die schon projektiert und finanziert waren, als noch niemand an die neue Steuer dachte. Ferner ist das Friedrich-Wilhelmstädtische Schauspielhaus längst wieder Operettenbühne geworden, und auch das Apollotheater und das Cines-Theater am Zoo können hier nicht voll mitrechnen. Tatsächlich sind 11 000 Plätze eingezogen. Die Steuer legt den Unternehmungen etwa 17 Proz. aller Bruttoeinnahmen als Last auf. Die großen Unternehmungen, der Wintergarten, der Admiralspalast, die Kammerlichtspiele, die Jirkusse und die Antontheater behaupten und wollen durch Vorsegen ihrer Bühnen erheben, daß sie in der Spielzeit vom 1. April 1913 bis zum 28. Februar 1914 eine Mindereinnahme von 771 912 Mark gehabt haben und daß sie eine Steuer von 429 835 M. zahlen müßten; allein für den Jirkus Busch beträgt die Mindereinnahme 152 000 M., die Steuer 74 000 M. Gerade die am ungünstigsten gestellten Unternehmungen haben über die Hälfte ihrer Einnahmen als Steuer abzuführen müssen; wenn das keine Sondersteuer ist, dann hat es noch nie eine solche gegeben. Die Einnahme aus der Steuer figuriert im Etat mit 1 Million, über die Ausgaben wissen wir nichts; wir wissen aber, daß das Steuerpersonal stark vermehrt werden soll, weil die Erhebung der Bier- und der Lustbarkeitssteuer mehr Arbeit verursacht. Welt unannehmer aber sind für mich verschiedene Vorgesetzeneinungen. Wenn die zahlreichen Prozesse, die unser Ansehen in weiteren Kreisen nicht erhöhen können, auch in zweiter Instanz zu ungunsten der Stadt ausgehen, so würden wir zum Schaden auch noch den allgemeinen Spott ernten. Die Art ferner, wie der Magistrat verfährt, hat gegen die Theatervereine vorgegangen, an deren Bekämpfung hier in der Versammlung wenigstens niemand gedacht hat (lebhaftes Zustimmung). Ist auch geeignet gewesen, die Bevölkerung vor den Kopf zu stoßen. Also Unbehagen und Rühmst überall! Auch die Konjunktur haben schwer unter der Steuer zu leiden. Dieses Beispiel verbietet gute Sitten; Charlottenburg hat vor wenigen Tagen auch eine Lustbarkeitssteuer beschlossen, wenn auch nicht mit so hohen Sätzen wie die unsrige. Man hört hier immer, die Berliner Finanzen seien besser und gesünder als die aller übrigen Vorortgemeinden. Kein besserer, durchschlagender Beweis, als die Aufhebung dieser Steuer, für die keine innere Notwendigkeit vorliegt; denn die 8-900 000 Mark brauchen wir zur Bilanzierung des Etats nicht. Ich verweise nur nebenher auf den Generalpardon, der dem Rämmerer ein volles Spatzenbrot bescheren wird. Das Aufkommen aus der Einkommensteuer wird weit höher sein als es veranschlagt ist. Geben Sie diesen Ermäßigungen Raum und besetzen Sie durch Aufhebung der Steuer eine Menge Wohnstätten und Ländchen, der sich in der Bürgerschaft aufgesammelt hat. Im Laufe dieses Jahres werden wir eine neue Steuerquelle erschließen, die weit erträglicher sein wird (Vielfache Kruse-Weiche?), durch die Verschärfung der A. G. W. (Rebhäcker-Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Heimann (Sog.): Als der Rämmerer bei Einbringung des Etats seinem Ansat über die Kommunalpolitik des letzten Jahres lebhaften Ausdruck gab, überließ er wohl, daß auch die Lustbarkeitssteuer, die seiner Initiative zu danken ist, nachdem sie hier durch drei Reichstageskammern abgelehnt worden war, sich keine Spatschance erworben hat. Die Aufnahme, die die Steuer bei der gesamten Berliner Presse gefunden hat, dürfte doch auch Ihnen zu denken geben. Unser Antrag im vorigen Herbst, der Material über die Wirkung dieser Steuer forderte, wurde mit 60 gegen 33 Stimmen abgelehnt, aber nur, weil viele der Herren Kollegen hauptsächlich den Saal vor der Abstimmung verlassen haben. Jetzt sind wir wieder da, und wenn jetzt keiner von Ihnen im Besitze des vollständigen Materials ist, so ist das Ihre Schuld, nicht die unsrige. Die vielen Lustbarkeitssteuerreden, die wir hier gehalten haben und halten, sind für uns nur eine harte Pflicht, sicher keine Lustbarkeit. Sämtliche Voraussetzungen des Magistrats für die Steuer haben sich als unhaltbar erwiesen; die Steuer hat sich nicht abwählen lassen, und die Lustbarkeitsunternehmungen sind stark beeinträchtigt worden. Im November 1913 trat der Rämmerer meinem Antrage entgegen. Er verwies zunächst auf die allgemeine wirtschaftliche Depression. Die Leugnung der Tatsache, daß die Gemeindeautonomie im Steuerwesen ist doch so eng und beschränkt, daß die Gemeinde sich in Zeiten rückläufiger Konjunktur doppelt vor solchen Sondersteuern hüten müßte. Die wohlhabenden Kreise lassen sich übrigens nicht durch rückläufige Konjunktur im Genuß von Vergnügen beirren; das zeigt das Beispiel des Metropoltheaters. Handelt es sich um Arbeiterverhältnisse, dann will bekanntlich gerade der Rämmerer den Hinweis auf die rückläufige Konjunktur nicht gelten lassen. Er wies dann auf den Fremdenverkehr hin. Diesen haben wir zu wollen und andererseits drückende Sondersteuern gerade den Stabellern aufzuerlegen, die für den Fremdenverkehr in Betracht kommen, heißt doch ein Pferd vor und ein hinter den Wagen spannen. Der Jirkus Busch mit seinen 600 bis 700 Angestellten hört mit dem 1. April auf zu existieren; ähnliche unangenehme Erfahrungen werden Sie demnächst noch mehrere machen. Der Jirkus Schumann will ja in den Jirkus Busch übergehen und verliert, als alleiniger Berliner Jirkus weiter existieren zu können; gelingt dies, so wird es nur einer Reihe besonders günstiger Umstände zu danken sein. Im übrigen tritt der ganze Widerspruch einer solchen Lustbarkeitssteuer für Berlin schon daraus zu Tage, daß man einen Jirkus mit einer Gedröselungssteuer erdrückt, andere, viel tiefer stehende Anstalten dagegen von jeder Steuer freilassen muß. Der Jirkus Busch hat den Versuch gemacht, durch Preissteigerung den Verlust auszugleichen, aber er mußte diesen Versuch sehr schnell wieder aufgeben. Der dritte Einwand des Rämmerers, der auch den meisten Eindruck machte, war der Hinweis, daß u. a. sieben neue große Kinos entstanden seien. Es handelt sich da zunächst um zwei Theaterunternehmungen, die schon projektiert und finanziert waren, als noch niemand an die neue Steuer dachte. Ferner ist das Friedrich-Wilhelmstädtische Schauspielhaus längst wieder Operettenbühne geworden, und auch das Apollotheater und das Cines-Theater am Zoo können hier nicht voll mitrechnen. Tatsächlich sind 11 000 Plätze eingezogen. Die Steuer legt den Unternehmungen etwa 17 Proz. aller Bruttoeinnahmen als Last auf. Die großen Unternehmungen, der Wintergarten, der Admiralspalast, die Kammerlichtspiele, die Jirkusse und die Antontheater behaupten und wollen durch Vorsegen ihrer Bühnen erheben, daß sie in der Spielzeit vom 1. April 1913 bis zum 28. Februar 1914 eine Mindereinnahme von 771 912 Mark gehabt haben und daß sie eine Steuer von 429 835 M. zahlen müßten; allein für den Jirkus Busch beträgt die Mindereinnahme 152 000 M., die Steuer 74 000 M. Gerade die am ungünstigsten gestellten Unternehmungen haben über die Hälfte ihrer Einnahmen als Steuer abzuführen müssen; wenn das keine Sondersteuer ist, dann hat es noch nie eine solche gegeben. Die Einnahme aus der Steuer figuriert im Etat mit 1 Million, über die Ausgaben wissen wir nichts; wir wissen aber, daß das Steuerpersonal stark vermehrt werden soll, weil die Erhebung der Bier- und der Lustbarkeitssteuer mehr Arbeit verursacht. Welt unannehmer aber sind für mich verschiedene Vorgesetzeneinungen. Wenn die zahlreichen Prozesse, die unser Ansehen in weiteren Kreisen nicht erhöhen können, auch in zweiter Instanz zu ungunsten der Stadt ausgehen, so würden wir zum Schaden auch noch den allgemeinen Spott ernten. Die Art ferner, wie der Magistrat verfährt, hat gegen die Theatervereine vorgegangen, an deren Bekämpfung hier in der Versammlung wenigstens niemand gedacht hat (lebhaftes Zustimmung). Ist auch geeignet gewesen, die Bevölkerung vor den Kopf zu stoßen. Also Unbehagen und Rühmst überall! Auch die Konjunktur haben schwer unter der Steuer zu leiden. Dieses Beispiel verbietet gute Sitten; Charlottenburg hat vor wenigen Tagen auch eine Lustbarkeitssteuer beschlossen, wenn auch nicht mit so hohen Sätzen wie die unsrige. Man hört hier immer, die Berliner Finanzen seien besser und gesünder als die aller übrigen Vorortgemeinden. Kein besserer, durchschlagender Beweis, als die Aufhebung dieser Steuer, für die keine innere Notwendigkeit vorliegt; denn die 8-900 000 Mark brauchen wir zur Bilanzierung des Etats nicht. Ich verweise nur nebenher auf den Generalpardon, der dem Rämmerer ein volles Spatzenbrot bescheren wird. Das Aufkommen aus der Einkommensteuer wird weit höher sein als es veranschlagt ist. Geben Sie diesen Ermäßigungen Raum und besetzen Sie durch Aufhebung der Steuer eine Menge Wohnstätten und Ländchen, der sich in der Bürgerschaft aufgesammelt hat. Im Laufe dieses Jahres werden wir eine neue Steuerquelle erschließen, die weit erträglicher sein wird (Vielfache Kruse-Weiche?), durch die Verschärfung der A. G. W. (Rebhäcker-Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Heimann (Sog.): Als der Rämmerer bei Einbringung des Etats seinem Ansat über die Kommunalpolitik des letzten Jahres lebhaften Ausdruck gab, überließ er wohl, daß auch die Lustbarkeitssteuer, die seiner Initiative zu danken ist, nachdem sie hier durch drei Reichstageskammern abgelehnt worden war, sich keine Spatschance erworben hat. Die Aufnahme, die die Steuer bei der gesamten Berliner Presse gefunden hat, dürfte doch auch Ihnen zu denken geben. Unser Antrag im vorigen Herbst, der Material über die Wirkung dieser Steuer forderte, wurde mit 60 gegen 33 Stimmen abgelehnt, aber nur, weil viele der Herren Kollegen hauptsächlich den Saal vor der Abstimmung verlassen haben. Jetzt sind wir wieder da, und wenn jetzt keiner von Ihnen im Besitze des vollständigen Materials ist, so ist das Ihre Schuld, nicht die unsrige. Die vielen Lustbarkeitssteuerreden, die wir hier gehalten haben und halten, sind für uns nur eine harte Pflicht, sicher keine Lustbarkeit. Sämtliche Voraussetzungen des Magistrats für die Steuer haben sich als unhaltbar erwiesen; die Steuer hat sich nicht abwählen lassen, und die Lustbarkeitsunternehmungen sind stark beeinträchtigt worden. Im November 1913 trat der Rämmerer meinem Antrage entgegen. Er verw

Die Versammlung nimmt von der Vorlage Kenntnis.
Der Entwurf des Grundstücks Zellerstraße 4 (4268
Quadratmeter à 32 M.) für 221 000 M. zu Schulzwecken wird be-
schlossen.
Schluß nach 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Donnerstag, 5 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Einen Antrag auf Verstaatlichung der amerikanischen Tabak-
industrie, die durch den Trust ja bereits monopolisiert ist, hat der
Abgeordnete Glaz aus dem von der Trustverwaltung gegen die Tabak-
bauern besonders bedrückten Bundesstaat Virginia im Kongreß ein-
gebracht. Danach soll ein Bureau der Tabakindustrie er-
richtet werden, das die Vorarbeiten leistet und die Verstaatlichung
durchführt soll. Der Antrag verlangt die Einhaltung der ge-
werkschaftlichen Arbeitsbedingungen und die völlige
Abschaffung aller Frauen- und Kinderarbeit, die
bekanntlich in der Tabakindustrie eine sehr große und traurige Rolle
spielt.

Es ist kaum anzunehmen, daß der Antrag in nächster Zeit
Aussicht auf Annahme hat. Immerhin kennzeichnet er die Auf-
fassung der Dinge, die sich durch die Trustwirtschaft bereits in
weiten bürgerlichen Kreisen eingebürgert hat. Und den geistigen
Stand eines beträchtlichen Teiles der amerikanischen organisierten
Arbeiterchaft kennzeichnet es, daß die *New Yorker Volkszeitung*
daran zweifelt, daß die jedem „Staatssozialismus“ bitterfeindlichen
Führer des Gewerkschaftsverbandes, der Tabakarbeiter *Compass*
und der Präsident der Zigarrenmachervereinigung, diesem An-
trag, der, wie man sieht, von den rein auf Steuererhöhung und
Unterdrückung der Arbeiter ausgehenden feinerzeitigen Monopol-
plänen der deutschen Reichsregierung weit entfernt ist, ihre Zu-
stimmung geben werden.

Eine Refordforderung.

Auf der fiskalischen Schachttabelle Westerbalt in Westerbalt
bei Reddinghausen, die erst vor 6 Jahren in Angriff genommen
wurde, erreicht die Förderleistung jetzt schon täglich 4000
Tonnen. Diese Refordleistung steht bisher in der Bergwerks-
industrie einzig da. Sie bildet einen Beweis dafür, daß die fis-
kalischen Gruben mindestens so leistungsfähig wie die Privat-
gruben sind.

Gerichtszeitung.

Von der Polizeistunde.

Beim Gastwirt Müller in Fulda fand ein recherchierender
Polizeibeamter etwa 10 bis 15 Minuten nach Eintritt der Polizeis-
tunde noch zwei Gäste, die noch etwas Bier in ihren Gläsern
hatten. Sie tranken das Bier eisdald aus und gingen fort. Der
Wirt erhielt gleichwohl eine Anzeige wegen Ueberschreitung der
Polizeistunde.

Die Strafkammer in Fulda als Berufungsinanz sprach den
Angeklagten frei. Die Strafkammer führte aus: Die Polizeistunde
sei nicht identisch mit dem Wodengehen. Es müßte zulässig sein,
daß Gäste, die beim Eintritt der Polizeistunde noch Bier hätten,
dies ruhig, allerdings auch ohne direkte Verzögerung, austrinken.
So sei das hier der Fall gewesen. Die beiden Gäste seien auch
aldald gegangen. Unter diesen Umständen könne von einer straf-

baren Ueberschreitung der Polizeistunde im Sinne des Strafge-
setzes keine Rede sein. Ein wenig Zeit müsse man noch zubilligen.
Welcher Zeitraum dafür in Frage käme, könne sich natürlich nur
nach Lage des Einzelfalles richten. Es könne sich natürlich nur
um eine zum Austrinken angemessene Frist handeln.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein.
Das Kammergericht verwarf jetzt die Revision der Staats-
anwaltschaft, weil es kein Rechtsmittel sei, wenn die Straf-
kammer bei der vorliegenden Sachlage davon ausging, daß der
Wirt sich nicht strafbar machte, indem er den beiden Gästen eine
angemessene Zeit zum Austrinken des Bieres gewährte.

Ende des Sechstageprozesses.

In dem Betrugsprozeß gegen den Kaufmann Albert Benjamin,
über dessen Beginn wir berichtet hatten, wurde gestern, nach sechs-
tägiger Verhandlungsdauer vor der 4. Strafkammer des Land-
gerichts I, das Urteil verkündet. Wie mitgeteilt, hatte der wegen
Wuchers und betrügerischen Bankrotts schon schwer bestraft
unter der Firma „Albert Benjamin, Zigarren und Weine engros“
ein Unternehmen gegründet, welches, wie das Gericht jetzt als fest-
gestellt ansah, nur den Zweck hatte, die Lieferanten nach Art einer
„Schwarzen Bande“ zu betrügen. Wie der Vorsitzende, Land-
gerichtsdirektor Hofmeister, in der Urteilsbegründung ausführte,
habe sich der Angeklagte sowohl des Konkursbegriffes, wie auch
des Betruges schuldig gemacht und damit in schwerster Weise
gegen Treu und Glauben in kaufmännischen Verkehr verstoßen.
Mit Rücksicht auf die enorme Gemeingefährlichkeit derartiger
„Warenräuber“ erkannte die Strafkammer, dem Antrage des
Staatsanwalts gemäß, auf 3 Jahre Gefängnis und Verlust der
bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren.

Der falsche Kriminalbeamte von Charlottenburg.

Das Landgericht in Stolp (Pommern) hat sich am Dien-
stag erneut zu beschäftigen mit dem Prozeß gegen den Privat-
detektiv Paul Schwarz aus Berlin, dem vorgeworfen wird, sich
unbefugt ein öffentliches Amt angeeignet und in dieser Eigen-
schaft Amtshandlungen vorgenommen zu haben. Weiter soll er das
frühere Dienstmädchen Fraulein Heinrich beleidigt und sich ihr
gegenüber einer Freiheitsberaubung schuldig gemacht haben.
Wegen Beihilfe ist der Oberleutnant eines hiesigen Hotels mit-
angeklagt. Die Vorgeschichte dieses Prozesses ist unseren Lesern
in Erinnerung. Sie geht zurück auf den Tod des Charlotten-
burger Gymnasialisten Ernst Niemann, der am 21. Oktober 1912 in
der elterlichen Wohnung in Charlottenburg von der Elisabeth
recht tot aufgefunden wurde. Die Ansichten über die Todesursache
Ernst Niemanns gingen damals und gehen noch heute weit aus-
einander. Die Angehörigen des Gymnasialisten Niemann waren
der Ansicht, daß ein Verbrechen des Mordes vorliege und sie hatten
das Dienstmädchen im Verdacht der Täterschaft. Um greifbare
Nachweise zu gewinnen, gegen die Heinrich vorgehen und
eine begründete Anzeige gegen sie zu erheben, beauftragten sie
den Privatdetektiv Schwarz mit näheren Recherchen. Schwarz
wurde reichlich mit Geldmitteln ausgestattet und fuhr nach
Kummelsburg in Pommern, wo der Vater der Heinrich, ein Rus-
sifizierter, wohnte, und wohnt sich die Heinrich begeben hatte.
Schwarz trat in Kummelsburg zunächst als reicher Möbelfabrikant
auf, verkehrte sich mit dem Russifizierten Heinrich und erst
recht mit seiner Tochter Elisabeth und erreichte es schließlich, daß
sich Elisabeth Niemann mit ihm verlobte. Als Bräutigam knüpfte
er intime Beziehungen mit ihr an, worin die heutige Anklage die

Beleidigung erblickt. Schwarz wohnte in Stolp in dem Hotel, in
dem Dinge angefaßt war und mit Dinge zusammen veranstaltete
er Nächte lang bei verschlossenem Zimmer „Verhöre“ mit seiner
Frau, der er arg zusetzte. Er erklärte, daß er als Bräutigam
volle Auffklärung verlangen könne und nun wissen wolle, ob seine
Frau etwa gar eine Mörderin sei. Aus Furcht, die „gute
Partie“ des reichen Möbelfabrikanten zu verlieren, gestand die
Heinrich endlich ein, sie sei dabei gewesen, als ein früherer Ge-
liebter von ihr den Niemann ermordet habe. Nach diesem Geständ-
nis begab sich Schwarz auf das Amtsgericht und spielte sich als
königlicher Kriminalbeamter auf. Auch dem Bürgermeisteramt
und vielen Bürgern stellte er sich mit diesem Amtscharakter vor.
Da die Heinrich das Geständnis wiederholte, wurde sie verhaftet
und nach Berlin transportiert. Erst in Berlin stellte es sich her-
aus, wer Schwarz in Wirklichkeit war und Elisabeth Heinrich
wurde aus der Haft entlassen. Dem Schwarz hatte der stell-
vertretende Bürgermeister sogar Polizeimannschaften zur Ver-
fügung gestellt. Schwarz ließ Verhörannehmungen und auch andere
polizeiliche Handlungen vornehmen. Mit dieser Angelegenheit hat
sich das hiesige Landgericht bereits am 9. Januar beschäftigt, mußte
die Verhandlung aber nach kurzer Dauer vertagen, weil der
Gesundheitszustand des Hauptangeklagten Schwarz eine längere
Dauer nicht zuließ.

In der gestrigen Verhandlung wurde der Angeklagte Schwarz
vom Landgericht der schweren Beleidigung schuldig befunden und
zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der Mitangeklagte Dinge
wurde mangels ausreichender Beweise freigesprochen.

Geisteskrank oder Simulant?

Gegen den in dem Verdacht des Mordes an der Wirtschaftlerin
Gertrud Galle stehenden Koncurrenz Hermann Heintz war bekanntlich
von der 2. Strafkammer des Landgerichts II kürzlich ein Urteil
ergangen, nach welchem er wegen einer Anzahl von Heirat-
schwindeln zu einer Zuchthausstrafe von 10 Jahren verurteilt
worden war. Die von Heintz hiergegen eingelegte Revision war vom
Reichsgericht verworfen worden.

Da nachträglich verschiedene Dinge bekannt wurden, die das
Geistesleben des H. in einem ganz anderen Lichte erscheinen ließen,
war von Rechtsanwalt Harry Fincus der Antrag auf Wiederan-
nahme des Verfahrens gestellt worden. Diefelbe Strafkammer, die
seinerzeit das Urteil gesprochen hatte, konnte sich nun von dem
Verteidiger vorgebrachten Gründen nicht verschließen und hat die
Wiederaufnahme des Verfahrens angeordnet. Heintz soll in einem
besonderen Verfahren, welches von dem Amtsrichter Scheel geleitet
wird, von dem Gerichtsarzt Dr. Marx auf seinen Geistes-
zustand untersucht werden, da in dem Wiederaufnahmeantrag
geltend gemacht worden war, daß Heintz, der aus einer Trinker-
familie stamme, in dem Gefängnis an Halluzinationen leide, nachts
Gespenster sehe und mit einem lauten Aufschrei aufwache. Außer-
dem habe Heintz, der über 20 Jahre seines Lebens im Zuchthaus
verbracht habe, schon früher den sogenannten „Zuchthauswahn“ ge-
habt und sei von dem Geh. Reichsanwalt Dr. Leppmann als stark
minderwertiger, an der Grenze der Zurechnungsfähigkeit stehender
Mensch bezeichnet worden. — In dem in Frankfurt a. O. gegen
Heintz stehenden Verfahren wegen Ermordung der Gertrud Galle
ist noch kein Fortgang zu verzeichnen, da die Leiche der angeblich
Ermordeten immer noch nicht gefunden ist.

Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreis.**
Bezirk 73.
Am 21. März 1914 verstarb
unser Mitglied

Franz Jordan.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 24. März, nach-
mittags 3 Uhr, von der Halle der
Christus-Gemeinde in Mariendorf
aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
Der Vorstand.
205/17

**Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis**
Görzter Viertel. Bezirk 108.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Spieler

Gustav Fricke

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Donnerstag, den 26. März, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle
des Emmaus-Kirchhofes in Neu-
168a, Hermannstraße, aus statt.

Köpenicker Viertel. Bez. 191 I.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, Frau

Berta Thader

Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Donnerstag, den 26. März, nach-
mittags 3 Uhr, von der Halle des
Central-Friedhofes in Friedrichs-
felde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Arbeiter-
Radfahrer - Bund
„Solidarität“.**
Ortsgruppe Berlin.

In Erfüllung der traurigen
Pflicht geben wir hierdurch allen
Mitgliedern bekannt, daß unser
Bundesgenosse

Artur Holzheuer

8. Abteilung
am Sonntagabend an der Pro-
letariatshalle verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 26. März, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle
des Emmaus-Kirchhofes, See-
straße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung er-
sucht
11/10
Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**
Bezirk 698.

Am Sonntag, den 22. März,
verstarb unser Genosse, der Spieler

Artur Holzheuer

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 26. März, nach-
mittags 5 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des städtischen Friedhofes in
der Müllerstraße, Ecke Seestraße,
aus statt. 226/6
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiterverband.
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Spieler

Artur Holzheuer

im Alter von 36 Jahren ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 26. März, nach-
mittags 5 1/2 Uhr, von der Halle
des städtischen Friedhofes, Müller-
straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
85/5 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Koncurrenz

Bernh. Jahrmart

(Krauthr. 24)
am 22. d. Mts. an Lungenleiden
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 24. März, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Central-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
115/8 Die Ortsverwaltung.

**Arbeiter-
Radfahrer - Bund
„Solidarität“.**
Ortsgruppe Berlin.

In Erfüllung der traurigen
Pflicht geben wir hierdurch allen
Mitgliedern bekannt, daß unser
Bundesgenosse

Artur Holzheuer

8. Abteilung
am Sonntagabend an der Pro-
letariatshalle verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 26. März, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle
des Emmaus-Kirchhofes, See-
straße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung er-
sucht
11/10
Die Ortsverwaltung.

Verband der Gastwirthegehilfen.
Zweigverein der Café-Angestellten
Berlin.

Am 22. d. Mts. starb unter
Mitglied, der Kassier

Otto Buch

nach langem, schwerem Leiden im
28. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 24. März, nach-
mittags 4 Uhr, im Krematorium,
Görzstraße, statt.
81/12 Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiterverband.
Zweigverein Berlin,
Sektion der Putzer.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege

Albert Schulz

im Alter von 48 Jahren ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute
Dienstag, nachmittags 4 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des Central-
friedhofes in Friedrichsfelde aus
statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
141/20 Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiterverband.
Zweigverein Berlin.

Am 21. März starb unser Mit-
glied, der Bauarbeiter

Wilhelm Prinz

Bezirk Piesendorf.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 24. März, nach-
mittags 5 Uhr, von der Halle
des Central-Friedhofes in
Piesendorf, Epanander Straße,
aus statt.
142/1 Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Mitteilung, daß unsere
innigst geliebte Frau, Mutter,
Schwiegermutter, Großmutter,
Schwägerin und Tante

Brigitta Schmidt

geb. Hoffmann
am 24. März 1914 nach schweren
Leiden im Alter von 65 Jahren
verstorben ist.
Dieses folgen liebtetrübt an

Wilhelm Schmidt, Zimmerer,
nebst Söhnen,
Martha Schmidt geb. Boh.

Die Beerdigung findet am
Freitag, den 27. März, nachmittags
4 Uhr, von der Halle des neuen
Michael-Kirchhofes in Neukölln,
Nordenfelder Weg, aus statt.

Nach kurzer schwerer Krankheit
starb mein lieber Mann, unser
guter Vater und Schwiegervater,
der Kleiderarbeiter

Joh. Simon Kreja

im 65. Lebensjahre. 1302
Dieses zeigen tiefbetrübt an

Marie Kreja

und Kinder.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, 26. März, 1/5 Uhr,
von der Leichenhalle des Bethle-
mane-Kirchhofes in Nordend aus
statt.

Allen Bekannten zur Nachricht,
daß unser Kollege

Johann Kreja

am 22. d. Mts. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 26. März, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Halle
des Bethelmann-Kirchhofes in
Nordend aus statt. 14289

**Die Kollegen
der Pianoforte-Fabrik
Julius Pfaffe.**

Allen Bekannten zur Nachricht,
daß unser Kollege

Heinrich Loll

Ehre seinem Andenken!
Am Donnerstag, den 19. März,
verstarb unser Kollege

Heinrich Loll

Ehre seinem Andenken!
Am Donnerstag, den 19. März,
verstarb unser Kollege

Heinrich Loll

Ehre seinem Andenken!
Am Donnerstag, den 19. März,
verstarb unser Kollege

Heinrich Loll

Ehre seinem Andenken!
Am Donnerstag, den 19. März,
verstarb unser Kollege

Heinrich Loll

Ehre seinem Andenken!
Am Donnerstag, den 19. März,
verstarb unser Kollege

**Deutscher
Transportarbeiter - Verband.**
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Arbeit-
tätiger

Paul Piänder

am 22. d. Mts. im Alter von
50 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 26. März, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Simons-Kirchhofes,
Reich-Tempelhof-Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
63/9 Die Bezirksverwaltung.

**Arbeiter-
Radfahrer - Bund
„Solidarität“**

Ortsgruppe Schöneberg

Am Sonntag, den 22. März, ver-
starb unser Genosse, Frau

Anna Weichert.

Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 26. März, nach-
mittags 1/5 Uhr, von der Leichen-
halle des H. Schöneberger hdt.
Friedhofes an der Nanten Höhe
aus statt. 11/11
Um rege Beteiligung bittet
Der Vorstand.

In Freien Stunden

Die
Wochenheft für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf. 11281

**Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb.
Pillale Groß-Berlin.**

Unserem Mitgliedern zur Nach-
richt, daß der Kollege

Willi Manns,

welcher im Betriebe des städtischen
Gaswerks VI in Zehlendorf be-
schäftigt war, an den Folgen eines Be-
triebsunfalls verstorben ist.
Wir werden ihm ein ehrendes
Andenken bewahren.
33/17 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß meine
liebe Frau, unsere gute Mutter

Frau Berta Thader

am 22. März früh 5 Uhr nach
langem schwerem Leiden sanft er-
schlafen ist.
Max Thader
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 26. März, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Central-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt. 10821

Dankfagung.

Sage allen Beteiligten an der
Beerdigung meines lieben Mannes,
Vaters, insbesondere dem Central-
verbande der Bildhauer, den Kollegen
der Firma Wänsch, dem Sparverein
Sorgenfrei meinen herzlichsten Dank.

Witwe Hauke

und Tochter.



WESTMANN
Mohrenstraße 37a (Ecke Kolonnen)
Grosze Frankfurter Str. 115 (an der Androsstr.)
Ausnahme-Tage
Nur noch bis Sonnabend. Die elegantest., neuesten u. schicksten
Kostüme 50% ermäßigt!
zum Teil bis
Serie I Blau, Tange, grün, schwarz-weiß, regulär bis M. 36.— für M. 20.—
Serie II Aparte Blusen-Kostüme mit Volants in Blau, Schwarz und Weiss, regulär bis M. 68.— für M. 36.—
Serie III Entenne-, Selden-, Modellkostüme regulär bis M. 115.— für M. 78.—
Grösste Auswahl in Paletots, Seldennähten, Röcken, Blusen, Kleidern zu billigsten Tagespreisen.
Winter-Konfektion: Unter 8 bis 36.— (sonst bis 75.—); Pelzmäntel 130 h. 500.— (sonst h. 1200.—); Plüschmäntel 30 h. 100.— (sonst h. 200.—)
Bei kleinster Anzahlung werden die gewünschten Kostüme reserviert und auf Wunsch nach dem 1. April geliefert.
Sonntag 12 bis 2 geöffnet.

Mohrenstr. 37a

Kolonnenstr. 115

Trauer-Magazin

Kleider, Hüte etc. Außerste Preise

Farbige Konfektion in größtem Maßstabe zu billigsten Preisen

Westmann

Stoffe

Massanzüge, Paletots

Mater 4., 6., 8.- M.

Damen-Kostüme

Mater 3., 5., 7.- M.

Original englische Stoffe

Mater 8., 10., 12.- M.

Loden für Pelierinen, Anzüge

Mater 2., 3., 5.- M.

Reste günstigste Kaufgelegenheit.

Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.

Gertraudenstr. 20-21

Reuters Werke

Buchhandlung Vorwärts

Garbáty Cigaretten

Qualität

Anregend und erfrischend wirkt

Milo Schmpf-Tabak

Bester russ. Augen-Tabak

in Dosen oder Päckchen

a 10 Pf. durch Zigarrenhandel.



eine bewährte Krankenkost für Erwachsene bei Störungen der Verdauung, bei Schwäche u. Appetitlosigkeit.

5 Bandwurmmittel waren erfolglos, aber „Solitaenia“ hat geholfen.

Ich habe bei meinem Sohne schon 5 Mittel geg. den Bandwurm angewendet u. es hat keines geholfen, aber jetzt durch „Solitaenia“ habe ich den Bandwurm in 2 Stunden entleert. Ich spreche Ihnen meinen besten Dank aus u. werde Solitaenia weit empfehl. Berlin, Ewinemünd Str. Solitaenia f. Erwachl. 2.50 M., f. Kinder 1.50 M. ist erhältlich, in allen Apothek.

Persil

Das selbsttätige Waschmittel für Leibwäsche!

Henkel's Bleich-Soda

Die reellsten und solidesten

MÖBEL

Liefert anerkannt Möbelfabrik von Schulz, Reichenberger Straße 5, mit langjähriger Garantie zu äußerst billigen Kassenpreisen und gegen Zinsvergütung auch auf Teilzahlung. Größte Auswahl in moderner Ausführung in allen Preislagen von 240 bis 10000 M. am Lager.

Gnellsenaustraße 10, S. Grau, billigste u. beste Bezugsquelle für Möbel jeder Art. Kassa und Teilzahlung.

Bad „Süd-Ost“ 40 Manteuffelstr. 40 a. d. Oranienstr. alle Arten Bäder. Täglich: Ruffisch-römische und elektrische Bäder für Damen und Herren. Lieferant sämtl. Krankenbäuser für Berlin und Vororte.

Möbel-Kredit

Beim Kauf hierfür 5 R. gut! Bevor Sie sich Möbel kaufen, lesen Sie sich meine für 265 Mark zusammengestellte tolle Wohnungseinrichtung an. Anzahlung 20 Mark, Abzahlung ganz nach Uebereinkunft.

Ehrlich, Alte Schönhauser Str. 82.

Entfettungstee

„Graziana“, rein natürlich aus Meerespflanzen (Fucus vesiculosus), deren fettzählende Wirkung wissenschaftl. anerkannt ist. Total unschädlich. Kein Abführmittel. Große Gewichtsabnahme ohne strenge Diät, einfache Anwendung, nachweisl. hohe Erfolgsrate. M. 2.50, 3 Pak M. 7.-

Wo? ist der schönste Ausflugsort? Immer noch Pichelswerder, an der neuen Meerestraße bei n. Alten Freund.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, den 25. März 1914.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Berliner. Die Braut von Messina.

Anfang 8 Uhr.

Vossage-Theater. Kino-Varieté.

Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater. Spezialitäten.

Anfang 6 1/2 Uhr.

Eines Nollendorf-Theater. Varieté.

Anfang 7 Uhr.

Rgl. Schauspielhaus. Herr Schul.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Rgl. Cerenhaus. Landhäuser.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Metropol. Die Reise um die Welt

in 40 Tagen.

Anfang 8 Uhr.

Hranin. Hochspannung.

Anfang 8 Uhr.

Deutsches Cerenhaus. Marika.

Anfang 8 Uhr.

Deutsches Künstler-Theater.

Anfang 8 Uhr.

Kammerstücke. Der Snob.

Anfang 8 Uhr.

Königsgräber Straße. Die fünf

Anfang 8 Uhr.

Kleines. Zeitlich Gebet.

Anfang 8 Uhr.

Theater an der Weidenammer

Anfang 8 Uhr.

Brücke. Der müde Theodor.

Anfang 8 Uhr.

Trianon. Er und der Andere.

Anfang 8 Uhr.

Komödienhaus. Kammermusik.

Anfang 8 Uhr.

Theater am Nollendorfplatz.

Anfang 8 Uhr.

Ruffisches Ballett.

Anfang 8 Uhr.

Spielplan. Die spanische Fliege.

Anfang 8 Uhr.

Schiller O. Wann wir altern.

Anfang 8 Uhr.

Schiller Charlottenburg. Das große Licht.

Schiller-Theater O. Theater.

Mittwoch, abends 8 Uhr:

Sum ersten Male:

Wann wir altern. Hierauf:

Liebe Nachbar: Lotichens Geburtstag.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Die Maschinenbauer.

Freitag, abends 8 Uhr:

Wann wir altern. Hierauf:

Liebe Nachbar: Lotichens Geburtstag.

Schiller-Theater

Charlottenburg.

Mittwoch, abends 8 Uhr:

Das große Licht.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Die beiden Leonoren.

Freitag, abends 8 Uhr:

Das große Licht.

Theater in der Königsgräber Straße

8 Uhr:

Die fünf Frankfurter.

8 Uhr:

Komödienhaus.

8 Uhr:

„Kammermusik“.

Berliner Theater.

8 Uhr:

Wie einst im Mai.

Theater des Westens.

8 Uhr: Polenblut.

Sonnt. nachm. 3 1/2 Uhr: Der liebe Augustin.

Deutsches Künstlertheater

Sozialtät.

Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.

Kasse: Nollendorf 1363.

Abends 8 Uhr:

Der Biberpelz.

Donnerstag 8 Uhr: Der Raub

der Sabinerinnen.

Residenz-Theater

8 Uhr:

Der Regimentspapa.

Friedr.-Wilhelmst. Theater.

Anfang 8 Uhr.

Fräulein Trallala.

Sonnt. nachm. 3 Uhr: Die Kino-Königin.

Theater a. d. Weidenammerbrücke

8 Uhr: Der müde Theodor.

ROSE-THEATER

Grüne Frankfurter Str. 132.

Die Königin der Detektei.

Romant. Detektikomödie in

3 Akten von L. Albert.

Anfang 8 Uhr.

Donnerst.: Die Königin der Detektei.

Metropol-Theater.

Abends präzis 7 1/2 Uhr 55:

Die Reise um die Erde

in 40 Tagen.

Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:

Er und der Andere.

Sonntags 3 Uhr: Die Liebe wacht.

Passage-Panoptikum.

Der englische

Riese

Teddy Bobs.

Der größte Mensch, der je

gelebt! 160 mm größer als

Machnow! 19 Jahre alt.

Ohne Extra-Entree!

Vereinigte Berliner Volksbühnen.

Luisen-Theater.

8 1/2 Uhr: Unser Junge.

Sonntags mit Gesang und Tanz

in 5 Akten von Hans Kitter.

Walhalla-Theater.

Täglich 8 1/2 Uhr: Tangosieber.

Hr. Boffe m. Gel. u. Tanz in 3 Akten

von G. Urban. Musik v. Hugo Dirck.

„Clou“ :: Berliner ::

Konzerthaus

Mauerstraße 82 -- Zimmerstraße 90/91.

Großes Doppel-Konzert!

Berliner Konzerthaus-Orchester

Dirigent: Franz v. Blon.

Musikkorps d. Garde-Füsilier-Regiments

Dirig. Oberm. Dippol

Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

An allen

Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert

bei freiem Eintritt.

Brauerei Friedrichshain

Mittwoch, den 25. März, abends 8 Uhr:

Konzert

des auf 60 Musiker

verstärkten

Berliner Tonkünstler-Orchesters

Dir. Kapellmeister Alfred Hirsch.

U. a.: Peer-Gynt-Suite von Grieg, sowie

Richard-Wagner-Teil, Festdng. Karl Giesel

aus Bayreuth. -- Szenen aus Parsifal, Tannhäuser.

Als Gast Frau Direktor (Komische Oper Berlin)

Aurelle Revy-Chapmann.

URANIA

Taubenstraße 40/40.

8 Uhr:

Dir. A. Fürst:

Hochspannung.

WINTERGARTEN

Olga Desmond

und eine Auslese

hervorragender Kunstkräfte!

- Rauchen gestattet! -

Apollo-Theater.

Tel.: Lützow 2767.

8 Uhr. Zum 98. Male: 8 Uhr.

Der Stolz d. 3. Kompagnie

mit

Hartstein.

Rauchen ohne Pause!

Rauchen gestattet!

Zirkus Alb. Schumann.

Heute Mittwoch, den 25. März,

abends 9 1/2 Uhr:

Zum ersten Male in Berlin!

Großer

neuer Ringer-Wettstreit

in

Catch as catch can

Freier Ringkampf!

Alles erlaubt!

Große Ehrenpreise sind für

die Sieger gestiftet von

1. Kom.-Rat Alb. Schumann,

2. Manoll. Deutschlands

führende Zigarettenmarke,

u. weitere erstkl. Firmen,

die noch bekannt gegeb. v.

22 der besten Kämpfer

der Welt eingetroffen!

Heute abend erster Tag des

groß intern. Ringwettstreits

ringen folgende Paare:

1. Ivan Spoul gegen Simonon

(Rußland) (Lüttich)

2. John Wilson geg. Chakir Pelivan

(Irland) (Türkei)

3. Karl Saft gegen Spevacek

(Deutschl.) (Böhmen)

4. Constant de Paris geg. Deriaz

(Paris) (Schweiz)

Vorher von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr:

„Tipp“

der Derby-Favorit 1914.

Von 8 1/2 bis 9 1/2 Uhr:

Große Sport-Vorstellung.

Theater am Nollendorfplatz 5.

8 Uhr: Russisches Ballett.

Solemo, Sylphiden, Polowitzer Tänze,

Karneval.

Auflo. d. Zirkus Busch a. 31. März

Zirkus Busch.

Heute Mittwoch, den 25. März,

abends 7 1/2 Uhr.

Sprung aus der Zirkuskuppel

mit dem Fahrrad Mad. Garniera

vom Nouveau Circus Paris.

Reiner Auftreten aller großen

Spezialitäten. U. a. Vorführen

aller Freiheitsopferde

durch Hrn. Paul Eschberger.

Zum Schluß:

„Pompeji“.

Orig. Ausstattung. Pantomime d.

Zirkus Busch in 5 glänzend. Akt.

Voigt-Theater

Badstraße 38.

Mittwoch, den 25. März:

Benefiz für Egon Weidlich:

Zum Raufsch des Lebens.

Komödie in 3 Akten v. Oskar Fischel.

Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Soranz: Mont. 6. April: Benefizf.

Lina u. Karl Moeller: Mutter Thiele.

Folies Caprice.

8 1/4 Café Pingsheim

Der Heiratsgraf

Meyersteins

Zirkus

Barum-

Schau.

PREMIERE

in

Berlin-Neukölln

an der Weser-Ecke

Rättilstraße

gegenüber der Jansstraße.

Heute

Mittwoch, den 25. März:

abends 8 1/2 Uhr.

Alleiniger Bilettsvorverk.

Unterhaltspflicht und Arbeitslosigkeit.

„So nichts ist, hat auch der Kaiser sein Recht verloren.“ Wer nichts hat, von dem kann man nicht noch verlangen, daß er anderen gibt. Aber Gemeinden, die ihre Armenpflegelosten verringern wollen, fordern sogar von Arbeitslosen, daß sie gegenüber ihren Angehörigen ihre Unterhaltspflicht erfüllen.

In Neukölln hatte der Magistrat einen seit Monaten arbeitslosen Klempner A. zur Bestrafung angezeigt, weil er für seine Mutter den geforderten Unterhaltskostenbeitrag nicht leisten konnte. Wegen eines amtlichen Strafbefehls, der daraufhin erging und ihm 6 M. Geldstrafe ansetzte, erhob A. Widerspruch, doch das Schöffengericht Neukölln unter Vorsitz des Amtsrichters Heilborn bestätigte die festgesetzte Strafe. Die Begründung des Urteils gab zu, daß A. sich um Arbeit bemüht und nur wenig Arbeit erhalten hatte. Ein schuldhaftes Verhalten sei aber darin zu erblicken, daß er im wesentlichen nur Klempnerarbeit gesucht habe. So lange er nur für sich selber zu sorgen habe, stehe es ihm frei, eine seinem Verufe fern liegende oder ihm sonst nicht zuzugedachte Arbeit anzunehmen oder abzulehnen. Wenn er aber seiner Verpflichtung für den Unterhalt seiner Mutter zu sorgen, nachkommen solle, dann müsse er jede mögliche Arbeit annehmen. Hiernach sah das Gericht als „erwiesene“ an, daß A. gegenüber seiner Mutter sich seiner Unterhaltspflicht entzogen habe, obwohl er — so behauptete die Urteilsbegründung — in der Lage gewesen sei, für die Mutter zu sorgen.

Vor dem Landgericht Berlin II, dessen Strafkammer V gestern über die von A. gegen das Schöffengerichtsurteil eingelegte Berufung zu entscheiden hatte, erbrachte A. wieder den Nachweis, daß er sorgfältig bei Arbeitsnachweiser sich um Arbeit bemüht hatte. Aber wieder wurde es ihm als eine Vernachlässigung seiner Pflicht vorgehalten, daß er nur in seinem Beruf sich nach Arbeit umgesehen habe. Ein als Zeuge vernommener Armenpfleger behauptete, A. habe früher 3 1/2 Jahre hindurch regelmäßig für seine Mutter gezahlt. Später habe er die Zahlungen eingestellt, und bei allen Recherchen sei immer wieder das Ergebnis gewesen, daß er wegen Arbeitslosigkeit jede Zahlung verweigerte. Die Strafkammer kam zu dem Urteil, die Berufung sei zu verwerfen, und es blieb somit bei der Geldstrafe von 6 M. Die Urteilsbegründung erklärte für „zweifellos“, daß A., wenn er sich ernstlich um Arbeit, und zwar nicht bloß um Klempnerarbeit bemüht hätte, „ohne weiteres hätte Arbeit finden können“.

Solche Urteile werden gesprochen in einer Zeit, wo infolge andauernden Arbeitsmangels zahllose Arbeiter mit ihren Familien bittere Not leiden und Gemeinden sich zu besonderen Hilfsaktionen genötigt sehen! Vielleicht darf man von Richtern nicht verlangen, daß sie wissen, wie schwer es ist, Arbeit zu finden. Aber von Gemeindeorganen muß man allerdings verlangen können, daß sie das wissen. Die Schuld an dieser Härte gegen Arbeitslose trifft weniger die Gerichte als die Gemeindeverwaltungen, die nur zu rasch bereit sind, bei Nichterfüllung der Unterhaltspflicht mit Strafanzeigen vorzugehen.

Der Magistrat von Neukölln scheint hierin einen besonderen Eifer zu entwickeln. Auch gegen die Frau des jetzt verurteilten Klempners hat er bereits zu dem Mittel einer Bedrohung mit Strafanzeige gegriffen, weil sie für ihren der Armenpflege zur Last fallenden Vater keinen Unterhaltskostenbeitrag zahlt. Diesmal wird allerdings wohl der Magistrat den kürzeren ziehen, da ja die Ehefrau über keine eigenen Mittel zu verfügen hat und daher auch nicht zur Unterstüßung ihres Vaters herangezogen werden kann.

Parteiangelegenheiten.

Sechster Wahlkreis.

Die Versammlungen der jugendlichen Mitglieder von 18-21 Jahren finden heute Mittwoch, den 25. März, abends 8 Uhr, in folgenden Lokalen statt:

Verolina-Festale, Schönhauser Allee 28; Kaczerowski, Nadenstr. 6; Franke, Wabstr. 10, und Schröder, Stromstr. 30. Referenten sind die Genossen Erwin Reumann, Wilhelm Raedel, Simon Kagenstein und Emil Eichhorn.

Die Vorträge finden ihre Fortsetzung in den im vorigen Monat begonnenen Erörterungen über unsere Gegenwartsforderungen; es ist jeder der Vorträge in sich abgeschlossen.

Die Genossen werden gebeten, die jugendlichen Mitglieder auf diese Versammlungen aufmerksam zu machen.

Das 25jährige Stiftungsfest des Wahlvereins findet am Sonnabend, den 28. März, abends 8 Uhr, in den Geländeträumen der Brauerei Friedrichshain statt. Mitwirkende sind: die Chöre, Konzerttänzerin Frau Gertraud Weibel und das Berliner Konzerthaus-Orchester, Dirigent Franz von Mon. Das Programm ist ein dem Tage entsprechend ausgewähltes und verspricht, den Besuchern einige genussreiche Stunden zu verschaffen.

Eintrittskarten à 30 Pf. sind nur noch im Wahlvereinsbureau, Gerichtstr. 71, zu haben.

Jugendsektion Neukölln. Heute abend 8 1/2 Uhr: Experimentalvortrag des Herrn Dr. phil. J. Hanauer: „Die Zusammenlegung und Zerlegung des Wassers.“ — Die Hauptversammlung findet am 1. April d. J. statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes, 2. Neuwahlen, 3. Anträge, 4. Verschiedenes.

Adpenid. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Stadttheater letzter Vortragabend des Vortragskursums über: „Die wissenschaftlichen Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung“.

Eichwalde. Heute abend 7 Uhr von Witte aus „Vorwärts“-Verbreitung.

Alt-Wienick. Die Bibliothek des Wahlvereins befindet sich vom 1. April ab im neuen Jugendheim, Rudower Straße 34. Wegen des Umzuges und des Jahresabschlusses sind sämtliche Bücher am Freitag, den 27. März, abends 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr, zurückzugeben. Die Wiederausgabe erfolgt dann vom Sonntag, den 5. April, ab in gewohnter Weise, also Sonntags von 11 bis 12 und Dienstags von 8 bis 9 1/2 Uhr.

Zossen. Am Donnerstag, den 26. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Scherler: Generalversammlung.

Berliner Nachrichten.

Verabschiedung des Stadthaushaltsetats.

Nachmaliger Kampf um die Lustbarkeitssteuer.

Die Stadtverordnetenversammlung erledigte gestern in einer Ertrastigung den Rest der Etatsberatung.

Beim Etat der Wasserwerke rügte Genosse Brun den bedenklichen Brauch, über Häuser die Wassersperre zu verhängen, wenn der Besitzer das Wassergeld schuldig bleibt. Zum Etat der Kanalisationswerke und Rieselgüter trug Genosse Mann eine Reihe von Klagen und Wünschen der in dieser Verwaltung beschäftigten Arbeiter vor, ihr berechtigtes Verlangen nach besseren Löhnen, nach wirksamer Wahrung ihrer Interessen durch Arbeiterausschüsse usw. Arbeiterklagen brachte auch beim Etat des Vieh- und Schlachthofes Genosse Hoffmann zur Sprache.

Vor der Beschlußfassung über die Festsetzung der Steuern kam es zu einem nochmaligen Kampf um die Lustbarkeitssteuer. Wegen sie lief die sozialdemokratische Fraktion von neuem kräftig Sturm mit einem Antrag, die dafür in den Etat eingestellte Million zu streichen. Für den Ausfall wäre reichlich Deckung vorhanden infolge der Mehreinnahme, die aus der Einkommensteuer wegen des bei der Mehrbeitragsveranlagung gewährten Generalpardon zu erwarten ist. Die begründenden Ausführungen unseres Genossen Heimann waren eine vernichtende Kritik der Lustbarkeitssteuer, dieses Steuermonstrums, das durch die freiwilige Wehrheit der Stadtverordnetenversammlung dem Magistrat bewilligt worden ist. Rämmerer Böß verteidigte sein Werk, indem er alle dadurch verursachten Schädigungen, die unser Redner eingehend dargelegt hatte, glatt abstritt. Von den Freisinnigen sprach ein einziger, der Stadtverordnete Feuerstein, für den Antrag unserer Genossen. Die übrigen Redner legten sich mit Eifer ins Zeug für die Beibehaltung der Lustbarkeitssteuer, wobei Stadtverordneter Sonnenfeld durch den Versuch einer Anrempelung der sozialdemokratischen Fraktion einen Skandal provozieren zu wollen schien. Ihm und dem Rämmerer sagte Genosse Zubeil gebührend Bescheid. Der Antrag, die Lustbarkeitssteuer zu streichen, wurde schließlich mit beträchtlicher Mehrheit abgelehnt.

In der Gesamtstimmung über den ganzen Stadthaushaltetat stimmte dann die sozialdemokratische Fraktion gegen ihn.

Nachklänge zur Rote Woche.

Wie wir erfahren, sind in den letzten Tagen eine Reihe von Parteigenossen vor das Polizeipräsidium geladen worden und zwar zur Vernehmung in eigener Angelegenheit. Es handelt sich offenbar um das Ankleben von Zetteln, die Aufklärung über das Verbot des Plakats über die Rote Woche gaben. Um unsere Parteigenossen Belehrung über die ihnen bei diesen Vernehmungen zustehenden Rechte zu geben, bemerken wir folgendes:

Ob überhaupt ein Angeschuldigter verpflichtet ist, vor der Polizei zu erscheinen, ist in hohem Grade zweifelhaft. Keinesfalls braucht der Angeschuldigte zu erscheinen, bevor ihm eine Exekutivstrafe angedroht ist. Gegen diese Androhung kann er die vom Gesetz zugelassenen Rechtsmittel innerhalb der gesetzlichen Frist einlegen. Wir raten denjenigen Parteigenossen, denen solche Zwangsmittel, nachdem sie vor der Polizei nicht erschienen sind, von dieser angedroht werden, sich an die juristische Sprechstunde des „Vorwärts“ zu wenden, woselbst ihnen die erforderliche Rechtsauskunft gegeben werden wird.

In erster Linie aber bemerken wir folgendes: Selbst diejenigen, die vor der Polizei erscheinen, haben unter keinen Umständen die Verpflichtung, etwas für sich selbst Belastendes auszusagen, sie können vielmehr rundweg erklären, daß sie jede Auskunft verweigern. Ob der Polizeibeamte die Angeschuldigten auf dieses Verweigerungsrecht hinweist oder nicht, ist völlig gleichgültig. Das Recht steht den Angeschuldigten im vollen Umfange zu und können sie von diesem auch Gebrauch machen, ohne irgend welche weiteren Erklärungen ihren Worten hinzuzufügen.

Die Kirche und die Austrittsbewegung.

Die Berliner Stadtsynode, die zu einer Sitzung zusammengetreten ist, unterhielt sich eingehend über die Kirchenaustrittsbewegung. Der Generalsuperintendent Lohusen bedauerte sehr die Abkehr von der Kirche, besaß aber andererseits, daß seiner Meinung nach der Steuerzufall seinen Einfluß auf die finanzielle Gebarung des kirchlichen Etats ausübe. So ganz wohl mag ihm bei diesen Worten doch nicht gewesen sein, denn es stellte sich später heraus, daß man so knapp an Geld sei, daß zu Kirchenbauten nur 10 000 Mark in den Etat eingesetzt werden könnten und daß kein Geld vorhanden sei für eine angemessene Entschädigung von Organisten und Kirchenchören.

In welcher Weise die Kirchensteuer oft eingetrieben werden muß, beweisen folgende Tatsachen. Herr Lohusen sagte:

„Es ist doch etwas Vellagenswertes, wenn wir sehen, daß im Jahre 1913 116 776 Zwangserrinerungen ausgeschrieben werden mußten, daß 62 571 zur Zwangsanzahlung gestellt wurden und 385 000 M. durch Zwangsanzahlung eingetrieben worden sind. Was für eine Fülle von Verstimung, Zerger, Zorn und Entfremdung von der Kirche wird dadurch veranlaßt! (Sehr richtig!) Ein solcher Zwang mit den Mitteln des Staates ist eigentlich gegen das Wesen der evangelischen Kirche, denn das Wesen der Kirche Jesu Christi ist doch immer: „geben und wieder geben“, und wenn wir nun an Hunderttaufende nicht mit Gaben, sondern immer wieder mit Geldfordern herankommen, so ist das doch eine harte Sache. Wir müssen uns fragen, wie man diesem Notstande begegnen kann.“

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurden auch der hohen Verwaltungskosten gedacht.

Original ist die Resolution, die sich über den Kirchenaustritt ausläßt und also lautet: „Stadtsynode hat mit schmerzlichem Bedauern davon Kenntnis genommen, daß so viele Glieder des Stadtsynodalbezirks, irregeleitet durch höherrufte Agitationen, von allen Segnungen des kirchlichen Lebens sich selbst geschieden haben.“

Stadtsynode dankt allen, die in dieser Zeit für die Kirche und aufklärend für unsere teure evangelische Landeskirche eingetreten sind. Sie dankt insbesondere dem Herrn Generalsuperintendenten für die erfolgreiche Anregung des sogenannten Kirchensonntags, den Geistlichen und Gemeindeförperschaften für ihre umfassenden Arbeiten.

Einnützig und in voller Zueversicht auf Gottes nie ausbleibende, auch jetzt schon deutlich erkennbare Hilfe, sowie der Kraft seines Evangeliums vertrauend, gibt Synode ihrer festen Hoffnung Ausdruck, daß es den Mächten des Umsturzes und der Verneinung nicht gelingen wird, die Kirche der Reformation zu vernichten. Sie ruft zugleich alle Evangelischen des Berliner Stadtsynodalbezirks auf, die gefährdeten Glieder mit Liebe und Glaubensvorbild in ihrer Treue zu stärken und ihnen die hohen Segnungen

zum Bewußtsein zu bringen, welche die evangelische Landeskirche als die Trägerin des Evangeliums unserem Volke übermitteln hat.“

Niel nützen wird dieser fromme Erguß nicht.

Geriffene Ganner.

Mit einem „Spargelzüchter aus Kalifornien“ und dessen Freund hat ein Amerikaner, der sich auf der Durchreise in Berlin aufhält, tiefe Erfahrungen gemacht. In einem Reisebureau unter den Linden traf der Mann einen Fremden, der ein Gespräch mit ihm anknüpfte, sich ihm als ein Landsmann O'Brien vorstellte, seiner Mundart nach aber eher ein Engländer zu sein schien. Man verließ zusammen das Bureau und ging plaudernd die Linden entlang. Da „verlor“ plötzlich vor ihnen ein anderer Herr seine Brieftasche. O'Brien hob sie auf und gab sie sofort dem Verlierer zurück. Dieser dankte in englischer Sprache mit amerikanischem Akzent und war hoch erfreut, in dem ehrlichen Finder und seinem Begleiter zwei Landsleute zu sehen, um so mehr, als er, wie er versicherte, kein Wort deutsch konnte. Aus Dankbarkeit hat der glückliche Verlierer den beiden Herren einen Trunk an und man begab sich nach einem Hotel in der Wilhelmstraße. Hier sah man ungefähr eine halbe Stunde in eifriger Unterhaltung, in der der Verlierer u. a. erzählte, daß er Spargelzüchter in Kalifornien sei und zum erstenmal Deutschland bereise. Als die beiden angenehmen Herren aus Gründen, die durchaus stichhaltig erschienen, auf „einen Augenblick“ weggegangen waren, aber nicht wiederkamen, suchte der Amerikaner und eroberte jetzt, daß ihm einer, ohne daß er das Geringste gemerkt, die Brieftasche aus der hinteren Hofentasche gestohlen hatte. Die Tasche enthielt acht Einhundert-Dollarnoten, eine Zwanzig-Dollarnote und ein Scheinbuch über 1800 Dollar. Wir haben hier ganz die Einleitung zu der berühmtesten Vertrauensfalle, die dann aber durch einen Taschendiebstahl abgekurzt und ersetzt wurde. O'Brien hätte in dem Reisebureau ohne Zweifel gesehen, daß die Brieftasche des Amerikaners viel Geld enthielt, und sich gemerkt, in welche Tasche er steckte. Die beiden Ganner werden wie folgt beschrieben: O'Brien ist etwa 50 Jahre alt und mittelgroß und hat an der Seite ergrautes Haar, allem Anschein nach angeklebte Koteletten. Der „Spargelzüchter“ zählt etwa 40 bis 50 Jahre, hat ein frisches Gesicht und hellblondes Haar und fiel durch seinen grünen Mantel und seinen grünen Hut auf.

Ein schrecklicher Unfall ereignete sich gestern nachmittag auf dem unter Abbruch stehenden Grundstück des früheren königlichen Lehrerseminars in der Friedrichstr. 229. Der Arbeiter August Reich aus der Weberstraße wollte zwischen zwei der dort verbleibenden Arbeitsstuhlwerte durchlaufen, wurde dabei aber von der Deckelstange des einen Gefährts erfaßt, die sich ihm in den Leib bohrte. Mit schweren inneren und äußeren Verletzungen wurde der Unglückliche nach dem Urban-Krankenhaus geschafft, wo nur noch wenig Hoffnung auf sein Leben gesetzt wurde. Das Unglück wird, wie man uns mitteilt, auf die Antriebskraft zurückgeführt, die auf dem Abbruch gelüßt wird.

Selbstmord einer erblindeten Greisin.

In der Friedrichsberger Str. 25 wohnt im dritten Stock des Seitenflügels der 88 Jahre alte Rentempfangler Hertel mit seiner 82 Jahre alten Ehefrau Sophie geb. Schweinert. Frau Hertel war schon seit fünf Jahren völlig erblindet. Seit sechs Wochen war sie auch noch schwer asthmaleidend. In der vergangenen Nacht plagte sie das Leben besonders arg. Ihr betagter Mann wachte an ihrer Seite, legte sich aber immer wieder auf einige Minuten hin, wenn sich ihr Befinden für einen Augenblick gebessert zu haben schien. Gegen 5 Uhr morgens schlief er infolge Ueberermüdung fest ein. Jetzt erhob sich seine Frau, als sie wieder einen heftigen Anfall ihres Leidens hatte, tastete nach der Küche hinaus und sprang auf den Hof hinauf. Ungefähr eine halbe Stunde später erwachte der Greis wieder. Vergeblich suchte er jetzt nach seiner Frau. Als er das Fenster der Küche aufstieß sah und nichts Gutes ahnend auf den Hof hinabblinnte, sah er seine Lebensgefährtin regungslos daliegen. Ein hinzugerufener Arzt vermochte nicht mehr zu helfen.

Ueber das Unglück im städtischen Gaswerk in Tegel, bei dem der 32jährige Gasarbeiter Willi Mann den Tod erlitt und über das wir in unserer Montagnummer bereits berichteten, wird uns ergänzend mitgeteilt: „Mann war beim Kohlentransport beschäftigt und hatte die Wagen der Hängebahn an der Zapfstelle mit Kohlen zu füllen. Da sich die Kohle im Trichter staute, stieg M. in denselben hinein, um abzuhelfen. Dabei kam die Kohle ins Rutschen, M. konnte nicht mehr schnell genug ausweichen und wurde unter der Kohle begraben. Wäre die Arbeit, wie die Vorschrift lautet, von zwei Mann ausgeführt worden, so konnte dem verschütteten Arbeiter Hilfe geleistet werden. Aus Sparamkeit werden aber diese Vorschriften von der Betriebsleitung übergangen und so wurde der Arbeiter erst 1 1/2 Stunden später vernichtet, und da war es zu spät. Die Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. Auch stellte sich heraus, daß der Sauerstoffapparat nicht in Ordnung war. Mann hinterließ seine Frau und zwei kleine Kinder. Natürlich hat, wie immer, der Arbeiter schuld an dem Unglück; die Betriebsleitung wird berichten, daß der Arbeiter entgegen den Bestimmungen gearbeitet hat. Man wird aber verweigern, wie oft die Arbeiter geradezu gezwungen werden, die Bestimmungen zu umgehen durch die maßlosen Abtreiber der Betriebsleitung und ihrer Organe. Die meisten von den Unglücksfällen in diesem städtischen Musterbetrieb sind auf diese gefährliche Ausbeutung der Arbeiter zurückzuführen. Wird denn die Deputation der städtischen Gaswerke hier bald Einhalt gebieten?“

Ein neuer Rekord. Der Flieger Linneloge hat gestern mittag auf einem Kumpfer-Eindecker neuester Bauart einen Welt Höhenrekord mit einem Fluggast aufgestellt, indem er eine Höhe von 5 500 Meter erreichte.

Vorortnachrichten.

Schöneberg.

Um die Gültigkeit einer Stadtverordnetenwahl

handelte es sich in einem Rechtsstreit des Fuhrherrn Anauer gegen die Stadtverordnetenversammlung. Die letztere hatte entgegen einem Einbruch Anauers die in der ersten Abteilung erfolgte Wahl des Brumenbaumeisters Treugebrodt für gültig erklärt. A. klagte beim Bezirksauschuss auf Ungültigkeit der Wahl Treugebrodts. Der Kläger machte geltend, der Gewählte habe im Wahllokal für sich selber eine unzulässige Agitation betrieben, indem er an einzelne Bürger herantreten sei, sie gefragt habe, ob sie schon gewählt hätten und sie ermuntert hätte, ihn zu wählen. Auch hätte er jemand herangeholt.

Der Bezirksauschuss ließ jene Angaben bei seiner Entscheidung unberücksichtigt, indem er die Wahl aus einem anderen Grunde für ungültig erklärte. Es händte fest, daß bei der Wahl der Weisiger für den Wahlvorstand und ihrer Stellvertreter die Frage der Nebenfolge in der Stellvertretung nicht geregelt worden sei. Dies wäre ein Mangel, der die Wahl schon ungültig mache.

Das Oberverwaltungsgericht hob am 23. März dieses Urteil auf und wies die Klage Anauers ab, indem es zugleich

die Wahl Treugebrodts für gültig erklärt. Begründend wurde ausgeführt: Der Grund, aus dem der Bezirksauswahlgang die Wahl für ungültig erklärt habe, könne nicht durchgreifen. Im Gesetz vom 30. Juli 1900, betreffend die Bildung der Wahlbezirke, sei nicht vorgeschrieben, daß bei der Wahl der Stellvertreter für die Beisitzer die Reihenfolge dafür, wie die Stellvertreter einzutreten hätten, bestimmt werde. Es heiße dort unter § 6 II nur, daß von der Stadtverordnetenversammlung für die Beisitzer je ein oder mehrere Stellvertreter aus der Zahl der stimmberechtigten Bürger zu wählen seien. — Es sei nunmehr auf die Behauptung der Klage hinsichtlich der angeblichen unzulässigen Wahlagitator des Gewähltes einzugehen. Wenn man nun auch von den Behauptungen des Klägers ausgehen und annehmen wollte, Treugebrodt hätte in der erwähnten Weise einzelne Bürger im Wahllokal angeprochen, um sie zur Stimmabgabe für sich zu ermuntern, und er hätte einen anderen Wähler herbeigeholt, so könnte der Senat darin eine unzulässige Wahlagitator nicht finden.

Somit läge kein Grund vor, der für die Ungültigkeit der Wahl Treugebrodts spreche. Die Wahl sei deshalb als gültig zu erklären.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Die erste Sitzung im neuen Rathaus wurde in der Ausstellungshallen im ersten Stadtwahlbezirk abgehalten. Das Protokoll gilt so lange, bis der neue Stadtverordnetenrat fertiggestellt ist; letzteres dürfte bereits Mitte April der Fall sein. Der Oberbürgermeister Dominicus begrüßte die Versammelten. Da beide Vorsteher schieden, wurde die Sitzung vom stellvertretenden Marsch eröffnet. Die Vergrößerung der städtischen Druckerlei wurde vor einiger Zeit zurückgestellt. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß dadurch der Stadt mehrere tausend Mark Ersparnisse entgangen sind. Genosse Küter gab der Erwartung Ausdruck, daß in absehbarer Zeit eine neue Vorlage unterbreitet werden möge, die die Vergrößerung der eigenen Druckerlei vorsehe. Der größte Teil der Druckerarbeiten könne in eigener Regie hergestellt werden. — Die Rechtsliberalen Jahn und Genossen hatten eine Revision der Finanzordnung sowie Einstellung möglicher Werte in das Lagerbuch beantragt. Der Redner meinte, man gewinne keine klare Uebersicht wie es bisher gehandhabt wurde. Die Abschreibungen seien unübersichtlich, ebenso die Einweisung der städtischen Fonds. Es soll nunmehr eine gewisse Deputation eingesetzt werden, die alle diese Fragen prüft. Jahn wurde der Mietvertrag der Volkshochschule in der Martin-Luther-Straße genehmigt. Der Hauptauswahlgang für Jugendpflege wünscht die Errichtung eines Landheims auf dem Truppenübungsplatz Sperenberg. Den Fortbildungsschülern soll die Möglichkeit gegeben werden, vom Sonnabend auf Sonntag dort zu übernachten, um den Sonntag im Freien verbringen zu können. Außerdem sollen Kinder anderer Schulen das Heim als Wanderaufenthalt benutzen können. Der Vorschlag ist vom Militärsekretär auf Widerspruch zurückgeführt. Die Baukosten des Heims, in dem für 50 Betten Platz vorhanden, sind auf 12 000 M. berechnet. Für die Ausstattung dieses Jugendheims sind 4000 M. erforderlich. Für die weibliche Jugend ist ein Raum in der Mädchenschule vorzusehen, für dessen Ausstattung 2000 M. notwendig sind. Ingesamt würden ungefähr 18 000 M. gebraucht. Einige Korporationen haben als Zuschuß 12 000 M. in Aussicht gestellt, so daß noch 6000 M. als Rest verbleiben. Vester (W. Frakt.) betont, daß es notwendig sei, die jungen Leute nach dem Land hinauszuführen, um sie von der Politik fernzuhalten. — Genosse W. o. S. meinte, Benutzungen sollten nicht vorgenommen werden, es wäre daher richtig, auch der Arbeiterjugend ein Heim zur Verfügung zu stellen. Ein Exerzierplatz sei nicht geeignet zum Jugendheim. Nachdem Genosse Hoffmann nach Kritik an dem Verhalten der Liberalen geübt, versuchte der liberale Vester die Darlegungen unserer Genossen in dieser Frage darzulegen. Ihm gab Genosse Küter die gebührende Antwort. Genosse W. o. S. wies auf die Tatsache hin, daß die Lehrer in den Schulen bereits die Kinder der arbeitenden Klassen für den patriotischen Jugendtumult zu gewinnen suchen. Der von unseren Genossen gestellte Antrag, auch dem Arbeiterjugendheim die Räume der Mädchenschule zur Verfügung zu stellen, wurde von den Liberalen abgelehnt. In der alsdann folgenden geheimen Sitzung wurde die Neubestellung der beiden Stadtratsämter besprochen. Die Wahl findet in der nächsten Sitzung am 20. April, im neuen Sitzungssaal, statt.

Lichterfelde.

Heute Mittwoch findet die Stichwahl zwischen dem sozialdemokratischen Kandidaten Benzler und dem bürgerlichen Kandidaten Dunge statt. Wahllokal: „Lichterfelder Festhalle“, Zehlendorfer Straße 5. Wahlzeit: 8-5 Uhr. Da bei der großen Ausdehnung des Bezirks die Schleppliste frühzeitig einlegen muß, werden die Genossen ersucht, sich dem Wahlkomitee (bei Wahrensdorf, Ballestraße) von 8 Uhr ab zur Verfügung zu stellen. Ein großer Teil der Arbeiterschaft ist außerhalb beschäftigt; Kollegen, die mit Lichterfeldern zusammenarbeiten, werden gebeten, sie auf die heutige Wahl im zweiten Bezirk aufmerksam zu machen.

Charlottenburg.

Seinen Verletzungen erlegen ist der zehnjährige Knabe, der, wie wir gestern berichteten, beim Spiel gegen ein Auto geriet und von diesem überfahren worden war. Kurz nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus ist der Knabe gestorben.

Neußölln.

Ein aufregender Vorgang spielte sich gestern Abend am Weigandufer in Neußölln ab. Dort ging eine Frau sichtlich aufgeregt eine Weile an dem Ufer auf und ab und sprang dann plötzlich vor dem Grundstück Nr. 9 in den Schiffbaukanal. Ihr Begleiter wurde von mehreren Passanten gesehen, von denen einer der Lebensmüden sofort nachsprang. Es gelang diesem auch, die Frau, die sofort untergegangen war, wieder ans Ufer zu bringen, wo sie bald die Besinnung wieder erlangte.

Treptow-Baumschulweg.

Durch das rätselhaft Verschwinden eines Schulkindes herrscht im Ortsteil Baumschulweg lebhaftest Besorgnis. Am letzten Sonntag Abend war die 7-jährige Tochter Margarete des Schlossers Küste, Behringstr. 12, von seinen Eltern zum Einholen ausgeschickt worden und kehrte von dem Gange nicht wieder zurück. Das für sein Alter gutmütigste Kind ist zuletzt gegen 8 1/2 Uhr vor der Post in der Baumschulwegstraße gesehen worden. Man vermutet, daß es von einem Pannier mit blondem Schmutzhaar, der eine einseitige Spur der Vermissten zu entdecken ist. Dieser hat an jenem Abend auf dem gegenüberliegenden Markt vertriebenlich Kinder angesprochen. Das Kind hat volles, rundes Gesicht von gesunder Farbe, blonde Haare, blaue Augen und volles Gebiß. Es trug ein rotes Cheviotkleid, braune Schallenschuhe und schwarze Strümpfe und hatte zuletzt eine Karntalacke, die seine Einkäufe enthielt, und etwas Geld bei sich. Bis Dienstagabend war keinerlei Spur der Vermissten zu entdecken. Einige vorgenommene Verhaftungen erwiesen sich als falsch. Der mehrfach geäußerte Gedanke, daß die Vermisste in die benachbarten Gehölze des Plänterwaldes oder der Königshöhe verschleppt wurde, ist zwar nahe liegend, doch erscheint es nicht gerade wahrscheinlich, daß das aufgeweckte Kind einer ihm unbekanntem Person dorthin mitschleichen sollte. Es ist nicht unmöglich, daß die Kleine in demobilen Gebäude gefolgt worden ist. Zweckdienliche Mitteilungen sind an die Treptower Polizeibehörde zu richten. Den schwer betroffenen Eltern wendet sich die allgemeine Teilnahme zu.

Sieddorf.

Heute Abend von 6-9 Uhr findet im Genslerischen Lokal, Dorfstraße 64, die Erwerbslosenwahl zur Gemeindevertretung statt. Der Kandidat unserer Partei ist der Genosse Venno Sommer. Wenn alle Genossen auf dem Posten sind, muß es möglich sein, das Mandat zu erringen. Sei jeder frühzeitig zur Stelle.

Stralau.

Eine unangenehme Aushusterei für Stenerklamationen für Stralau und das Stralauer Viertel ist auch in diesem Jahre wieder von der Bezirksleitung des Wohlvereins errichtet worden. Dieselbe befindet sich im Lokal Paragrafenbau 3 bei Schleiß und ist Sonntagabends von 8 1/2-10 Uhr abends geöffnet.

Ladeburg bei Bernau.

Bei der Gemeindevertreterwahl in der dritten Klasse wurde der bürgerliche Kandidat mit 26 gegen 23 Stimmen, die auf unseren Kandidaten entfielen, gewählt. Obwohl die Bürgerlichen alles in Bewegung setzten, ihrem Kandidaten zum Siege zu verhelfen, hätte bei etwas regerer Wohlbeteiligung der werksichtigen Bevölkerung das Mandat für uns gewonnen werden können. Nicht unserer Genossen muß es nunmehr sein, durch eine regere Agitation für die Organisation und die Presse die Scharte wieder auszuwetzen.

Schenkendorf bei Großbeeren.

Bei der Gemeindevertreterwahl in der dritten Klasse wurde unter schwacher Wahlbeteiligung Genosse Albert Ridel mit 15 gegen 8 bürgerliche Stimmen gewählt. Die dritte Klasse ist jetzt völlig in unserem Besitz.

Spandau.

Eine härmliche Militärarbeiterversammlung, einberufen vom christlichnationalen Zentralverband deutscher Militärhandwerker, fand Montagabend in den Kaiserfälen statt. Die Versammlung hatte lediglich den Zweck, die Militärarbeiter noch mehr zu zerstückeln und neben den vielen Verbänden und Vereinigungen nun auch noch für die christliche Organisation Propaganda zu machen. Statt des beabsichtigten Themas: „Ergebnis der Rücksprache mit dem Kriegsminister über Militärarbeiterfragen“ sprach der Referent noch über die Vorgänge der christlichnationalen Arbeiterbewegung und fand damit starken Widerspruch. Der Referent drohte wiederholt von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen, erreichte aber damit nur, daß die Unruhe immer größer wurde. Als dann nach erregter Diskussion den folgenden Rednern nur 15 Minuten Redezeit bewilligt und einem Diskussionsredner nach Ablauf dieser Zeit unter großem Lärm das Wort entzogen wurde, verließ der größte Teil der Versammlungsteilnehmer den Saal.

Wildau-Boherlehe.

Mit einem Siege der Werkverwaltung endete die Gemeindevahl in Wildau-Boherlehe am Montag, den 23. März. Während unser Kandidat vor zwei Jahren noch 194 Stimmen erhielt, sank diesmal die Stimmzahl, die auf den Genossen Tänzer entfiel, auf 148 herab; während die Stimmen des Werkkandidaten in dem gleichen Zeitraum von 102 auf 188 stiegen. Die Manager der Firma Schmarztopf-Raffin arbeiteten mit Hochdruck für den von ihnen präsentierten Kandidaten Wertheimer Kramer. Restlos traten die Beamten der Firma und die Gelben zur Wahl an. Insezer Genossen bzw. die freigeigenschaftlich organisierten Arbeiter ließen es leider an dem erforderlichen Eifer für den Sieg unserer Kandidaten fehlen. Am Sonntagabend vor der Wahl veranstaltete die gelbe Werkvereinigung ein Stiftungsfest, an dem die Direktion offiziell betreten war. Selbst einige Obergebe von der Firma Siemens hatten es sich nicht nehmen lassen, in eigener Person zu dem Feste zu kommen und gegen die moderne Arbeiterbewegung in der üblichen Weise scharf zu machen und für die Wahl ihrer Kandidaten zu wirken. Von 629 eingeschriebenen Wählern der 3. Abteilung gingen 334 zur Wahl. — Das Resultat der Wahl dürfte hinreichend beweiskräftig genug sein, um darzutun, daß unsere Genossen alles daran setzen müssen, um die Organisationen auszubauen, damit den Gegnern der Arbeiterbewegung in der Zukunft der Sieg verweigert wird.

Vorödam.

Ein fünf Abende während Vortragskursus des Genossen Dr. Dunder in Berlin über die Entwicklungstufen des Wirtschaftens beginnt am Freitag im Lokal Hausmann. Der Eintritt ist für alle organisierten Arbeiter frei. Die Vorträge finden statt am 27. März, am 1., 3., 6. und 8. April. Beginn Punkt 8 Uhr.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Waldhof. Am Donnerstag, den 26. März, abends 6 1/2 Uhr, im Sitzungssaal des Gemeindevrats.
Wienheide (Nordbahn). Mittwoch, den 25. d. M., abends 7 Uhr, im Gemeindevorstand, Hauptstr. 18. Geschäftsberatung.
Wariendorf. Donnerstag, den 26. März, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus, Kaiserstraße.
Kothenhof. Am Donnerstag, den 26. März, abends 6 Uhr, in der Aula der Gemeindevorstand, Schülerstraße. Geschäftsberatung.
Tempelhof. Morgen Donnerstag, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Gemeindevorstand, Dorfstr. 42.
Treptow. Freitag, den 27. März, abends 6 Uhr, im Rathaus.
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Frauen-Leseabende.

Tempelhof. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Wilhelmsparken, Berliner Str. 49.
Rödingental, Zepernick-Buch. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Lange, Siemensstr. 9/10. Vortrag der Gen. Anna Reichle.

Aus aller Welt.

Opfer des Ordenssegens.

Die Ordenspolitik der königlich preussischen Ordenskommision hat wieder zwei Unglückliche geschaffen. Bei der Einweisung der königlichen Bibliothek wurden, wie bereits gemeldet, an zahlreiche mit dem Bau irgendwie in Verbindung stehende Leute Orden verliehen. In fürsorglicher Weise war genau vorgeesehen, daß jeder seinem Range gemäß seinen Viehpaß erhielt. Es wäre das Unglück nicht auszubedenken, das entstehen könnte, wenn den Bibliotheksdienern etwa durch irgend ein bureaukratisches Versehen das Großkreuz des Roten Adlerordens mit Eichenlaub und dem Kultusminister v. Trost zu Solz das Allgemeine Ehrenzeichen in Bronze verliehen worden wäre. Doch das ist zum Segen für den preussischen Staat nicht passiert. Dafür aber ist der Ordenskommision ein anderes entsetzliches Unglück unterlaufen. Ein Bildhauer Feuerhahn erhielt den Kronenorden vierter Güte und ein Architekt Wassermann die Krone zum Roten Adler gleiches Garnitur. Beide haben — stolz lob' ich mir den Spanier — die vierten Garnituren abgelehnt; wahrscheinlich weil sie glauben, daß sie zur Fertigstellung des Baues mindestens soviel beigetragen haben, wie der mit Großkreuz und Eichenlaub bedachte Kultusminister. Mehr Untertanenjinn, Herr Feuerhahn; mehr Respekt vor der Obrigkeit, Herr Wassermann.

Ein Mittermörder.

In Hagen i. Westf. stahl am Sonntag ein Arbeiter Dietrich, der verschiedentlich vorbestraft ist und erst kürzlich das Gefängnis verlassen hat, seinen Eltern Schmutzsaçon. Für deren Wiederbeschaffung wurde die Polizei in Anspruch genommen. Während darüber verlegte Dietrich am Dienstag durch Schüsse seine Mutter tödlich, seine Schwägerin und seinen jüngeren Bruder erheblich. Dietrich wurde von der Polizei durch Säbelhiebe kampfunfähig gemacht und verhaftet.

Der Ballonführer Berliner im russischen Gefängnis.

Das Schicksal des Berliner Ballonführers Ingenieur Jan s Berliner und seines Mitfahrers, die beide am 8. Februar in Bitterfeld aufstiegen, in Perm (Rußland) landeten und dort als Spione verhaftet wurden, interessierte bereits den deutschen Reichstag. Eine Regierungsvertreter erklärte am Dienstag auf eine Anfrage, die Unteruchung gegen Berliner werde voraussichtlich in den nächsten Tagen beendet sein. Rücksehender Brief, den Berliner nach Chemnitz geschickt hat, läßt aber vermuten, daß die unvorsichtigen Luftschiffer noch manche Woche als Spione im russischen Gefängnis werden schmachten müssen. In dem Briefe heißt es u. a.:

Man hat jetzt Anklage wegen Spionage gegen uns erhoben. Die Richter haben etwa 150 Seiten Material zusammengetragen. Die unglaublichen Sachen weißt man uns vor. Ein Artillerie-Oberst, der die Verhandlung leitete, bringt vor, daß wir mit unserer Fahrt lediglich die Luftströmungen feststellen wollten, die einem Zeppelinkreuzer von Rügen sein könnten. Die Richter fragten an der Landungsstelle die Bauern, ob wir nicht über militärische Sachen gesprochen hätten. Aus Petersburg ließ man einen Luftschiffkapitän kommen. Dieser aber konnte nicht einmal die einfachsten an ihn gerichteten Fragen beantworten und er mußte nach Petersburg zurückkehren, um diese Fragen von seinen Kollegen beantworten zu lassen. Uns wurde mitgeteilt, daß die Verhandlung beendet und nicht vor Ende Mai stattfinden könne. Mein Mitfahrer und ich sind geschäftlich in Berlin gebunden und werden durch die lange Zeit schwer geschädigt. Ich weiß mir schon gar keinen Rat mehr. Das Durchdringen ist, daß wir von jedem Verkehr abgeschnitten sind. Wir werden ständig von zwei Kriminalbeamten und einem Schutzmännchen überwacht. Durch die vielen Aufregungen und das schlechte Essen bin ich am Ende meiner Kräfte. Unternehmen Sie eiligst energische Schritte, denn Eile tut not, damit unsere Freilassung bald erfolgen kann. Es ist ein teurer Weirerford, den ich ertragen habe und auf den ich gern verzichtet hätte.

Kleine Notizen.

Zum Kieler Werftprozeß. Aus Kiel wird gemeldet, daß der Kaufmann Reugebauer aus Hamburg, der frühere Magazin-auffeher Ehrnust aus Hamburg und der frühere Gefängnisführer-auffeher Griese aus Reumünster, die vor kurzem in das Kieler Untersuchungsgefängnis eingeliefert wurden, am Dienstag aus der Haft entlassen worden sind.

Segen eines Erdbebens. Am Dienstag ist in Krozingen bei Freiburg in Baden ein neues Thermalbad seiner Bestimmung übergeben worden. Die Krozingener Quelle, die bei dem Erdbeben im November 1911 zutage trat, gilt nach dem Befund von Sachverständigen als wasserreiche heiße Quelle Europas. Sie liefert täglich sieben Millionen Liter Wasser.

Die freie Turnerschaft Wilmersdorf und der Turn- und Sportklub Schmargendorf haben sich zu dem Verein „Freie Turnerschaft Wilmersdorf-Schmargendorf“ zusammengeschlossen. Die leitende Verwaltung findet heute Mittwochabend in Schmargendorf, Markt Waldater, Barnimänder Straße, statt. Freunde und Gönner der Arbeitsturn- und Sportclubs sind herzlich willkommen. Die 1. Männer-Abteilung (Wilmersdorf) wird in Zukunft Dienstag und Freitag von 8-10 Uhr in der städtischen Turnhalle, Berliner Str. 40, die 2. Männer-Abteilung (Schmargendorf) an den gleichen Abenden im Waldater, Barnimänder Straße, und die Damenabteilung Montag und Donnerstag, von 8-10 Uhr, ebenfalls Berliner Str. 40 turnen. Mitglieder werden an den Turnabenden aufgenommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Dienstag abends 6 Uhr, von 7-9 Uhr, im Lokal Hausmann, am Freitag abends 8 1/2 Uhr, ab. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anträge ist ein Sachverhalt und eine Zahl als Vertretung beizufügen. Briefliche Anträge werden nicht erwidert. Anfragen, denen keine Anwesenheitsbestätigung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Uebrig fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

2 Garten. 1. Wenn Sie Ihre Behauptungen bemerken können, haben Sie u. U. Anspruch auf Wiedereinstellung des Jounes. 2. Ja, sofern dadurch Rechte des Erblassers nicht beeinträchtigt werden. — G. 6. 6. Rein. Ihr Schwager kann aber bei der nachfolgenden ärztlichen Untersuchung noch darauf aufmerksam machen. — R. St. 10. Ja. — Alpha. Soweit ersichtlich, sind Sie ersatzlos. — G. 55. Ist von ärztlichem Gutachten abhängig. — D. D. 99. 1. Die Frau wäre im Prozeß für die Behauptung, daß eine Schenkung erfolgt ist, beweiskräftig. Die Klage ist seitens des Testamentvollstreckers zu erheben, eventuell wird auf Ihren Antrag ein Nachlasspfleger bestellt. 2. Die mündliche Schenkungserklärung genügt, wenn die Sachen übergeben worden sind. 3. Ja, falls ein Anspruch auf Herausgabe besteht. — G. 6. 100. 1. Der Unternehmer, falls er mehrere beschäftigt 2. Zweibittel. 3. Rein. — R. 2. 99. Falls der Beweis nicht erbracht werden kann, ist die Klage aussichtslos. —

Briefkasten der Expedition.

Patentien in Berlin, Buch und anderen Geschäften. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Zeitlinie bleiben, wollen ihrem Hiesigen Spediteur wegen der Überweisung von Freigekäuerten sofort ihre Adresse einreichen, da bei veränderter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingelebt werden.

Marktpreise von Berlin am 23. März 1914. nach Ermittlungen des Igl. Volksnährmittelsamts. Reis (misch), gute Sorte 00,00-00,00, Donan 00,00-00,00. Reis (runder), gute Sorte 14,95-15,10. Nichtstroh 6,00. Getr. 0,00-0,00.

Wachsthalenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Roden 34,00-36,00. Speisebohnen, weiße 35,00-40,00. Linsen 40,00-30,00. Kartoffeln (Rheinl.) 4,00-7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, nach der Sorte 1,60-2,40. Rindfleisch, Bauernfleisch 1,20-1,80. Schweinefleisch 1,40-2,00. Kalbfleisch 1,40-2,60. Hammelfleisch 1,50-2,40. Butter 2,40-3,00. 60 Stck Eier 3,40-5,40. 1 Kilogramm Karotten 1,20-2,40. Hefe 1,60-3,30. Sauer 1,40-3,20. Getreide 1,20-2,60. Wachs 1,00-2,20. Schokolade 1,60-3,20. Steine 0,80-1,80. 60 Stck Röhre 3,50-24,00.

Witterungsübersicht vom 24. März 1914.

Stationen	Wetter	Temper. u. W.	Stationen	Wetter	Temper. u. W.
Stettin	7,55	1,5	Saarbrücken	7,61	5,0
Hamburg	7,33	2,0	Petersburg	7,64	0
Berlin	7,58	1,0	Sofia	7,43	2,0
Frankf. a. M.	7,53	2,0	Übersee	7,42	5,0
München	7,56	2,0	Wien	7,46	2,0
Wien	7,57	2,0			

Wetterprognose für Mittwoch, den 25. März 1914. Gleichmäßig mild und teilweise bewölkt, aber sehr veränderlich mit einzelnen Regenschauern und lebhaften südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Wahlergebnisse-Nachrichten

Wahlergebnisse		Wahlergebnisse	
am	seit	am	seit
29. 3.	22. 3.	29. 3.	22. 3.
Brandl, Mühl	511	Seale, Großh.	274
Wegel, Unterberg	295	Jabel, Spandau	118
Wetzlar, Thon	281	Jabel, Rathenow	120
Ober, Meißner	214	Spreng, Spremberg	138
Proffen	260	Bestow	142
Frankfurt	260	Weser, Rindow	360
Ward, Schrimm	296	Rindow	464
Landberg	218	Rhein, Maximilianen	556
Rege, Sorcham	100	Raub	478
Eide, Zeitmercy	185	Röll	554
Preßen	86	Kedar, Halldrom	200
Barbo	426	Rain, Genuz	538
Wagburg	357	Rosel, Trier	314

*) + bedeutet Buße, — Ball. — *) Unterpogel.

Reichstag.

240. Sitzung, Dienstag, den 24. März 1914, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Tirpitz.

Kurze Anfragen.

Abg. Mumm (Wirtsch. Vgg.)

fragt an, welche Maßnahmen vom Reichsversicherungsamt getroffen sind, um die Anstellungsbedingungen und Rechtsverhältnisse sowie die Befoldung der Angestellten der Berufsvereinigungen nach den Vorschriften der R.-V.-D. zu gestalten...

Ministerialdirektor Caspar:

Es ist hierüber im Oktober v. J. eine Musterdienstordnung erlassen worden. Ueber den Erfolg der Maßnahmen haben sich die Berufsvereinigungen in ihrem Geschäftsbericht von 1913 geäußert...

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Jund (natl.) erwidert

Unterstaatssekretär Jahn,

daß die Erhebung des Beitrags auch von in Deutschland lebenden Ausländern den geltenden Staatsverträgen nicht widerspreche.

Abg. Baffermann (natl.)

fragt an, welche Schritte im Interesse des Reichsangehörigen Rudolf Berliner unternommen worden sind, der bei einer Salonlandung in Perm von den russischen Behörden verhaftet und seitdem wegen Spionageverdachts festgehalten wird.

Geheimrat Krieger:

Das Ueberfliegen der russischen Westgrenze ist ohne besondere Erlaubnis verboten. Dies Verbot ist von der russischen Regierung und amtlich mitgeteilt und zur Kenntnis der deutschen Luftschiffer gebracht worden.

Auf eine Anfrage des

Abg. Dr. Frank (Soz.),

ob der Entwurf eines Reichstheatergesetzes noch in diesem Jahre vorgelegt werden solle, erwidert

Ministerialdirektor Caspar:

Die Vorberatungen für die gesetzliche Regelung des Theaterwesens sind so weit vorgeschritten, daß dem Bundesrat in nächster Zeit der Entwurf dieses Gesetzes vorgelegt werden kann.

Es folgt dann die neulich ausgelegte

Abstimmung

über die Petitionen betr. Schutz gegen Hochrott und Circulardruckereien.

Für den Antrag Jel. der Ueberweisung als Material verlangt. Stimmen außer den Konservativen auch eine ganze Anzahl Zentrumsabgeordneter. Unter großer Heiterkeit erklärt das Bureau die Abstimmung für zweifelhaft.

Der Antrag der Kommission auf Uebergang zur Tagesordnung wird angenommen. Nach Erledigung einiger Rechnungen folgt der

Etat für Kiautschou.

Die Kommission beantragt eine Resolution, wonach in den nächsten Etat ein Titel zur Verbreitung der deutschen Sprache und Förderung von Privatschulen für chinesische Schüler eingefügt werden soll.

Abg. Raden (Z.):

Die Verhältnisse von Kiautschou haben sich auf gesunder Grundlage in erfreulicher Weise entwickelt. Der Handel ist erheblich gewachsen. Aber die politischen Verhältnisse gestalten ein Zurückziehen des ostasiatischen Detachements noch nicht.

Staatssekretär Tirpitz:

Die Entwicklung von Kiautschou ist eine ungemein rasche, deren Tempo wir vor 15 Jahren nicht voraussehen konnten. Der Handel vor Tsingtau hat sich in dem Jahrzehnt von 1901 bis 1911 vervielfacht, er ist von 9 auf 90 Millionen Mark gewachsen.

Abg. Paasche (natl.):

Bei unserer Freude über die Entwicklung von Kiautschou müssen wir vor allem der Marineverwaltung unseren Dank sagen. Aber das deutsche Kapital verhält sich leider noch etwas zurückhaltend.

Die Debatte schließt; der Etat wird bewilligt. Die Resolution der Kommission wird angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Präsident Karmyß schlägt vor, die nächste Sitzung zu halten Donnerstag 2 Uhr mit der Tagesordnung: Wahlprüfungen, Duellantrag.

Abg. Graf Westarp (L.) beantragt, den Duellantrag zuerst zu verhandeln.

Abg. Ledebour (Soz.):

Ich bitte, es bei dem Vorschlag des Präsidenten zu belassen. Es wird wahrscheinlich bei den Wahlprüfungen von den Konservativen namentliche Abstimmung beantragt werden, und wenn die Wahlprüfungen dann erst am letzten Sitzungstage zur Verhandlung kommen, liegt die Gefahr vor, daß das Haus dabei sich als besitzungsunfähig erweist.

Abg. Graf Westarp (L.):

Herr Ledebour irrt, der Duellantrag wird sicher keine große Debatte hervorrufen, so daß auch die Wahlprüfungen noch am Donnerstag erledigt werden können.

Abg. Ledebour (Soz.):

Wenn Graf Westarp meint, daß über den Duellantrag so wenig geredet werden wird, liegt doch erst recht kein Grund vor, ihn vorherzunehmen.

Für den Antrag Graf Westarp stimmen Konservativen und Zentrum. Es muß wieder Hammelsprung erfolgen. Das Resultat ist Ablehnung des Antrages mit 122 gegen 101 Stimmen. Es bleibt also beim Vorschlag des Präsidenten. Schluß 8 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

57. Sitzung, Dienstag, den 24. März 1914, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Fehr, v. Schorlemer.

Der Etat der Ansiedelungskommission.

Zur Beratung steht gleichzeitig die Denkschrift der Regierung über die Tätigkeit der Ansiedelungskommission für Posen und Westpreußen.

Berichterstatter Abg. Dr. v. Kries (L.)

teilt mit, daß von den seit 1886 bewilligten 550 Millionen noch 61 Millionen übrig sind und in dieser Zeit 21 000 Ansiedler angelegt wurden.

Abg. v. Kessel (L.):

Die Tätigkeit der Ansiedelungskommission wird jetzt allgemein anerkannt. Ein wirklicher wirtschaftlicher Kulturfortschritt ist zu verzeichnen. Infolge der ungünstigen Konjunktur wird sich in den nächsten Jahren die Ansiedelung langsamer vollziehen.

Abg. v. Kardorff (L.):

Es ist besser, wir kolonisieren langsam und gut als teuer und schlecht. Die Schutzmaßnahme von Arbeitern muß von der Domänenverwaltung in die Hand genommen werden, da der Großgrundbesitz derartige teure Verluste nicht selbständig unternehmen kann.

Abg. Künzer (natl.)

In gleichem Maße wie die Freilohnarbeiter haben wir jederzeit die Ostmarkenpolitik gefördert, da wir das Ansiedlungswert für eines der größten Kulturwerte des preussischen Staates halten. Auch wir bedauern den Stillstand der Ansiedelungspolitik.

Abg. Stull (Z.)

kritisiert scharf die gesamte Ansiedelungspolitik, die eine Politik der Mißerfolge sei und uns eine Milliarde deutsches Geld gekostet hat. Die verheerende Tätigkeit der katholischen polnischen Geistlichen verurteilen wir, soweit eine solche Tätigkeit vorkommt, auf das schärfste.

Minister Fehr, v. Schorlemer:

Der Rückgang der Ansetzung von Ansiedlern ist zum Teil auf die Furcht der Bevölkerung vor einem Kriege mit unserm östlichen Nachbarn zurückzuführen, eine Furcht, die bis in das Jahr 1913 angehalten hat. In diesen geldknappen Zeiten müssen wir vor allen Dingen auf solche Ansiedler sehen, die sich auf ihrer Scholle halten können.

Abg. Defer (Sp.):

Es ist sehr erklärlich, daß die Arbeiter sich nicht gern in der Ostmark niederlassen, da sie fürchten müssen, daß nicht hinreichend Ansiedler da sind, bei denen sie ihre Arbeitskraft verwerten können.

Wunder, daß die Polen sich der Verfolgung energisch widersetzen. Wir erkennen aber an, daß der Mader von Staat manches im Osten geleistet hat. In seiner Betätigung für die innere Kolonisation ist ein Stück Staatssozialismus verwirklicht worden.

Abg. v. Trampczynski (Pole):

Nur zur Unterdrückung der Polen wird die preussische Ansiedelungspolitik angewendet. Der Minister hat die Richtigkeit meiner Mitteilung bestritten. Diese Mitteilung fußt auf einem Schriftstück des Herrn v. Tiedemann und mit ihm möge sich der Minister auseinandersetzen.

Abg. Braun (Soz.):

Der Etat, der uns augenblicklich beschäftigt, könnte ohne Schaden für den Staat und für das allgemeine Wohl entbehrlich werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und Polen.) Er lehrt wie ein altes Lied alljährlich wieder.

Steigen der Bodenpreise

in der Ostmark geziehen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten und Polen.) Dieser Erfolg ist aber sehr zweifelhafter Natur. Im Jahre 1886 kaufte die Ansiedelungskommission den Ostlar Land noch durchschnittlich für 579 M. Im Jahre 1913 für 1821 M.

schwunghaften Handel

mit ihren Grundstücken zu treiben, wie aus der Denkschrift hervorgeht. Vor Jahren haben sie ihr Land zu billigen Preisen gekauft, jetzt können sie es teurer loschlagen.

Anfiedlungsfrage die Waren eines mütterlich deutsch-patriotischen Kaufmanns mütterlich schlecht sind, kann man den Anfiedler doch nicht zwingen, nicht bei dem polnischen Kaufmann zu kaufen, der ihn besser bedient. In den ersten Jahren der Anfiedlungsfrage erwand die Anfiedlungskommission 70 Proz. der Grundstücke aus polnischen Händen. Heute hat sich das Verhältnis vollkommen umgekehrt. Der Landbesitz der Polen hat sich gewaltig vermehrt. Hinter die Behauptung des Ministers in der Budgetkommission, daß weder die Deutschen noch die Polen etwas gewonnen oder verloren hätten, muß ich ein großes Fragezeichen legen. Man ist den von uns aufs schärfste beurteilten Ziele der Anfiedlungskommission trotz Anwendung kolossaler Mittel nicht einen Schritt näher gekommen. Nur der Grundstücksbesitz wurde in der Ostmark belebt und hat ungeahnte Dimensionen angenommen. (Sehr wahr! links.) Fast eine Milliarde Mark hat man dafür aufgewendet und weiter ist nichts herausgekommen. Weist man auf eine große Zahl neuer Dörfer und Anfiedlungen als auf die Erfolge der Anfiedlungskommission hin, so ist zu erwidern, daß die 21 871 Anfiedlerfamilien, die angelegt wurden, in keinem Verhältnis zu der Anfiedlungssumme und der langen Zeit stehen. Der Abg. v. Kessel rief heute mit Empase: „Ist denn das nichts?“ Nun, für eine Milliarde ist es wenig genug! (Sehr richtig!) Hätte man dasselbe Geld ohne alle parteipolitischen Schikanen zur kulturellen Hebung der Landwirtschaft aufgewendet, so hätte man für das Neuzugeld viel mehr erreicht (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und Polen), als die künstlichen Anfiedlungen, die zum Teil nicht leben noch sterben können. (Sehr richtig!) Es ist in der Denkschrift der Regierung hervorgehoben, daß die Anfiedlungskommission unter anderem auch über 400 Schulgehöfte geschaffen habe. Trotzdem ist allgemein bekannt, daß in keinem Teile des preussischen Staates die Schulverhältnisse so elend sind, wie gerade in Polen und Westpreußen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Uebrigens wird auch in diesen Schulen den Kindern das gemüthvolle Gedicht beigebracht: „O Mutter, Mutter, wie klingst du süß, wie klingst du traurig.“ Muß man es da nicht geradezu als reinen Spott ansehen, wenn polnische Kinder, die in diesen Schulen in ihrer Muttersprache antworten und ihr Webet berichten, dafür

braun und blau gefolgt

werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Dem Volk die Muttersprache gewaltsam entziehen wollen, an die seine ganze Geschichte, seine Kultur, seine Erinnerungen sich knüpfen, ist eine Barbarei. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Kessel meinte allerdings, Preußen besitze sich in der Notwehr gegenüber den Polen. Wenn ich diese Phrase von der Notwehr höre, so kommt mir das doch gar zu lächerlich vor: das große mächtige Preußen soll sich in Notwehr befinden gegenüber drei Millionen Polen, in Notwehr gegenüber polnischen Kindern, die polnisch beten wollen! Das heißt doch mit dem Begriff „Notwehr“ gar zu haarigen Nihilismus treiben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Herr v. Kessel weiter meinte, schließlich würden die Polen doch zum Bewußtsein kommen, daß es ihnen unter der Hohenzollernherrschaft gut gehe, so kann ich ihm nur sagen, wenn in dieser Weise fortgefahren wird mit der Polenpolitik, wird Herr v. Kessel das sicher nicht erleben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie haben wohl die Möglichkeit, den Polen das Bewußtsein beizubringen, daß sie auch im preussischen Staat als gleichberechtigte Bürger ganz gut leben können. Aber dann müssen Sie sich andere Staaten, wie z. B. England, dafür zum Muster nehmen, wie man Volksstämme, die man gewaltsam dem Staat einverleibt hat, zu guten Staatsbürgern macht. In England werden Sie nicht finden, daß in dieser schlanke, kleinlichen Weise vorgegangen wird. Wenn wirklich auf dem Wege, den Sie gehen, das Ziel, das Herr v. Kessel vorschwebt, zu erreichen wäre, dann müßte doch jetzt, nach all den Jahrzehnten Polenpolitik, nach Aufwendung solch riesiger Mittel, mindestens ein Anfang des Erfolges zu spüren sein.

Aber was ist denn der Erfolg dieser glorreichen Polenpolitik? Bei der Reichstagswahl 1884 wurden in Preußen 208 000 polnische Stimmen abgegeben, bei der Reichstagswahl 1907 453 000. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wodurch haben die Polen denn eigentlich eine solche Behandlung verdient? In den Kriegen 1866 und 70 haben doch gerade die polnischen Soldaten bekanntlich sich ganz besonders gut geschlagen, und als Lohn für diese aufopferungsvolle Hingabe der Polen hat Preußen dann diese

brutalen Gewaltmaßnahmen

gegen sie injiziert! Selbst wenn man sich auf den Standpunkt eines preussischen Patrioten stellt, ist diese ganze Politik auf jedem Fall außerordentlich dumm. Das hat ausgezeichnet Karl Jentsch in einem Artikel der „Zukunft“ dargelegt, wo er schreibt: „Wäre die Stimmung geblieben, wie sie vor 1870 war, so würden die russischen Polen einrückende Deutsche als Befreier begrüßen. Jetzt wissen sie, daß sie vom Regen in die Traube lämen, wenn sie preussisch würden. Preußen ist auf beiden Seiten der Grenze so verhaßt, daß jeder Pole bereit sein wird, dem Feinde Dienste zu leisten. Wir haben also ein paar Millionen Deutsche, denen die Versuchung zum Landesverrat ganz nahe liegt.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und diese Politik, die Verbitterung und tiefen Haß in die Herzen der polnischen Bevölkerung bringen muß, nennt man in Preußen nationale, vaterländische Politik; ja man nennt sie sogar Kulturpolitik. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das Werk der Anfiedlungskommission hat man heute als größtes preussisches Kulturwerk hingestellt. Wenn Preußen kein besseres Kulturwerk zu verzeichnen hätte, dann würde es traurig um Preußen stehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Also Kulturpolitik nennen Sie es, wenn polnische Bürger gezwungen werden, in Höhlen zu wohnen, wie uns neulich ein polnischer Abgeordneter darlegte, wenn die polnische Bevölkerung auf ein solches vorgeschichtliches Kulturniveau herabgedrückt

wird. (Lachen rechts.) Ich weiß nicht, wie Sie darüber noch lachen können. Ich ärgere mich über Sie. (Vizepräsident Borchardt rief diesen Ausdruck.)

Herr v. Kardorff hat heute in seiner frischen, offenen Art uns gesagt, daß der polnische Bauer ein guter, fleißiger, bodenständiger, nüchternen Mensch ist. Diese guten Menschen schikanieren und maltrazieren Sie in der schlimmsten Weise, und das nennen Sie dann nationale Kulturpolitik! Er hat noch hinzugefügt, der polnische Bauer sei tief religiös und damit paare sich eine gewisse Leichtgläubigkeit. Der polnische Bauer scheint aber doch nicht leichtgläubig genug zu sein, sonst würde er doch endlich begreifen, daß die preussische Regierung mit ihrer Polenpolitik nur sein Versteck will. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Stull meinte freilich, diese Leichtgläubigkeit sei eine große Gefahr, denn dadurch fielen die Polen sehr leicht den sozialdemokratischen Lehren in die Hände. Ach nein, von dieser mit Religiosität verknüpften Leichtgläubigkeit hat die Partei des Herrn Stull bisher noch den größten Vorteil gehabt. Unsere Erfolge in den polnischen Bezirken sind leider noch sehr gering. In der Provinz Posen fielen 1912 3,9 Proz. der wahlberechtigten Stimmen auf die Sozialdemokratie, in Groß-Berlin 5,6 Proz. Nach der Logik des Herrn Stull müßten also in Groß-Berlin die am tiefsten religiösen und die leichtgläubigsten Leute, in Posen dagegen die klügsten und aufgeklärtesten leben. So kann man die Tatsachen denn doch nicht auf den Kopf stellen.

Wozu denn nun diese ganze Polenpolitik? Was droht uns von den wenigen Millionen Polen? Man sagt, die Polen wollten ein selbständiges nationalpolnisches Reich in Preußen errichten. Nun, alle, die ernst genommen sein wollen im politischen Leben, geben ja schon zu, daß das

ein ganz phantastischer Gedanke

ist, daß es kindisch sei, sich als erwachsener Mensch vor diesem Phantasiegebilde einzelner polnischer Kreise zu fürchten. Und wenn wirklich ernsthaft bei den Polen diese Absicht bestünde, glauben Sie wirklich, daß Oesterreich, Rußland und Deutschland, die drei Großmächte, die Polen geteilt haben, von 12 Millionen Polen über den Haufen gerannt werden können! Andere sagen nun, man müsse sich gegen die unfreundliche Gesinnung, die die Polen gegen Preußen hegen, durch Ausnahmegesetze schützen. Ja, wenn man gegen alle die preussischen Staatsbürger, die gegen das Preußen des Dreiklassenwahlrechts und der Junkerherrschaft unfreundliche Gesinnung hegen, Ausnahmegesetze erlassen wollte, dann müßte man das gegen 98 Proz. der preussischen Bevölkerung! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

All diese kleinlichen brutalen Maßnahmen, die der Ausfluß der Polenpolitik sind, werden den Polen, die heute noch in Preußen leben, das Nationalgefühl nicht aus dem Herzen rauben. So stellt die ganze Anfiedlungspolitik nichts weiter dar als

eine Vergründung von Staatsbürgergeldern zu kulturwidrigen Zwecken

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), die wir auf das erbitterteste bekämpfen, wie jede Unterdrückung und Ausbeutung, nicht sie sich gegen eine Nation oder Klasse. Der Etat der Anfiedlungskommission ist das schwärzeste Blatt im gesamten Haushaltsetat Preußens; es läge im Interesse der Kultur und des Ansehens Preußens auch im Ausland, wenn dies Blatt endlich aus dem preussischen Etat herausgerissen würde. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Unterstaatssekretär Küster:

Der Abg. v. Trampognski hat behauptet, der frühere Präsident der Anfiedlungskommission habe Gelder aus dem Dispositionsfonds für die Zwecke des Ostmarkenvereins hinterzogen. Diesen Angriff muß ich entschieden zurückweisen.

Abg. Bachhorst de Wente (Nat.):

Der Minister hat auf meine Behauptungen in einem nicht angebrachten scharfen Ton geantwortet, ohne auf den eigentlichen Gegenstand einzugehen. Wenn man sich so leicht wie er aus der Affäre ziehen will, so weiß man wirklich nicht, weshalb man hier überhaupt noch als Abgeordneter steht. Unter seinem Ministerium ist die Anfiedlungspolitik überall zurückgegangen. Er wollte wahrscheinlich durch seine Angriffe gegen mich beim Zentrum und bei den Konservativen um gut Wetter bitten. (Sehr richtig! links, heftiger Widerspruch rechts.)

Der Etat der Anfiedlungskommission wird bewilligt und die Denkschrift für erledigt erklärt.

Beim Etat der Domänenverwaltung beantragen die Abg. v. d. Osten (1.) und Schmieding (3.), daß zur Ablösung von Lajten der Domänen nicht wie es die Budgetkommission will, eine Million, sondern zwei Millionen Mark bewilligt werden sollen. Ministerialdirektor Dr. Brümmer erklärte namens der Regierung, daß diese damit einverstanden ist, daß in Zukunft neben dem bisherigen Domänenfonds ein besonderer Fonds für die Ablösung von Lajten der Domänen eingestellt werde.

Abg. Defer (Sp.) erklärt, seine Partei sei mit dem Antrag einverstanden, da er das Staatsrecht des Landtags wahre. Darauf wurde der Titel bewilligt.

Hierauf verlegt sich das Haus auf Donnerstag 11 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen: Die Novelle zum Fürsorgeerziehungsgesetz und die Etats der direkten Steuer, der Zölle und indirekten Steuern. Schluß 5 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Vorbildung der deutschen Diplomaten.

Die Budgetkommission des Reichstages beriet am Dienstag den Etat des Auswärtigen Amtes. Auf Grund einer Verständigung unter den Parteien bleiben die politischen Erörterungen dem Plenum vorbehalten; die Kommission begnügte sich mit der

Erledigung der ihr überwiesenen Etatspositionen. Man bewilligte neue geforderte 6975 M. für einen weiteren vortragenden Rat, der die Rechts- und Schulabteilung entlasten soll, mehrgeforderte 480 500 M. für Gehalts- und Konsulatsbeamte und neuegeforderte 77 000 M. an Vergütungen und Zuschüssen für Attachees, Legationssekretäre und Dolmetscher, um — entsprechend einem im Vorjahr gedieherten Wunsch des Reichstages — den Zugang zum diplomatischen Dienst den Befähigten ohne Rücksicht auf ihre Vermögenslage zu ermöglichen. Eine vom Abg. Nitzthofen (natl.) begründete Resolution, die noch nicht zur Abstimmung kam, regte die Erleichterung einer Reichs-Auslands-Hochschule zur Ausbildung diplomatischer Beamten und die Schaffung einheitlicher Prüfungsbestimmungen an. — Vom Genossen Scheidemann wurde Beschwerde darüber geführt, daß zahlreiche oft gerügte Mängel im diplomatischen Dienst wie im Konsulatswesen noch immer nicht beseitigt worden sind. Der häufige Wechsel in verantwortlichen und maßgebenden Stellen sei der nachhaltigen Förderung deutscher Interessen im Ausland hinderlich. Auch lasse die Fähigkeit der Beamten in der Beurteilung der für Wirtschaftsbeziehungen in Betracht kommenden Faktoren oft sehr viel zu wünschen übrig. — Auch von anderer Seite wurde die Art, wie das Auswärtige Amt den Wunsch des Reichstages zu erfüllen beruht, als ungenügend und unbefriedigend bezeichnet; man lege zu viel Wert auf Befinnung, gute Kinderstube und Examina. Die Regierung bemühte sich, ihr Verhalten wie das von ihr vertretene System mit einem großen Aufwand von Worten zu rechtfertigen. Sie wandte sich gegen die Schaffung einer besonderen Auslands-Hochschule, da sie die vorhandenen Bildungsgelegenheiten für Diplomaten und Konsulatsbeamte als ausreichend ansieht. Bezüglich der Stellenbeziehung im ausländischen Dienst werde das Jönensystem, soweit es sich bewährt habe, angewandt. Besonders der wirtschaftlichen Erschließung Chinas werde lebhaftes Interesse zugewandt. Die Kommission ließ sich jedoch nicht so leicht davon überzeugen, daß im Gehalts- und Konsulatswesen alles aufs beste bestellt sei; ein Antrag Ledebour, für die nächste Sitzung den Reichskanzler hinzuzuziehen, fand widerprüchlos Annahme. Am Donnerstag wird die Beratung fortgesetzt werden.

Der Kampf um die Sonntagsruhe.

In der Sonntagsruhekommision des Reichstages wurde am Dienstag nochmals auf die Schlusstunde für die erlaubte Sonntagsarbeit juridischgegriffen und gegen die Sozialdemokratie, die 1. beim 2 Uhr mittags als Schlusstunde beantragten, ein nationalliberaler Antrag von der bürgerlichen Mehrheit angenommen, wonach der Schluß spätestens 2 Uhr erfolgen muß, wenn die Sonntagsarbeit nicht mehr als 2 Stunden beträgt, dagegen 3 Uhr, wenn sie mehr als 3 Stunden beträgt. Ausnahmen bleiben aber auch hier noch zugelassen. Endet die Sonntagsarbeit später als 2 Uhr, so ist eine angemessene Mittagspause zu gewähren. Dann beschloß man einstimmig, nach dem sonntäglichen Arbeitslohn eine halbe Stunde für das Zuerbedienen der Kundtschaft zu geben. Das Verbot des Hauierhandels während der Sonntagsruhe soll an anderer Stelle des Gesetzes geregelt werden; für jetzt zieht das Zentrum seinen Antrag zurück. Zur Sonntagsruhe im Apothekergewerbe, die den Hauptteil der Sitzung ausfüllte, liegen drei Anträge vor. Die Sozialdemokraten beantragten für die Orte mit nur einer Apotheke die Übernahme der bisherigen Bestimmungen der Medizinalordnungen in das Reichsgesetz, also fakultative Sonntagsruhe auf Antrag des Apothekenbesizers; für Orte mit mehreren Apotheken obligatorische Einführung der Sonntagsruhe in regelmäßigen, von der höheren Verwaltungsbehörde festzusetzenden Turnus so, daß in dem zu bildenden Apothekenbezirken je eine Apotheke wechselweise aufkält, die anderen schließen. Das Zentrum trill der höheren Verwaltungsbehörde nur die „Möglichkeit“ dieses Vorgehens in Orten mit mehreren Apotheken geben, aber nichts bindend vorschreiben; für die Orte mit einer Apotheke soll keinerlei Regelung Platz greifen. Sozialdemokratie und Zentrum wollen den beschliffenen Gehilfen Ersatzruhe in der Woche geben. Zentrum, Freisinnige und Nationalliberale stimmten die sozialdemokratischen Anträge nieder. Es bleibt demnach beim Zentrumsantrag, der nur die bisherige fakultative Sonntagsruhe für Orte mit mehreren Apotheken, für die Orte mit einer Apotheke nichts bringt.

Die Wirkung der Zündwarensteuer.

Die Petitionskommission des Reichstages verhandelte am Dienstag über acht Eingaben; sieben davon fordern Besteuerung der Zündholzerfaymittel, die achte wünscht gleichzeitig eine Verabschaffung der Zündwarensteuer. Die Petitionen rühren vom Zündholzfabrikanten und ihrem Verein her, außerdem hat der Magistrat der Stadt Janow i. P. eine Eingabe gesandt. Aus den Eingaben ergibt sich, wie ruind diese Steuer für Industrie und Arbeiter gewirkt hat. Es seien nur die Angaben des Magistrats der Stadt Janow angeführt. Danach war die Zahl der Zündholzarbeiter an diesem Orte am 1. Oktober 1909: 530; am 1. Oktober 1912 zählte man nur noch 314, mithin ein Abgang von 216. Der Verlust an Einwohnern in diesem Städtchen als Folge der Steuer wird auf 400 beziffert. Die Verminderung der Zündholzfabrikarbeit ist auch nicht ohne Einfluß auf die Finanzen Janows geblieben. Vor Einführung der Zündholzsteuer betrug die Steuerzufolge 160 Proz., sofort nach Einführung der Steuer 200 Proz. und jetzt 225 Proz. — Der Abgang der gesamten Industrie an Zündholzern betrug 1912 42 Proz. weniger als vor der Einführung der Steuer. Der Referent Abg. Schwarz (3.) wollte die Petition als Material überweisen. Die Sozialdemokraten empfahlen die Petitionen, soweit sie Herabsetzung der Steuer verlangen, der weitgehenden Beachtung. Sie lehnten es aber ab, eine Steuer, die bereits ein Gewerbe ruiniert hat, noch auf andere Gewerbe auszuweihen. — Ueber die weitere Forderung, auf die Feuerzeuge eine Steuer von 2 M., auf die Zündhölzer eine Steuer von 50 Pf. pro Stück zu legen, wurde Uebergang zur Tagesordnung beschloffen. Die Wünsche nach Herabsetzung der Zündholzsteuer wurden der Regierung als Material überwiesen.



Peinlich saubere Herstellung, absolute Reinheit, Appetitlichkeit, vorzüglicher, kaffeeähnlicher Geschmack, Bekömmlichkeit, Sparsamkeit im Verbrauch — das alles sind Eigenschaften, die der Kornfrank in sich vereint. Wer Kornfrank einmal getrunken hat, bleibt dabei. Auf Kornfrank trifft wirklich die Behauptung zu: Billig und gut. Kornfrank ist nicht zu verwechseln mit den gewöhnlichen Kornkaffees.

das ganze Paket